



Bayern in Zahlen

09 | 2004

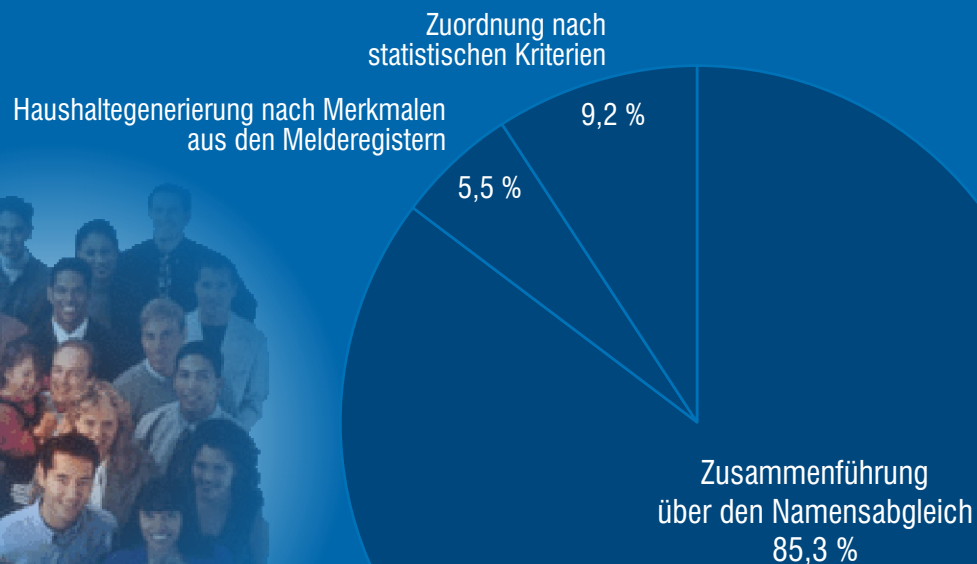
Hochschulfinanzen in Bayern 2002

Preisentwicklung im Jahr 2003

Haushaltegenerierung im Zensusstest

Zusammenführung von Personen und Wohnungen Anteil der zugeordneten Personen* nach Verfahrensabschnitten

* Personen am Ort
der Hauptwohnung



Zensusstest

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik und
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 135. (58.)

Artikel-Nr.: Z10001
ISSN 0005-7215

Herausgeber, Druck und Vertrieb:
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Kontakt:
E-Mail redaktion@statistik.bayern.de
Internet www.statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-255
Telefax 089 2119-607

Redaktion:
Peter Englitz
(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Preis:
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,— €
Zuzüglich Versandkosten

Bestellungen:
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
webshop: www.statistik.bayern.de/webshop

Auskunft:
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-218
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
München, 2004

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung
und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über elektronische Systeme/Daten-
träger bedarf der vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit	.	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten der nicht rechenbar	p	vorläufiges Ergebnis
-	nichts vorhanden	X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	r	berichtigtes Ergebnis
...	Angabe fällt später an	()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann	s	geschätztes Ergebnis
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug			D	Durchschnitt
				≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Inhalt

Statistik aktuell

322 [Kurzmittenlungen](#)

Beiträge aus der Statistik

327 [Die Hochschulfinanzen in Bayern 2002](#)

333 [Die Preisentwicklung im Jahr 2003](#)

340 [Haushallegenerierung im Zensusstest](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

353 [Tabellen](#)

362 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen 3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Änderungen von Gemeindeteilsnamen in Bayern in der Zeit vom 1. April 2004 bis 30. Juni 2004

Erteilt wurden durch Bescheid des Landratsamtes Pfaffenhofen a.d.Ilm vom 26. April 2004 die Namen „Oberstark“ und „Unterstark“ (für einen Teil des weiterbestehenden Gemeindeteils Thalmannsdorf), der Gemeinde Jetzendorf (09 186 132), Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm.

Inflationsrate in Bayern sinkt leicht auf 2,1%

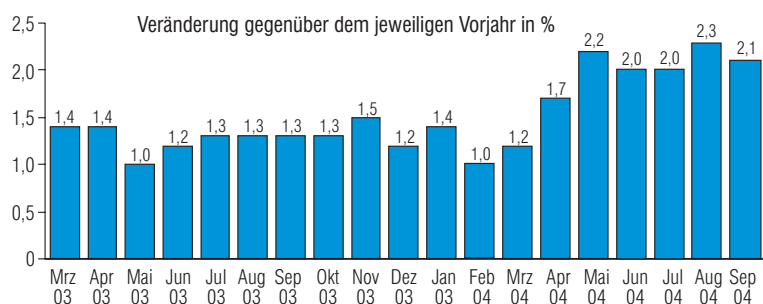
Der Verbraucherpreisindex für Bayern nahm von Mitte August 2004 bis Mitte September 2004 um 0,3% auf einen Indexstand von 107,3 (2000 = 100) ab.

Zum Rückgang des Preisindex im Vormonatsvergleich trugen vor allem saisonal bedingte Verbilligungen bei Pauschalreisen (-8,8%) sowie Beherbergungsdienstleistungen (-11,8%) bei. Günstiger waren aber auch Kraftstoffe (-2,0%) zu haben.

Preissteigerungen waren hingegen vor allem bei Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+3,9%) sowie im Bildungswesen (+3,5%) zu verzeichnen.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren gegenüber dem Vormonat um 0,3% billiger. Im Nahrungsmittelbereich verlief die Entwicklung allerdings leicht unterschiedlich. So mussten die Verbraucher für Fische und Fischwaren (+1,0%) sowie Fleisch- und Fleischwaren (+0,5%) etwas mehr bezahlen als im Vormonat, während die Preise für Brot und Getreideerzeugnisse sowie Molkeprodukte und Eier gegenüber dem Vormonat unverändert blieben. Stärkere Preisrückgänge waren bei Obst (-2,2%) und Gemüse (-2,4%) zu beobachten. Beim Gemüse gingen vor allem die Preise für Kartoffeln (-14,8%) sowie Speisekohl (-3,9%) spürbar zurück, während sich frisches Fruchtm Gemüse (+4,9%) deutlich verteuerte. Von den Obstsorten waren insbesondere Beeren und Weintrauben (-20,2%) sowie Birnen (-4,2%) deutlich günstiger als im Vormonat. Äpfel hingegen verteuerten sich um 4,1%.

Verbraucherpreisindex für Bayern von März 2003 bis September 2004
2000 = 100



Der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr hat sich wieder etwas abgeschwächt. So betrug die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im September 2,1%, im August hatte sie noch 2,3% betragen.

Im Vorjahresvergleich war bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken insgesamt ein Preisrückgang von 0,3% zu verzeichnen. Nennenswerte Verteuerungen gab es bei Bier (+5,0%), Obst (+4,2%) und Eiern (+3,7%), während sich insbesondere Gemüse (-8,9%), Kaffee (-5,2%) und Gemüsesäfte (-3,8%) verbilligten. Wie schon in den Vormonaten wirkten sich auch im September 2004 die Gesundheitsreform und die Erhöhung der Tabaksteuer auf die Preisentwicklung aus. So erhöhten sich binnen Jahresfrist die Preise für Gesundheitspflege um 20,9% und für Tabakwaren um 12,2%.

Im Energiesektor stiegen die Preise für Heizöl (+29,1%) und Kraftstoffe (+6,3%)

am stärksten. Aber auch die Preise für Strom (+2,3%) lagen über dem Vorjahresniveau. Bei Gas war indessen ein Preisrückgang (-1,9%) zu verzeichnen.

Die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) legten im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% zu. Bei den Wohnungsnebenkosten (u. a. für Müllabfuhr, Frisch- und Abwasser) betrug der Anstieg 3,0%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im September weiterhin die Preise für Personalcomputer und Zubehör (-9,3%) sowie für Fernseh- und Rundfunkgeräte (-7,8%). Spürbar billiger als im Vorjahr waren auch Pauschalreisen (-3,0%). Die Preise für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen stiegen hingegen um 4,5%, die für Verkehrsdienstleistungen um 3,4% und die für Finanzdienstleistungen um 3,5%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Preismesszahlen und Verbraucherpreisindex für Bayern, September 2004“ (Best.-Nr. M12013, Preis 11,— €, als Datei kostenfrei im Webshop) und „Verbraucherpreisindex für Bayern/Zeitreihen, September 2004“ (Best.-Nr. M13013, Preis 9,— €).*

Zahl der Gewerbeanmeldungen in Bayern um 20% gestiegen

Im ersten Halbjahr 2004 wurden in Bayern rund 79 600 Gewerbe angemeldet, dies waren gut 13 400 bzw. 20% mehr als 2003. Rund 66 600 bzw. 84% der Anmeldungen waren Neugründungen, knapp 300 Umwandlungen, 6 400 Zuzüge in den Bezirk des meldenden Gewerbeamten, knapp 1 000 Rechtsformwechsel, 600 Gesellschaftereintritte und 4 800 Übergaben an Nachfolger in Form von Erbfolge, Kauf oder Pacht.

94% der Gewerbeanmeldungen (74 900) betrafen eine Hauptniederlassung, 1 400

(2%) eine Zweigniederlassung und 3 300 (4%) eine unselbständige Zweigstelle.

Von den 79 600 Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2004 waren rund 66 700 Einzelunternehmen, 6 600 GmbHs, knapp 3 600 Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und gut 1 300 GmbH & Co. KGs. Die verbleibenden Anmeldungen verteilen sich auf eine Reihe anderer Rechtsformen.

Der Frauenanteil bei den Anmeldungen von Einzelunternehmen lag bei rund einem

Drittel; rund 14% der Einzelunternehmen wurden von Ausländern angemeldet. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen stieg im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 2 000 bzw. 4% auf 52 600; knapp drei Viertel der Abmeldungen waren vollständige Aufgaben. Die Zahl der Neugründungen von Gewerbebetrieben überstieg in der ersten Jahreshälfte damit die der vollständigen Aufgaben um 27 900.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Berichte „Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2004“ (Best.-Nr. D12013, Preis je 3,70 €).*

Weniger Unternehmensinsolvenzen in Bayern

Die bayerischen Amtsgerichte haben im 1. Halbjahr 2004 insgesamt 6 269 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bearbeitet. 2 234 davon betrafen Unternehmen. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres bedeutete dies einen merklichen Rückgang um 6,2% oder 147 Fälle. Die von den Gläubigern der insolventen Unternehmen im 1. Halbjahr 2004 geltend gemachten Forderungen verringerten sich um 19,0% auf 1,6 Milliarden Euro. Über die Hälfte der von Unternehmen beantragten Verfahren, nämlich 1 200, wurden eröffnet. Die Eröffnungsquote erhöhte sich damit von 50,7% im 1. Halbjahr des Vorjahres auf 53,7%.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Unternehmenspleiten recht differenziert. Die meisten Unternehmenszusammenbrüche (964 Fälle) verzeichnete der Dienstleistungsbereich einschließlich der Freien Berufe. Gegenüber Januar bis Juni 2003 war dies eine geringfügige Zunahme um 0,2% oder 2 Fälle. Von den umsatzstarken Wirtschaftsbereichen wies ansonsten nur noch das Baugewerbe im Vorjahresvergleich eine höhere Zahl an Unternehmenszusammenbrüchen auf. 420 Baupleiten in den ersten sechs Monaten

dieses Jahres bedeuteten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 12 Fälle oder 2,9%. Deutlich verbessert hat sich dagegen die Lage im Handel und Verarbeitenden Gewerbe. 425 Unternehmenszusammenbrüche im Handel bedeuteten gegenüber dem 1. Halbjahr des Vorjahres ein Minus von 66 Fällen oder 13,4%. Noch höher war der prozentuale Rückgang im umsatzstärksten Wirtschaftsbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe. Wegen Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung mussten von Januar bis Juni dieses Jahres 206 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Dies waren 96 Fälle oder 31,8% weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Von den Unternehmensinsolvenzen waren 12 391 Arbeitnehmer betroffen. Über die Hälfte der bedrohten Arbeitsplätze lag hierbei in den beiden Regierungsbezirken Oberbayern (4 329) sowie Schwaben (2 799).

Deutlich höher als die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist mittlerweile die Zahl der Insolvenzen der übrigen Gemeinschaften, also der natürlichen Personen und Nachlässe. Sie lag im 1. Halbjahr 2004 bei 4 035 und damit um 21,0% hö-

her als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Hiervon entfielen 2 134 Verfahren auf Verbraucherinsolvenzen. Dies waren 571 Fälle oder 36,5% mehr als ein Jahr zuvor. Aufgrund der Stundungsmöglichkeit wurden nur noch 5 Anträge (-50,0%) mangels Masse abgelehnt. Eröffnet wurden dagegen 2 054 Verbraucherinsolvenzen (+37,0%) und weitere 75 Anträge (+38,9%) wurden durch Annahme eines gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans ohne Insolvenzverfahren erledigt. Gegenüber den Verbrauchern wurden Gläubigerforderungen in Höhe von fast 195 Millionen Euro geltend gemacht. Die durchschnittliche Verschuldung lag damit bei knapp 91 300 Euro. Des Weiteren wurden 1 641 Insolvenzanträge von „ehemals selbständig Tätigen“ gestellt. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres war dies eine Zunahme um 8,4%. Die Höhe der Gläubigerforderungen lag bei 527,4 Millionen Euro, so dass sich für die „ehemals selbständig Tätigen“ eine durchschnittliche Verschuldung von knapp 321 400 Euro errechnet. Schließlich wurden noch 105 Insolvenzanträge (+2,9%) von natürlichen Personen als Gesellschafter sowie 155 von Nachlässen (-1,3%) durch die Insolvenzgerichte im 1. Halbjahr 2004 bearbeitet.

Hohe Getreideernte in Bayern 2004

Die bayerischen Landwirte bewirtschafteten nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung vom Mai 2004 eine Getreidefläche (ohne Körnermais) von 1,107 Millionen Hektar (ha), das sind 2,1% bzw. 23 100 ha mehr als im Vorjahr. Die Wintergetreidefläche nahm zu (bei Winterweizen um 16,4% auf 475 100 ha, bei Wintergerste um 3,3% auf 291 600 ha, bei Triticale um 5,2% auf 73 700 ha und bei Roggen um 25,5% auf 39 800 ha) und die Sommergetreidefläche ab (bei Sommergerste um 15,3% auf 160 100 ha, bei Hafer um 16,2% auf 48 400 ha und bei Sommerweizen um 72,9% auf 8 800 ha).

Die Aussaat von Wintergetreide konnte rechtzeitig und zügig erfolgen, da die Felder nach der Ernte 2003 frühzeitig geräumt waren. Der vergangene Winter war zwar von langer Dauer, beeinträchtigte die Entwicklung der jungen Saaten jedoch nur in geringem Maße. Trotz der kühlen und teilweise trockenen Witterung im Frühjahr 2004 konnten sich sowohl die Winter- als auch die Sommergetreidebestände aufgrund der darauf folgenden günstigen Niederschlagsverteilung gut entwickeln. Die Erntearbeiten begannen allerdings rund drei Wochen später als im Vorjahr. Erst während der anhaltenden Wärmeperiode in der ersten Augusthälfte gingen die Druscharbeiten zügig vor-

an. Nur in den Späterntegebieten steht derzeit noch Getreide auf dem Halm.

Nach den bisher ausgewerteten „Ertragsmessungen im Rahmen der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“ ist in Verbindung mit den „Ertragsschätzungen der amtlichen Berichtersteller“ davon auszugehen, dass beim Getreide (ohne Körnermais) mit einem Durchschnittsertrag von 69,5 dt/ha ein neuer Höchststand erreicht wird. Im Vorjahr lagen die Hektarerträge in Bayern bei 50,6 und im Durchschnitt der Jahre 1998/2003 bei 58,0 dt/ha.

Die sehr hohen Hektarerträge und die gegenüber dem Vorjahr leicht ausgedehnte Anbaufläche führen in diesem Jahr mengenmäßig zu einer sehr hohen Getreideernte: Nach dem derzeitigen Stand der Berechnungen wird eine Erntemenge von insgesamt 7,7 Millionen Tonnen erwartet. Das sind rund zwei Fünftel mehr als 2003 und knapp ein Fünftel mehr als im Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre. Nachfolgend sind Erntemengen und durchschnittliche Hektarerträge von Getreide (ohne Körnermais) für Bayern insgesamt 2004 und im Durchschnitt der Jahre 1998/2003 nach Getreidearten dargestellt:

Getreidearten (ohne Körnermais)	Erntemengen		Durchschnittliche Hektarerträge	
	Millionen Tonnen		Dezitonnen je Hektar (dt/ha)	
	2004	Durchschnitt der Jahre 1998/2003	2004	Durchschnitt der Jahre 1998/2003
Weizen zusammen	3,8	3,0	79,3	66,2
Wintergerste	1,9	1,7	65,2	56,8
Sommergerste	0,9	0,7	55,0	45,5
Hafer	0,2	0,3	50,0	45,9
Triticale	0,5	0,5	71,0	56,8
Roggen	0,3	0,2	64,0	49,9
Sonstige	0,0	0,0	x	x
Insgesamt	7,7	6,4	69,5	58,0

Auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Ausführliche und endgültige Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Ende 2004 erscheinende Statistische Bericht „Ernte der Feldfrüchte und des Grünlandes in Bayern 2004 – Stichprobenerhebung“ (Best.-Nr. C 21023, Preis 4,90 €).*

Bayerns Wirtschaft wächst wieder spürbar

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen für den Freistaat Bayern im laufenden Jahr 2004 auf eine spürbare Konjunkturbelebung hin. Im ersten Halbjahr wurde ein reales Wirtschaftswachstum von 2,3% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erzielt. Dies war mit Abstand der kräftigste Anstieg des Bruttoinlandsprodukts seit drei Jahren. Wie aus den Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrech-

nungen der Länder“, dem alle 16 Statistischen Landesämter sowie das Statistische Bundesamt und das Statistikamt der Stadt Frankfurt/Main angehören, weiterhin hervorgeht, setzte sich in allen Bundesländern ein mehr oder minder ausgeprägter positiver Trend durch. Im Länderdurchschnitt erreichte der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt 1,8%, wobei die Entwicklung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 1,5% etwas hinter der in den alten Ländern

(1,8%, ebenfalls ohne Berlin) zurückblieb. Die Wachstumsraten der Länder bewegten sich im Einzelnen zwischen 0,8 und 2,3%.

Ausschlaggebend für die Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung war vor allem das Verarbeitende Gewerbe. In Bayern erhöhte sich die Bruttowertschöpfung preisbereinigt um beachtliche 5,6%. Deutschlandweit erreichte der Leistungszuwachs real 4,9%, wobei hier die neuen Länder mit

9,6% einen doppelt so hohen prozentualen Anstieg zu verbuchen hatten wie die alten Länder mit 4,5% (beide Zahlen ohne Berlin). Nach wie vor ist jedoch in Ostdeutschland der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes für die Gesamtwirtschaft deutlich niedriger als im Westen. Anders als im Verarbeitenden Gewerbe gingen vom Baugewerbe keine positiven Impulse für die Gesamtwirtschaft aus. Auch in Handel und Dienstleistungen waren zumeist nur geringe Anzeichen für eine Konjunkturbelebung zu erkennen. Dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkten dagegen weiterhin die Konsolidierungsbemühungen der Öffentlichen Haushalte.

Über die Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Bundesländern informiert die anschließende Tabelle.

Land Gebiet	Bruttoinlandsprodukt		dar. Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe	
	nominal	real	nominal	real
	Veränderung 1. Halbjahr 2004 ggü. 1. Halbjahr 2003 in %			
Baden-Württemberg	2,9	2,0	3,9	4,0
Bayern	3,2	2,3	5,5	5,6
Berlin	2,1	0,8	2,5	3,0
Brandenburg	2,0	0,8	6,7	6,5
Bremen	1,7	0,9	3,5	3,1
Hamburg	2,5	1,2	1,0	1,0
Hessen	3,6	2,2	4,5	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	1,0	6,9	7,0
Niedersachsen	3,1	2,0	6,5	6,1
Nordrhein-Westfalen	2,7	1,3	4,2	3,7
Rheinland-Pfalz	2,7	1,8	3,0	3,1
Saarland	2,4	1,4	7,5	6,1
Sachsen	3,2	2,3	10,8	13,1
Sachsen-Anhalt	2,2	1,1	7,8	8,1
Schleswig-Holstein	3,2	2,2	7,7	7,9
Thüringen	2,4	1,4	7,6	8,4
Deutschland	2,9	1,8	4,9	4,9
darunter nachrichtlich:				
Alte Bundesländer*	3,0	1,8	4,6	4,5
Neue Bundesländer*	2,5	1,5	8,6	9,6

* Ohne Berlin

Immer mehr Frauen machen ihren Doktor

Die 14 Hochschulen in Bayern mit Promotionsrecht haben im Prüfungsjahr 2003 insgesamt 3 459 Dokortitel verliehen, darunter 1 364 an Frauen (-3,6% ggü. dem Vorjahr; Männer -8,6%, Frauen +5,1%). Die Frauenquote betrug 2003 bei den bestandenen Doktorprüfungen 39%, 2002 hatte sie bei 36% und Mitte der 90er Jahre erst bei 31% gelegen.

Im Berichtszeitraum beschäftigten sich 29% der Promotionsschriften mit einem Thema aus der Humanmedizin sowie fast 27% mit dem Bereich Mathematik, Naturwissenschaften. Weitere 14% hatten einen rechts-

wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Inhalt. Gut 11% der Arbeiten behandelten ein Gebiet aus dem Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst und sieben Prozent widmeten sich den Ingenieurwissenschaften. Ein längerfristiger Rückblick zeigt, dass der Anteil der Mediziner unter den Doktoranden, der vor zehn Jahren noch bei einem Drittel gelegen hatten, zugunsten der übrigen Fächergruppen gesunken ist.

Mit Abstand die meisten Dokortitel, und zwar 1 057, wurden im Prüfungsjahr 2003 wieder von der Universität München vergeben. Es folgen die Universität Erlangen-

Nürnberg mit rund 600, die TU München mit 571 sowie die Universität Würzburg mit 547 Ernennungen.

Das durchschnittliche Promotionsalter der erfolgreichen deutschen Kandidaten betrug 32,3 Jahre. Etwas jünger waren die Mathematiker mit im Schnitt 31,8 Jahren, besonders alt hingegen die Sprach- und Kulturwissenschaftler mit 36,0 Jahren. Zwischen dem Zeitpunkt der Erstmatrikulation und dem Promotionsabschluss vergingen im Schnitt 9,2 Jahre, wobei die Mediziner in der Regel nur 8,1 Jahre, die Sprach- und Kulturwissenschaftler aber 11,6 Jahre bis zur erfolgreichen Doktorprüfung benötigten.

Preise im Wohnungsbau steigen um 1,4 %

Der Preisindex für Wohngebäude erreichte in Bayern im August 2004 einen Stand von 101,9 (2000 = 100). Er ist damit gegenüber dem letzten Erhebungsmonat Mai 2004 um 0,1% gestiegen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat war im August

2004 ein Preisanstieg von 1,4% zu verzeichnen. Im Mai 2004 hatte die jährliche Steigerungsrate ebenfalls 1,4% betragen.

Die Preise für Rohbauarbeiten lagen im August durchschnittlich um 1,5% höher als

im vergleichbaren Vorjahresmonat. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen Bauarbeiten teilweise sehr unterschiedlich. Verbilligungen ergaben sich in erster Linie bei Gerüstarbeiten (-4,4%) und Erdarbeiten (-2,1%), während sich insbesondere

Beton- und Stahlbetonarbeiten (+4,9%) sowie Stahlbauarbeiten (+3,1%) gegenüber dem August des Vorjahres verteuerten. Der kräftige Preisanstieg bei den Beton- und Stahlbetonarbeiten (+4,9%) sowie den Stahlbauarbeiten (+3,1%) ist insbesondere auf die stark gestiegenen Stahlpreise zurückzuführen. Ursache hierfür ist die erhöhte weltweite Nachfrage nach Stahl, vor allem die der boomenden chinesischen Wirtschaft.

Bei den Ausbauarbeiten wurde im Vergleich zum August des Vorjahres ein Preisanstieg von 1,4% beobachtet. Besonders deutliche Preiserhöhungen waren bei Arbeiten an raumluftechnischen Anlagen (+5,7%) sowie Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten (+4,9%) festzustellen, während die Preise für Verglasungsarbeiten (-1,7%) sowie Fliesen- und Plattenarbeiten (-1,0%) zurückgingen.

Im Straßenbau blieben die Preise von Mai 2004 bis August 2004 unverändert. Da hier allerdings in den vorangegangenen Erhebungsquartalen Preisrückgänge zu verzeichnen waren, ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein Preisrückgang um 1,5%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke und Messzahlen für Bauleistungspreise in Bayern, August 2004“ (Best.-Nr. M 14003, Preis 11,—€).*

Bayerns Fremdenverkehr im Juli 2004

Der Reisemonat Juli bescherte dem Fremdenverkehr in Bayern ein insgesamt positives Resultat. Die bayerischen Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten und die Campingplätze meldeten insgesamt knapp 2,7 Millionen Gäste und gut 8,2 Millionen Übernachtungen. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ergeben die bislang vorliegenden Zahlen bei den Gästeankünften ein Plus von 5,9% und bei den Übernachtungen einen Anstieg um 0,2%.

Auch im Juli 2004 zeigen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Bereichen. Beim Gästeaufkommen bewegten sich die Zuwächse zwischen 2,3% (Gasthöfe) und 10,5% (Hotels); Rückgänge mussten die Campingplätze (-1,1%) und die Vorsorge- und Reha-Kliniken (-4,1%)

verbuchen. Bei den Übernachtungen dagegen konnten mit +7,1% nur die Hotels eine deutliche Zunahme der Übernachtungszahlen melden, während Jugendherbergen und Hütten mit +0,3% sowie Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen mit 1,4% kaum zulegten. Alle anderen Betriebsarten meldeten rückläufige Übernachtungszahlen, und zwar zwischen -1,8% (Hotels garnis) und -6,9% (Campingplätze).

Der Ausländerreiseverkehr gewinnt wie schon in den Vormonaten immer mehr an Bedeutung. In Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten betrug der Anteil ausländischer Gäste fast 23,6%, was eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahresmonat von 12,3% und einen Übernachtungszuwachs von 11,7% bedeutet. Mit beinahe

76 600 Gästen stellten die Niederländer wieder die größte Gruppe. Gemessen an der Zahl der Übernachtungen lagen die Gäste aus den USA mit rund 152 000 an erster Stelle.

Von der insgesamt gestiegenen Nachfrage profitierten vor allem die Beherbergungsstätten (ohne Campingplätze) in den Fremdenverkehrsgebieten Westallgäu (27,8% mehr Gäste) und Werdenfelser Land mit Ammergau (+20,6%). Die meisten Übernachtungen konnte indes mit einer Steigerungsrate von 15,9% die Region München und Umgebung verbuchen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Der Fremdenverkehr in Bayern im Juli 2004“ (Best.-Nr. G 41003, Preis 17,70€).*

Betriebsart	Fremdenverkehr im Juli 2004				Fremdenverkehr Januar bis Juli 2004			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
Hotels	1 089 347	10,5	2 409 158	7,1	5 978 507	8,1	13 535 934	5,9
Hotels garnis	424 012	3,8	1 199 327	-1,8	2 287 092	2,7	6 277 123	-0,6
Gasthöfe	367 826	2,3	806 399	-3,0	1 761 805	1,8	3 999 609	-1,5
Pensionen	112 133	3,4	442 777	-2,7	599 952	3,6	2 324 262	0,1
Jugendherbergen und Hütten	119 217	4,8	286 965	0,3	477 583	1,5	1 236 249	-1,2
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime und Boardinghouses	152 535	4,3	558 718	-3,6	930 180	3,4	3 132 500	-0,5
Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen	125 787	10,4	1 042 896	1,4	623 036	5,0	4 579 124	0,4
Vorsorge- und Reha-Kliniken	35 251	-4,1	669 499	-2,6	230 876	-1,2	4 254 898	-5,4
Campingplätze	257 468	-1,1	788 651	-6,9	591 043	-8,0	2 123 395	-8,3
Insgesamt	2 683 576	5,9	8 204 390	0,2	13 480 074	4,5	41 463 094	0,5

* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich (außer Verbraucherpreisindex für Bayern und Deutschland), Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3

Die Hochschulfinanzen in Bayern 2002

Dipl.- Volksw. Kristin-Sylvia Witte

Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Bayern (ohne Universität der Bundeswehr) haben im Jahr 2002 insgesamt 4 200,4 Millionen Euro ausgegeben, das waren um 2,2% mehr als im Vorjahr. Mit einem Anteil von rund 58% bildeten dabei die Personalausgaben den größten Ausgabenposten. – Von den Aufwendungen des Staates für die staatlichen Hochschulen in Höhe von 4 166,2 Millionen Euro entfielen 46,1% auf die Hochschulkliniken, 44,3% auf die Universitäten, 8,6% auf die Fachhochschulen und 1,0% auf die Kunsthochschulen. – Den Gesamtausgaben in Höhe von 4 200,4 Millionen Euro standen im Berichtsjahr Einnahmen von 1 852,8 Millionen Euro gegenüber. Somit musste ein Zuschussbedarf von 2 347,6 Millionen Euro aus allgemeinen Mitteln der Trägerhaushalte, also vorwiegend Landesmitteln, aufgebracht werden – Immerhin 494,8 Millionen Euro konnten die Hochschulen aus Drittmitteln einwerben. Die wichtigsten Drittmittelgeber waren auch 2002 wieder die gewerbliche Wirtschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Bund.

Methodische Vorbemerkungen

Die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen für den Hochschulbereich werden im Rahmen der Finanzstatistik in der Jahresrechnungstatistik der Länder und des Bundes nachgewiesen. Die Aufschlüsselung der Daten erfolgt nach Ausgabe- und Einnahmearten je Hochschulart gemäß dem staatlichen Gruppierungsplan. Eine weitere Untergliederung dieser Daten nach Instituten oder Fachbereichen ist hierbei jedoch nicht möglich.

Um den bildungspolitischen Bedarf hinsichtlich der finanziellen Situation der Hochschulen zu befriedigen ist in den §§ 2 Nr. 1 und 3 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes über die Statistik für das Hochschul-

wesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) vom 2. November 1990 (BGBl I S. 2414) festgelegt, die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen der Hochschulen jährlich in haushaltsmäßiger und fachlicher Gliederung zu erfassen. Im Berichtsjahr erstreckte sich die Hochschulfinanzstatistik auf die zehn bayerischen Universitäten, die fünf Hochschulkliniken, die Hochschule für Politik München, die Hochschule für Philosophie München, fünf staatliche und zwei nichtstaatliche Kunsthochschulen, die philosophisch-theologische Hochschule der Salesianer Don Boscos Benediktbeuern, achtzehn staatliche und drei nichtstaatliche Fachhochschulen. Außerdem werden die fächerspezifisch aufgeteilten Ausgaben und Einnahmen der Universität der Bundeswehr in München dargestellt.

Ausgaben der staatlichen Hochschulen in Bayern 1992 bis 2002

– Ergebnisse auf der Grundlage der Staatsfinanzstatistik (Vierteljahresergebnisse) –

Jahr	Hochschulausgaben ¹			davon			
	insgesamt	je Einwohner	Anteil am Haushaltsvolumen	Personal- ausgaben ²	Laufender Sachaufwand	Bauausgaben	
						insgesamt	Anteil an den gesamten Bauaus- gaben des Landes
Mill. €	€	%	Mill. €			%	
1992	2 995,9	257	11,1	1 716,0	776,9	273,1	29,4
1993	3 114,7	263	11,2	1 829,0	840,1	234,6	26,4
1994	3 244,8	273	11,3	1 905,5	902,5	241,4	28,5
1995	3 431,3	287	11,2	2 007,3	955,3	285,8	36,4
1996	3 661,6	305	11,2	2 063,5	977,5	411,2	40,3
1997	3 794,9	314	11,9	2 115,9	998,8	472,6	42,7
1998	3 918,9	325	13,6	2 141,2	1 045,3	504,1	48,2
1999	3 910,4	323	11,7	2 210,9	1 074,1	377,7	34,8
2000	3 916,9	322	11,5	2 257,5	1 113,6	330,3	36,7
2001	4 093,1	333	11,3	2 308,5	1 200,4	319,5	31,0
2002	4 166,2	337	11,5	2 373,4	1 218,8	318,4	30,5

¹ Einschl. Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt, ohne Univ. d. Bundeswehr.

² Ohne Versorgungsbezüge der Beamten.

Tab. 1

Ausgaben und Einnahmen des Staates sowie seiner Hochschulen in Bayern 2001 und 2002
 – Ergebnisse auf der Grundlage der Staatsfinanzstatistik (Vierteljahresergebnisse) –

Tab. 2

Ausgabe-/Einnahmeart	Staatsausgaben bzw. -einnahmen insgesamt ¹	Hochschulen ²	davon			
			Universitäten ³ (ohne Kliniken)	Hochschul- kliniken	Fach- hochschulen	Kunst- hochschulen
Mill. €						
2002						
Ausgaben der lfd. Rechnung zusammen	31 087,3	3 629,4	1 611,9	1 702,1	279,4	36,0
darunter Personalausgaben	15 071,5	2 373,4	1 164,2	965,4	215,3	28,6
Sächliche Verwaltungsausgaben	3 172,0	1 218,8	415,1	733,6	62,7	7,4
Ausgaben der Kapitalrechnung zusammen	5 238,9	536,8	235,5	216,7	77,2	7,4
darunter Baumaßnahmen	1 042,5	318,4	134,0	125,9	52,2	6,3
Sonstige Sachinvestitionen	432,1	213,8	96,9	90,8	25,0	1,0
Ausgaben insgesamt	36 326,2⁴	4 166,2	1 847,4	1 918,8	356,6⁵	43,4
Einnahmen der lfd. Rechnung zusammen	32 277,6	1 781,7	415,5	1 343,0	20,9	2,2
darunter Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 348,4	1 327,0	80,4	1 239,9	5,8	0,9
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 246,0	454,7	335,1	103,1	15,1	1,3
Einnahmen der Kapitalrechnung zusammen	1 463,7	40,9	21,9	16,5	2,6	-
darunter Zuweisungen für Investitionen ⁶	1 138,6	36,4	21,5	12,3	2,6	-
Einnahmen insgesamt	33 741,3⁴	1 822,6	437,4	1 359,5	23,5	2,2
2001						
Ausgaben der lfd. Rechnung zusammen	31 112,4	3 543,6	1 526,0	1 727,2	256,5	33,9
darunter Personalausgaben	15 076,0	2 308,5	1 109,3	969,9	202,5	26,8
Sächliche Verwaltungsausgaben	3 192,6	1 200,4	385,7	754,2	53,6	6,9
Ausgaben der Kapitalrechnung zusammen	5 226,7	549,5	261,1	204,5	77,7	6,2
darunter Baumaßnahmen	1 032,9	319,5	146,3	116,3	52,1	4,8
Sonstige Sachinvestitionen	425,4	223,0	112,3	84,1	25,2	1,4
Ausgaben insgesamt	36 339,1⁴	4 093,1	1 787,1	1 931,7	334,2⁵	40,1
Einnahmen der lfd. Rechnung zusammen	32 242,9	1 735,5	406,6	1 308,3	18,7	1,9
darunter Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 324,4	1 305,1	83,0	1 215,9	5,2	1,0
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 235,2	430,4	323,6	92,4	13,5	0,9
Einnahmen der Kapitalrechnung zusammen	1 465,2	46,7	26,8	18,0	1,7	0,2
darunter Zuweisungen für Investitionen ⁶	1 141,0	43,1	26,5	14,7	1,7	0,2
Einnahmen insgesamt	33 708,1⁴	1 782,2	433,4	1 326,3	20,4	2,1

1 Einschl. Hochschulkliniken mit kaufmännischer Buchführung.

2 Ohne nichtstaatliche Hochschulen, ohne Universität der Bundeswehr München, ohne Hochschule für Politik München.

3 Einschl. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, deren Ausgaben zu 85% vom Staat ersetzt werden.

4 Ohne besondere Finanzierungsvorgänge und ohne haushaltstechnische Verrechnungen.

5 Ohne Zuschüsse zum lfd. Betrieb von nichtstaatlichen Fachhochschulen (Kapitel 1549, Titel 684 01).

6 Ohne Erstattungen des Bundes (Kapitel 1506, 1528 und 1549, Titel 331).

Nach § 3 der Krankenhausbuchführungsverordnung führen Krankenhäuser die Bücher nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Die Ergebnisse der Hochschulkliniken werden daher nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung erfasst und im Landesamt in die Kameralistik umgesetzt.

Die Tabellen 1 und 2 wurden auf der Grundlage der Staatsfinanzstatistik zusammengestellt; deshalb bestehen in den Summen geringfügige Abweichungen zu den Tabellen 3 und 4, die aus den Unterlagen der Hochschulfinanzstatistik gefertigt wurden. Die Abweichungen beruhen hauptsächlich darauf, dass in der Staatsfinanzstatistik die Ergebnisse der nichtstaatlichen Hochschulen sowie die der Universität der Bundeswehr und der Hochschule für Politik fehlen. Nachdem in der Staatsfinanzstatistik nur kameralistisch buchende Körperschaften enthalten sind, wurden die Finanzdaten der kauf-

männisch betriebenen Universitätskliniken aus dem Datenbestand der Hochschulfinanzstatistik in die Staatsfinanzstatistik integriert.

Geht man zunächst von den Ergebnissen der Staatsfinanzstatistik aus, so ergibt sich für 2002 die nachfolgende Entwicklung:

Fast 4,2 Milliarden Euro Ausgaben für staatliche Hochschulen

Im Jahr 2002 wurden für die staatlichen Hochschulen in Bayern 4 166,2 Millionen Euro aufgewendet; das waren 1 170,3 Millionen Euro oder 28,1% mehr als 1992 und 73,1 Millionen Euro oder 1,8% mehr als im Vorjahr. Dabei erhöhten sich die Personalausgaben um 2,8% auf knapp 2 373,4 Millionen Euro und der laufende Sachaufwand um 1,5% auf 1 218,8 Millionen Euro. Die Bauausgaben, welche in den Jahren 1996 bis 1998 weitgehend aufgrund

Rund 2%
mehr Aus-
gaben als
im Vorjahr

Hochschulausgaben in Bayern 2002 nach Fächergruppen und Ausgabearten¹ – Ergebnisse auf der Grundlage der Hochschulfinanzstatistik –

Tab. 3

Fächergruppe	Hochschul- ausgaben insgesamt		davon							
			Personal- ausgaben ²		Sächliche Verwaltungs- ausgaben		Bauausgaben		Sonstige Investitions- ausgaben	
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	193,0	6,2	166,6	8,7	23,4	2,9	1,3	0,6	1,7	1,1
Sport	21,3	0,7	11,5	0,6	2,9	0,4	6,6	2,9	0,3	0,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	199,7	6,4	164,1	8,6	22,8	2,8	7,6	3,4	4,3	2,8
Mathematik, Naturwissenschaften	486,8	15,7	338,2	17,7	74,5	9,2	34,8	15,4	38,8	25,5
Humanmedizin ³	1 702,8	54,9	885,3	46,4	619,2	76,3	124,6	55,2	73,7	48,5
Veterinärmedizin	56,1	1,8	27,2	1,4	8,2	1,0	19,5	8,6	1,2	0,8
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	81,4	2,6	58,9	3,1	13,9	1,7	4,4	2,0	4,0	2,6
Ingenieurwissenschaften	294,4	9,5	208,0	10,9	38,4	4,7	20,0	8,9	26,8	17,6
Kunst, Kunstwissenschaft	65,1	2,1	48,4	2,5	8,3	1,0	6,8	3,0	1,3	0,9
Aufgeteilte Ausgaben zusammen	3 100,6⁴	100	1 908,2	100	811,6	100	225,6	100	152,1	100
Nicht aufgeteilt	1 099,8	X	513,1	X	419,4	X	93,2	X	67,8	X
davon Zentrale Einrichtungen	522,9	X	280,7	X	157,3	X	55,3	X	26,4	X
Hochschule insgesamt - keiner Fächergruppe zuzuordnen und ohne nähere Angabe -	560,4	X	221,4	X	258,4	X	36,4	X	41,1	X
Hochschulfremde Institutionen (z.B. Schwesternsch.)	16,5	X	11,0	X	3,7	X	1,5	X	0,3	X
Hochschulen insgesamt	4 200,4	X	2 421,3	X	1 231,0	X	318,8	X	219,9	X

1 Ohne Universität der Bundeswehr München.

2 Ohne Versorgungsbezüge der Beamten.

3 Einschl. Universitätskliniken.

4 Ohne Zuschüsse zum lfd. Betrieb von nichtstaatlichen Fachhochschulen (Kap. 1549, Titel 684 01).

der Verwendung der Privatisierungserlöse extrem angestiegen waren, seither aber wieder sinken, lagen im Berichtsjahr mit 318,4 Millionen Euro nur wenig unter dem Vorjahresstand.

Zu den Bauausgaben ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass im Bereich des Hochschulwesens die Kompetenz und finanziellen Lasten zwar weitgehend beim Land liegen, der Aus- und Neubau von Hochschulen aber eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern gemäß Art. 91a GG und dem Hochschulbauförderungsgesetz ist. In Verbindung mit dem Hochschulrahmengesetz erstattet der Bund die Hälfte der Aufwendungen der Länder für Bauten, wenn die Gesamtkosten für das jeweilige Vorhaben 250 000 Euro übersteigen.

Während 2002 – wie erwähnt – die Hochschulausgaben hauptsächlich wegen der gestiegenen Personalausgaben angewachsen sind, gingen die übrigen Staatsausgaben des Freistaats leicht zurück. Der Anteil der Hochschulausgaben am gesamten Haushaltsvolumen des Staates ist daher innerhalb Jahresfrist von 11,3% auf 11,5% gestiegen. Pro Kopf der Bevölkerung wurden im Berichtsjahr für die bayerischen Hochschulen 337 Euro aufgewendet, vor einem Jahr waren es 333 Euro und 1992 erst 257 Euro gewesen. Im Berichtsjahr entfielen 46,1% der gesamten staatlichen Hochschulausgaben auf die Hochschulkliniken, 44,3% auf die Universitäten,

8,6% auf die Fachhochschulen und 1,0% auf die Kunsthochschulen. Gegenüber dem Vorjahr verzeichneten nur die Kliniken eine Minderung der Ausgaben um 12,9 Millionen Euro oder 0,7%. Bei den anderen Hochschularten kam es dagegen zu einer Ausweitung des Finanzrahmens. Der Anstieg betrug bei den Universitäten 60,3 Millionen Euro oder 3,4%, bei den Fachhochschulen 22,4 Millionen Euro oder 6,7% und bei den Kunsthochschulen 3,3 Millionen Euro oder 8,2%.

Einnahmen decken 44% der Ausgaben

Die Einnahmen der staatlichen Hochschulen beliefen sich 2002 auf 1 822,6 Millionen Euro. Sie lagen damit um 40,4 Millionen Euro oder 2,3% über dem Vorjahresstand und deckten rund 44% der Gesamtausgaben ab. Knapp drei Viertel der Einnahmensumme wurde bei den Kliniken erwirtschaftet, die damit 70,9% ihrer Ausgaben bestreiten konnten. Bei den Universitäten war die Deckungsquote mit 23,7% wesentlich geringer; die Fach- bzw. Kunsthochschulen konnten sogar nur 6,6% bzw. 5,1% ihrer Ausgaben mit eigenen Einnahmen finanzieren.

Bezieht man die nichtstaatlichen Hochschulen in die Betrachtung mit ein (entsprechend den Ergebnissen der Hochschulfinanzstatistik), so beliefen sich die Ausgaben der Hochschulen in Bayern 2002 auf 4 200,4 Millionen Euro. Gegenüber 2001 bedeutet dies

Kliniken können
71%, Kunst-
hochschulen
aber nur 5%
der Ausgaben
durch Einnah-
men decken

ein Plus von 88,6 Millionen Euro oder 2,2%. Diesen Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 1 852,8 Millionen Euro gegenüber. Somit mussten 2 347,6 Millionen Euro als Zuschussbedarf aus allgemeinen Mitteln der Trägerhaushalte, also vorwiegend Landesmitteln, aufgebracht werden.

57% der aufteilbaren Hochschulausgaben entfällt auf die Medizin ...

Gut ein Viertel der Ausgaben ist keiner Fächergruppe zuordenbar

Der Aussagewert der nach Fächergruppen aufgeteilten Ausgabearten in der Hochschulfinanzstatistik ist dadurch eingeschränkt, dass ein Teil der Gesamtausgaben nicht den einzelnen Fächergruppen zugeordnet werden kann. Darin enthalten sind auch die Ausgaben der „zentralen Einrichtungen“ z.B. für gemeinsam genutzte Hörsäle, Bibliotheken, Rechenzentren oder soziale Einrichtungen, welche der ganzen Hochschule zuzurechnen sind. 2002 betrug der nicht zuordenbare Teil der Gesamtausgaben 1 099,8 Millionen Euro oder 26,2%, wobei 21,2% der Personalkosten, 29,2% der Bauausgaben und 34,1% der Verwaltungskosten keiner Fächergruppe zugerechnet werden konnten.

Große Schwierigkeiten bereitet auch die fächerspezifische Aufgliederung des Aufwands bei den Universitätskliniken, da diese nicht

nur Ausgaben für die Ausbildung der Studierenden nachweisen, sondern in großem Umfang auch für die ärztliche Versorgung von Patienten. Auch 2002 entfielen somit wieder 56,7% der aufteilbaren Hochschulausgaben oder 1 758,9 Millionen Euro auf die Human- und Veterinärmedizin. In weitem Abstand folgen die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften mit 486,8 Millionen Euro oder einem Anteil von 15,7%, die Ingenieurwissenschaften (294,4 Mill. Euro; 9,5%), die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (199,7 Mill. Euro; 6,5%) und die Sprach- und Kulturwissenschaften (193,0 Mill. Euro; 6,2%).

Spezifische strukturelle Unterschiede gibt es hinsichtlich der Ausgabearten und ihrer Verteilung auf die einzelnen Fächergruppen. So lag 2002 bei den Sprach- und Kulturwissenschaften und den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften das Schwergewicht der Ausgaben zu mehr als 80% (86,3%, 82,2%) beim Personal, während die Bau- und sonstigen Investitionen nur 1,6% bzw. 5,9% ausmachten. Demgegenüber ergab sich in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Kunst, Kunstwissenschaft ein Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben von 70 bis 74%, die Investitionsausgaben betragen dort aber 10 bis 15%.

Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind besonders personalintensiv

Hochschuleinnahmen in Bayern 2002 nach Fächergruppen und Einnahmearten¹ - Ergebnisse auf der Grundlage der Hochschulfinanzstatistik -

Tab. 4

Fächergruppe	Hochschuleinnahmen				davon					
	insgesamt		darunter Drittmittel		Verwaltungseinnahmen		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für			
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	laufende Zwecke		Investitionen ²	
	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%	Mill. €	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	29,6	1,9	27,3	6,6	0,6	0,1	29,0	6,7	-	-
Sport	2,2	0,2	0,7	0,2	1,5	0,1	0,7	0,2	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	35,5	2,3	24,8	6,0	4,4	0,4	29,7	7,2	1,4	10,5
Mathematik, Naturwissenschaften	126,6	8,1	124,3	30,0	2,1	0,2	122,9	29,5	1,6	11,9
Humanmedizin ⁴	1 254,5	80,0	153,4	37,0	1 098,8	96,6	147,2	35,4	8,5	63,4
Veterinärmedizin	8,3	0,5	2,5	0,6	5,7	0,5	2,6	0,7	-	-
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	23,6	1,5	15,1	3,7	8,5	0,7	15,1	3,7	-	-
Ingenieurwissenschaften	74,2	4,7	63,5	15,3	10,6	0,9	62,1	14,9	1,5	11,2
Kunst, Kunstwissenschaft	12,9	0,8	2,5	0,6	5,6	0,5	6,9	1,7	0,4	3,0
Aufgeteilte Einnahmen zusammen	1 567,4	100	414,1	100	1 137,8	100	416,2	100	13,4	100
Nicht aufgeteilt	285,4	X	80,7	X	198,6	X	62,9	X	23,9	X
davon Zentrale Einrichtungen	62,2	X	39,4	X	19,1	X	29,2	X	13,9	X
Hochschule insgesamt										
- keiner Fächergruppe zuzuordnen und ohne nähere Angabe -	222,3	X	41,1	X	178,8	X	33,5	X	10,0	X
Hochschulfremde Institutionen (z.B. Schwestersch.)	0,9	X	0,2	X	0,7	X	0,2	X	-	X
Hochschulen insgesamt	1 852,8	X	494,8	X	1 336,4	X	479,1	X	37,3	X

¹ Ohne Universität der Bundeswehr München.

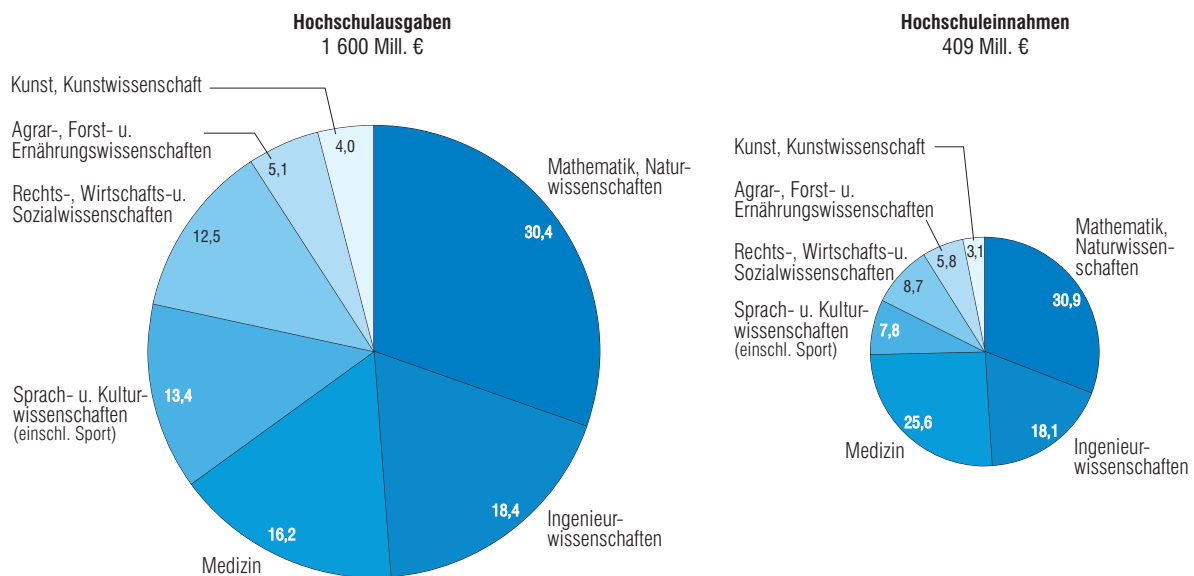
² Einschl. Drittmittel für Investitionen.

³ Einschl. Universitätskliniken.

⁴ Ohne Erstattungen des Bundes für Hochbaumaßnahmen (Kapitel 1506); davon Universitäten 37 833 104 Euro (Titel 331 02), Hochschulkliniken 48 070 297 Euro (Titel 331 03), Kunsthochschulen 3 115 667 Euro (Titel 331 05) Fachhochschulen 40 058 58 Euro (Titel 331 06). Weitere Erstattungen und Zuweisungen vom Bund nicht enthalten (Titel 331 02, 05 ,06 bei Kap. 1549, 331 07, 09, 13 bei Kap. 1506, 331 01, 04 bei Kap. 1528).

Anmerkung: Geringe Rundungsdifferenzen möglich.

Anteile der Fächergruppen¹ an den aufteilbaren Hochschulausgaben und -einnahmen in Bayern 2002
in Prozent



¹ Ohne Kliniken und ohne Universität der Bundeswehr München.

Im Bereich der Medizin haben die sächlichen Verwaltungsausgaben seit jeher ein besonders großes Gewicht (2002: Anteil 35,7%), da diese die mit dem Krankenhausbetrieb zusammenhängenden Ausgaben für Medikamente und Verpflegung mit einschließen. Die Personalkosten machten hier etwas mehr als 50% des Gesamtvolumens aus.

Die aufteilbaren Einnahmen der Hochschulen fielen zu 80,6% im Bereich der medizinischen Wissenschaften an. Nennenswerte eigene Erträge hatten daneben nur noch die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. Gut ein Viertel der Einnahmen ergab sich aus Zuweisungen und Zuschüssen. Der Großteil von 72,6% waren aber Verwaltungseinnahmen wie Mieten bzw. Pacht, Prüfungsgebühren, Betriebseinnahmen sowie bei den Kliniken Erlöse aus Pflegesätzen und Arzneimitteln.

... jedoch ohne Kliniken reduziert sich ihr Anteil auf 16%
Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die Universitätskliniken, da sie vor allem der Krankenversorgung dienen, unberücksichtigt lässt. Die aufteilbaren Ausgaben der Hochschulen vermindern sich dadurch zwar von 3 100,6 Millionen Euro um etwa die Hälfte auf 1 600,4 Millionen Euro. Dieser Restbetrag vermittelt aber ein eindeutigeres Bild über das Gewicht der einzelnen Fächergruppen. So reduziert sich der Anteil der Medizin an den aufteilbaren Hochschulausgaben von 56,7% auf 16,2%, während sich das Gewicht der anderen Fächergruppen jeweils in etwa verdoppelt. Es

zeigt sich dann, dass die Bereiche Mathematik, Naturwissenschaften mit 30,4% sowie Ingenieurwissenschaften mit 18,4% im Vergleich zur Medizin einen höheren Anteil an den Gesamtkosten erreichen.

Auch in der Gliederung nach Kostenarten zeigen sich Verschiebungen, wenn die Ausgaben der Kliniken unberücksichtigt bleiben. Es mindern sich anteilmäßig erwartungsgemäß die sächlichen Verwaltungskosten von gut einem Viertel auf 15,2%, während sich die Personalkosten von 61,5% auf 72,0% erhöhen. Ebenso wird deutlich, dass die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften besonders personalintensiv sind. 2002 beanspruchte hier der Aufwand für die Mitarbeiter in Lehre, Forschung und Verwaltung 86,3% bzw. 82,2% der Kosten.

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die Struktur der Ausgaben nach Lehr- und Forschungsbereichen. Ohne Berücksichtigung der Universitätskliniken wurden 2002 für die „Klinisch-theoretische Human- einschließlich Zahnmedizin“ insgesamt 143,3 Millionen Euro ausgegeben. Weiterhin kostete den Freistaat die Ausbildung in den Bereichen Maschinenbau, Fahrzeugtechnik, Verfahrenstechnik einschließlich der entsprechenden Fachhochschulstudiengänge 136,2 Millionen Euro, in Physik, Astronomie 123,6 Millionen Euro, in Wirtschaftswissenschaften 105,1 Millionen Euro, in Chemie 98,2 Millionen Euro und in Biologie 86,6 Millionen Euro. Damit entfielen auf

Neben Medizin ist Ausbildung in Maschinenbau, Verfahrenstechnik und Physik am teuersten

die genannten sechs Lehr- und Forschungsbereiche rund 43% der aufteilbaren Hochschulausgaben (ohne Kliniken).

494,8 Millionen Euro Einnahmen aus Drittmitteln

12% der
Gesamt-
ausgaben
durch
Drittmittel
gedeckt

Der Umfang der eingeworbenen Drittmittel wird in den letzten Jahren verstärkt als Indikator für die Qualität der Forschung an den Hochschulen wahrgenommen. Im Jahr 2002 beliefen sich diese Einnahmen bei den privaten und öffentlichen Einrichtungen in Bayern zusammen auf 494,8 Millionen Euro. Die Drittmittel machten damit gut ein Viertel der Gesamteinnahmen aus und deckten immerhin rund 12% der Gesamtausgaben ab. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich hier ein Plus von 14,9 Millionen Euro oder 3,1%. Die wichtigsten Drittmittelgeber waren auch 2002 wieder die gewerbliche Wirtschaft mit 167,4 Millionen Euro, die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit 156,7 Millionen Euro und der Bund mit 108,1 Millionen Euro. Größere Beträge von zusammen 26,8 Millionen Euro stammten von Stiftungen sowie von 22,6 Millionen

Euro von internationalen Organisationen wie der EU oder der OECD. Die restlichen 13,4 Millionen Euro flossen aus den Kassen anderer Bundesländer sowie der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen bzw. sonstiger öffentlicher Bereiche.

Unter den Hochschulen tut sich in Bayern vor allem die Technische Universität München beim Einwerben von Drittmitteln hervor. Sie konnte im Berichtsjahr allein 127,7 Millionen Euro oder gut ein Viertel der gesamten Drittmittel bei sich verbuchen. Es folgen knapp dahinter die Universität München mit 120,1 Millionen Euro sowie in größerem Abstand die Universität Erlangen-Nürnberg mit 83,1 Millionen Euro.

Die aufteilbaren Einnahmen aus Drittmitteln beliefen sich im Berichtsjahr auf 414,1 Millionen Euro. Von dieser Summe entfielen 37,0% auf die Medizin, 30,0% auf die Mathematik sowie Naturwissenschaften und 15,3% auf die Ingenieurwissenschaften.

Die Preisentwicklung im Jahr 2003

Dipl.-Volksw. Karl-Heinz Merkle

Die Preisentwicklung im Jahr 2003 auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen verlief vergleichsweise ruhig. Die stärkste Veränderung war noch bei den Einfuhrpreisen zu beobachten. Insbesondere aufgrund der spürbaren Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar waren importierte Waren um 2,2% günstiger zu haben als im Vorjahr; die Ausführpreise verringerten sich um 0,2%. Die Preise von im Inland produzierten und abgesetzten gewerblichen Erzeugnissen sind hingegen um 1,7% gestiegen. Hierzu hat ganz wesentlich der kräftige Preisanstieg für Energie (+7,1%) beigetragen. Ohne Energie wären die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2002 nur um 0,3% gestiegen. Im Großhandel erhöhten sich die Preise gegenüber dem Vorjahr um 0,5%. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 1,3%. Dies ist der niedrigste Anstieg seit 1999 (+0,6%). Für den Verbraucher besonders erfreulich verlief hierbei die Entwicklung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken. In diesem Bereich verringerten sich die Preise gegenüber dem Vorjahr um 0,2%. Zu kräftigen Preissprüngen kam es hingegen im Energiebereich. So mussten die Verbraucher im Jahresdurchschnitt für Heizöl (+4,9%) und Kraftstoffe (+5,2%) aber auch für Strom (+3,4%) und Gas (+5,5%) deutlich mehr bezahlen als im Jahr 2002.

Der folgende Beitrag beschreibt zunächst die Entwicklung der Ein- und Ausführpreise sowie der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise in Deutschland und im Anschluss daran die Entwicklung der Verbraucher- und Baupreise in Bayern.

Einfuhrpreise weiterhin rückläufig

Wie schon im vorangegangenen Jahr 2002 haben sich die Importpreise auch im Jahresdurchschnitt 2003 erneut verringert. So lag der Index der Einfuhrpreise im Durchschnitt des Jahres 2003 bei 96,2 (Basis 2000 = 100) und damit um 2,2% niedriger als im Vorjahr; 2002 hatte der jahresdurchschnittliche Rückgang ebenfalls 2,2% betragen. Die rückläufige Entwicklung der Importpreise im Jahresdurchschnitt 2003 wurde hierbei ganz wesentlich durch die spürbare Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar bestimmt. Insbesondere in der ersten Hälfte des Berichtsjahres wies die Entwicklung der Einfuhrpreise allerdings starke Schwankungen auf. So erhöhten sich die Importpreise im Januar und Februar im Monatsvergleich noch um jeweils 0,3%, während es dann in den Monaten März (-0,5%), April (-1,5%) und Mai (-1,3%) zu einem spürbaren Preisverfall kam. Zu diesen kräftigen Preisrückgängen hat insbesondere der durch den Verlauf des Irakkrieges verursachte vorübergehende Preisverfall am Ölmarkt beigetragen. So verringerte sich der Erdölpreis im April 2003 im Vergleich zum Vormonat um 16,4%; in den Monaten März und Mai lag der Rückgang bei 5,9 und 5,7%. Im weiteren Jahresverlauf wies Erdöl dann eine sehr uneinheitliche Preisentwicklung auf. So zogen in den Monaten Juni bis August die Preise wieder deutlich an. Die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate für Erdöl

belief sich auf 0,2%; importiertes Erdgas verteuerte sich um 5,4%. Eine Untergliederung der Einfuhrgüter der gewerblichen Wirtschaft (siehe Tabelle 1) nach Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren zeigt, dass der jahresdurchschnittliche Rückgang der Einfuhrpreise von 2,2% ganz wesentlich durch Verbilligungen bei den importierten Fertigwaren (-3,0%) bestimmt wurde. Wegen ihres Anteils von fast drei Viertel am gesamten Warenkorb kommt ihnen für die Gesamtentwicklung maßgebliche Bedeutung zu. Für Rohstoffe (+1,2%) und Halbwaren (+0,5%) wurden hingegen moderate jahresdurchschnittliche Preiserhöhungen ermittelt.

Unter den importierten Fertigwaren waren die stärksten Preisrückgänge bei Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (-11,7%), bei nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen (-8,7%) sowie bei elektronischen Bauelementen (-8,8%) zu beobachten. Vergleichsweise moderat hierzu verringerten sich die Preise der Güter der Ernährungswirtschaft (-1,6%). Ernährungsgüter tierischen Ursprungs (-4,4%) verbilligten sich allerdings deutlich stärker als Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs (-0,5%). Zu dem kräftigen Preisverfall bei Ernährungsgütern tierischen Ursprungs haben maßgeblich die starken Preisabschläge bei Fischen und Fischereierzeugnissen (-9,6%) beigetragen.

Für die deutschen Exporteure gestaltet sich die wirtschaftliche Lage weiterhin schwierig. Insbesondere aufgrund der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar aber auch wegen der schwachen Weltkonjunktur konnten sie im Jahr 2003 keine Preiserhöhungen

Aufwertung
des Euro
verbilligt
Importgüter

Die Entwicklung der Einfuhrpreise in Deutschland seit 2000

Tab. 1

Bezeichnung	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	2000 = 100				Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %			
Einfuhr insgesamt	100	100,6	98,4	96,2	10,1	0,6	- 2,2	- 2,2
Güter aus Euro-Ländern	100	101,0	99,6	99,5	-	1,0	- 1,4	- 0,1
Güter aus Nicht-Euro-Ländern	100	100,3	97,6	94,1	-	0,3	- 2,7	- 3,6
Gliederung nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft								
Güter der Ernährungswirtschaft	100	102,9	102,8	101,2	3,1	2,9	- 0,1	- 1,6
Ernährungsgüter tierischen Ursprungs	100	109,5	104,3	99,7	7,8	9,5	- 4,7	- 4,4
Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs	100	100,3	102,3	101,8	1,5	0,3	2,0	- 0,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	100	100,4	98,0	95,7	11,1	0,4	- 2,4	- 2,3
Rohstoffe	100	103,6	94,5	95,6	-	3,6	- 8,8	1,2
Halbwaren	100	94,3	88,6	89,0	39,7	- 5,7	- 6,0	0,5
Fertigwaren	100	100,7	99,5	96,5	3,3	0,7	- 1,2	- 3,0
Gliederung nach dem systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken¹								
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen								
Jagd	100	101,9	104,0	103,0	3,2	1,9	2,1	- 1,0
Erzeugnisse des Bergbaus: Steine und Erden	100	103,9	93,8	94,9	71,2	3,9	- 9,7	1,2
darunter Erdöl, roh	100	90,8	85,5	85,7	84,8	- 9,2	- 5,8	0,2
Erdgas	100	136,6	113,0	119,1	79,5	36,6	-17,3	5,4
NE-Metallerze	100	95,2	92,2	90,4	27,9	- 4,8	- 3,2	- 2,0
Mineralerzeugnisse	100	88,4	81,5	83,8	85,2	-11,6	- 7,8	2,8
Chemische Erzeugnisse	100	101,5	98,9	98,3	8,7	1,5	- 2,6	- 0,6
Metalle und Halbzeug daraus	100	96,5	92,2	91,9	21,5	- 3,5	- 4,5	- 0,3
Metallerzeugnisse	100	102,3	102,4	100,7	2,8	2,3	0,1	- 1,7
Maschinen	100	101,4	102,2	101,0	1,9	1,4	0,8	- 1,2
Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	100	99,6	99,8	98,3	- 0,4	- 0,4	0,2	- 1,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	100	97,4	92,9	82,0	1,1	- 2,6	- 4,6	-11,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile	100	100,7	100,5	99,9	0,8	0,7	- 0,2	- 0,6

1 Ausgewählte Güterabteilungen und -gruppen.

auf den Auslandsmärkten durchsetzen. So verringerte sich denn auch der Index der Ausfuhrpreise im Jahr 2003 um 0,2% auf einen Stand von 100,6 (2000 = 100). Im Verlauf des Jahres wurde der stärkste monatliche Preisrückgang im Mai (-0,4%) gemessen. In den übrigen Monaten des Jahres 2003 waren nur geringe monatliche Preisschwankungen zu beobachten.

Besonders starke jahresdurchschnittliche Preisabschläge mussten die Exporteure von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (-5,5%) sowie von elektronischen Bauelementen (-4,6%) und von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen (-4,4%) hinnehmen. Damit setzte sich bei diesen Erzeugnissen die Entwicklung der vergangenen Jahre mit zumeist starken Preisabschlägen weiter fort. Vergleichsweise moderate Preisrückgänge waren bei exportierten Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-0,2%) zu beobachten. Unternehmen des Maschinenbaus (+0,8%) und der chemischen Industrie (+0,3%) konnten sogar geringfügige Preiserhöhungen durchsetzen.

Da im Jahresdurchschnitt die Einfuhrpreise (-2,2%) stärker zurückgingen als die Ausfuhrpreise (-0,2%), haben sich die Terms of Trade spürbar (+2,1%) erhöht. Die Terms of Trade stellen das Verhältnis der durchschnittlichen Einfuhr- zu den durchschnittlichen Ausfuhrpreisen dar. Sie werden berechnet als Verhältnis des Index der Ausfuhrpreise zum Index der Einfuhrpreise. Steigen die

Terms of Trade, spricht man von einer Verbesserung, da bei gleich bleibender Ausfuhrmenge eine größere Menge an Importgütern eingeführt werden kann. In den Jahren 2001 und 2002 hatten sich die Terms of Trade ebenfalls, und zwar um 0,4 und 2,0% erhöht.

Wieder Anstieg der gewerblichen Erzeugerpreise; Energie als Preistreiber

Nachdem im Jahr 2002 die Preise von im Inland produzierten und abgesetzten gewerblichen Produkten noch um 0,6% gefallen waren, haben sie sich im Jahresdurchschnitt 2003 wieder erhöht (+1,7%). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf starke Preiserhöhungen zu Beginn des Jahres zurückzuführen. So erhöhten sich allein im Januar 2003 die Erzeugerpreise gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 1,4%. Ursächlich für diesen Anstieg waren vor allem Preiserhöhungen im Energiebereich sowie Preiserhöhungen infolge der Anfang Januar des Jahres wirksam gewordenen Steuererhöhungen (Ökosteuer, Tabaksteuer). Im weiteren Verlauf des Jahres wurden nur noch vergleichsweise geringfügige monatliche Preisschwankungen beobachtet.

Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Gesamtindex von 1,7% wurde ganz wesentlich durch die Preisentwicklung im Energiebereich bestimmt. So erhöhten sich die Preise für Energie, die mit einem Gewicht von rund 20% bei der Berechnung des Gesamtindex berücksichtigt werden, gegenüber dem Jahresdurchschnitt

Verbesserung
der Terms
of Trade

Die Entwicklung der Ausführpreise in Deutschland seit 2000

Bezeichnung	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	2000 = 100				Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %			
Ausfuhr insgesamt	100	101,0	100,8	100,6	3,1	1,0	-0,2	-0,2
Güter für Euro-Länder	100	101,1	100,9	101,3	-	1,1	-0,2	0,4
Güter für Nicht-Euro-Länder	100	101,0	100,8	99,9	-	1,0	-0,2	-0,9
Gliederung nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft								
Güter der Ernährungswirtschaft	100	103,2	102,6	101,5	3,1	3,2	-0,6	-1,1
Ernährungsgüter tierischen Ursprungs	100	105,2	102,4	100,5	5,9	5,2	-2,7	-1,9
Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs	100	102,2	102,7	102,0	1,6	2,2	0,5	-0,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	100	100,9	100,7	100,5	3,1	0,9	-0,2	-0,2
Rohstoffe	100	110,8	107,1	106,5	-	10,8	-3,3	-0,6
Halbwaren	100	99,9	98,0	99,3	19,5	-0,1	-1,9	1,3
Fertigwaren	100	100,8	100,8	100,5	2,1	0,8	0,0	-0,3
Gliederung nach dem systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken¹								
Chemische Erzeugnisse	100	101,1	100,4	100,7	4,4	1,1	-0,7	0,3
Metalle und Halbzeug daraus	100	99,0	96,6	97,5	14,0	-1,0	-2,4	0,9
Metallerzeugnisse	100	101,2	102,2	102,4	1,2	1,2	1,0	0,2
Maschinen	100	101,3	102,4	103,2	1,4	1,3	1,1	0,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	100	97,6	93,1	88,0	-3,8	-2,4	-4,6	-5,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung ...	100	101,5	102,1	102,7	1,2	1,5	0,6	0,6
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgerä- te sowie elektronische Bauelemente	100	99,6	97,8	94,0	-0,5	-0,4	-1,8	-3,9
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechni- sche und optische Erzeugnisse: Uhren	100	101,2	102,0	102,6	1,3	1,2	0,8	0,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	100	100,9	101,5	101,3	2,2	0,9	0,6	-0,2

¹ Ausgewählte Güterabteilungen und -gruppen.

2002 um 7,1%. Ohne Energie wären die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte nur um 0,3% gestiegen. Von den Energiepreisen wies Erdgas (+10,1%) die höchste jahresdurchschnittliche Preissteigerung auf. Elektrischer Strom verteuerte sich um 8,5 und Kraftstoffe um 5,1%. Auch leichtes Heizöl (+3,0%) und schweres Heizöl (+6,0%) waren im Jahresdurchschnitt 2003 spürbar teurer als im Vorjahr. Zu diesem deutlichen Anstieg der Energiepreise haben in nicht unerheblichem Ausmaße die im Rahmen der ökologischen Steuerreform angehobenen Steuersätze für Benzin, Diesel, schweres Heizöl und Flüssiggas beigetragen.

Bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterproduzenten waren im Jahr 2003 insgesamt Preiserhöhungen von 0,1% zu beobachten. Die Entwicklung im Investitionsgüterbereich verlief teilweise unterschiedlich. So erhöhten sich die Preise für Maschinen um 1,0%; Kraftwagen und Kraftwagenteile wurden um 0,8% teurer. Gleichzeitig gingen die Preise für Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (-6,9%) erneut zurück. Seit 2000 haben sich damit in diesem Bereich die Preise um 13,4% verringert. Auch elektronische Bauelemente (-4,9%) sowie nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (-9,0%) waren im Jahresdurchschnitt 2003 deutlich günstiger als im Vorjahr.

Die Preise für Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten lagen im Jahresdurchschnitt 2003 um 0,5% höher als im Vorjahr. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen wurden bei Tabakerzeugnissen

(+7,7%) beobachtet. Ursächlich hierfür war die Tabaksteuererhöhung im Januar 2003. Bei den meisten anderen Konsumgütern waren hingegen nur geringe Preisänderungen zu verzeichnen. So verteuerten sich die Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes gegenüber 2002 nur um 0,2%, die Preise für Haushaltsgeräte stiegen um 0,8%.

Bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2003 spürbar beruhigt. Während sich 2002 die Preise gravierend (-6,2%) verringert hatten, wurde 2003 eine geringfügige Erhöhung von 0,3% ermittelt. Der Anstieg ist ausschließlich auf die Preisentwicklung bei pflanzlichen Produkten zurückzuführen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 5,9% verteuerten. Zu diesem Anstieg haben vor allem die starken Preissteigerungen bei Getreide (+9,1%), Speisekartoffeln (+29,2%) sowie bei Obst (+13,8%) beigetragen. Tierische Erzeugnisse waren hingegen im Jahr 2003 um 2,7% günstiger zu haben als im Vorjahr. Bei Schlachtvieh entwickelten sich die Preise der verschiedenen Fleischsorten sehr unterschiedlich. Während Schweinefleisch 7,5% billiger war, lagen die Preise für Rinder (+1,2%), Schlachtgeflügel (+2,6%) und Kälber (+9,8%) zum Teil erheblich höher als im Vorjahr.

Großhandelspreise um 0,5% gestiegen

Die Großhandelsverkaufspreise haben sich im Jahresdurchschnitt 2003 gegenüber dem Vorjahr um 0,5% erhöht. Starke Preiserhöhungen wurden zu Beginn des Jahres beobachtet. So erhöhten sich die Preise im Januar 2003 gegenüber dem Vormonat De-

Höhere Steuersätze lassen Energiepreise steigen

Die Entwicklung der Erzeugerpreise in Deutschland seit 2000

Tab. 3

Bezeichnung	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	Basisjahr = 100				Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %			
Landwirtschaftliche Erzeugnisse¹ (Basisjahr 1995) ohne Umsatzsteuer								
Landwirtschaftliche Erzeugnisse insgesamt	95,4	100,8	94,6	94,9	6,1	5,7	- 6,2	0,3
Pflanzliche Produkte	87,6	92,6	89,4	94,7	- 0,1	5,7	- 3,5	5,9
darunter Getreide	90,0	86,8	77,9	85,0	2,5	- 3,6	-10,3	9,1
Speisekartoffeln	36,0	56,6	56,8	73,4	-50,0	57,2	0,4	29,2
Zuckerrüben	92,9	100,0	100,0	100,0	9,3	7,6	0,0	0,0
Obst	84,4	94,9	99,1	112,8	6,3	12,4	4,4	13,8
Gemüse	97,1	120,2	99,7	97,8	7,2	23,8	-17,1	- 1,9
Tierische Produkte	100,0	105,6	97,6	95,0	9,6	5,6	- 7,6	- 2,7
darunter Schlachtvieh	95,4	97,3	90,1	87,5	13,4	2,0	- 7,4	- 2,9
darunter Rinder	93,5	72,5	85,2	86,2	1,0	-22,5	17,5	1,2
Kälber	102,5	92,3	98,6	108,3	2,0	-10,0	6,8	9,8
Schweine	96,5	114,7	92,2	85,3	27,5	18,9	-19,6	- 7,5
Schlachtgeflügel	93,6	102,8	93,8	96,2	3,5	9,8	- 8,8	2,6
Milch	105,0	114,8	104,6	99,6	5,2	9,3	- 8,9	- 4,8
Eier	102,8	108,4	110,7	129,4	19,5	5,4	2,1	16,9
Gewerbliche Erzeugnisse¹ (Basisjahr 2000)								
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt	100	103,0	102,4	104,1	3,1	3,0	- 0,6	1,7
Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke	100	104,7	104,6	104,8	1,0	4,7	- 0,1	0,2
Mineralerzeugnisse	100	99,0	99,0	103,8	31,6	- 1,0	0,0	4,8
Chemische Erzeugnisse	100	102,1	100,1	101,4	5,0	2,1	- 2,0	1,3
Metalle und Halbzeug daraus	100	99,5	97,8	100,4	9,9	- 0,5	- 1,7	2,7
Metallerzeugnisse	100	100,7	101,3	101,9	0,7	0,7	0,6	0,6
Maschinen	100	101,5	102,8	103,8	1,0	1,5	1,3	1,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	100	95,8	93,0	86,6	- 3,1	- 4,2	- 2,9	- 6,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	100	100,0	100,1	100,1	1,3	0,0	0,1	0,0
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehge- räte sowie elektronische Bauelemente	100	97,1	95,1	88,9	- 5,8	- 2,9	- 2,1	- 6,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	100	101,0	102,7	103,5	0,5	1,0	1,7	0,8
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme	100	113,2	107,6	117,1	1,5	13,2	- 4,9	8,8

1 Ausgewählte Erzeugnisse bzw. Indexgruppen

zember um 1,3%; im Februar und März lagen die monatlichen Steigerungsraten bei 0,6 und 0,3%. In den folgenden Monaten bis Juli gingen dann die Preise kontinuierlich zurück. So lagen die Großhandelsverkaufspreise im Juli 2003 rund 2,0% niedriger als im März des Jahres. Im August und vor allem im September drehte sich die Entwicklung erneut, die Preise stiegen wieder deutlich an. Anschließend beruhigte sich das Preisgeschehen, so wurden in den Monaten von Oktober bis Dezember keine weiteren Preisänderungen beobachtet.

Im Bereich des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren waren stark gegenläufige jahresdurchschnittliche Preisentwicklungen zu beobachten. Während sich die Preise für lebende Tiere im Jahresdurchschnitt um 5,7% gegenüber dem Vorjahr verringerten, stiegen die Preise für Getreide, Saaten und Futtermittel um 5,6% an. Blumen und Pflanzen wurden um 0,7% teurer. Für den gesamten Bereich des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren errechnet sich eine jahresdurchschnittliche Steigerungsrate von 1,3%. Bei den Brennstoffen und Mineralerzeugnissen (+3,8%) folgten die Großhandelsverkaufspreise im Wesentlichen den bereits bei den Erzeugerpreisen beschriebenen Entwicklungen.

Die Preise für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,8%. Damit hat sich der Preisauftrieb in diesem Bereich weiter abgeschwächt. In den Jahren 2001 und 2002 waren die Preise im Jahresdurchschnitt noch um 5,2% und 1,2% gestiegen. Ein leichter Preisrückgang war im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (-0,4%) zu verzeichnen. Hauptursache hierfür war die Preisentwicklung bei elektrischen Haushaltsgeräten, Rundfunk- und Fernsehgeräten. Gegenüber dem Vorjahr verringerten sie sich im Durchschnitt um 1,5%. Zurückgegangen sind auch die Preise für pharmazeutische Erzeugnisse und medizinische Hilfsmittel (-0,9%), während sich kosmetische Erzeugnisse und Körperpflegemittel (+1,6%) gegenüber 2002 verteuerten.

Moderater Anstieg der Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise in Bayern haben sich im Jahr 2003 nur um 1,3% erhöht. Dies ist der niedrigste Anstieg seit 1999 (+0,6%). Bei einzelnen Ausgabenarten konnten im Jahresverlauf allerdings erhebliche Preisbewegungen beobachtet werden. So waren vor allem im Energiebereich überdurchschnittliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Insbesondere Anfang des Jahres wirkten die Energiepreise für Heizöl und Kraftstoffe stark preistreibend. So erhöhten

Preise für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nur geringfügig gestiegen

Die Entwicklung der Großhandelsverkaufspreise in Deutschland seit 2000

Tab. 4

Bezeichnung	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	2000 = 100				Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %			
Großhandel insgesamt	100,0	101,6	101,8	102,3	4,9	1,6	0,2	0,5
Großhandel mit								
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	100,0	100,6	97,2	98,5	8,0	0,6	-3,4	1,3
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	100,0	105,2	106,5	107,3	1,1	5,2	1,2	0,8
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	100,0	101,5	101,7	101,3	0,7	1,5	0,2	-0,4
Textilien	100,0	102,3	102,7	103,1	1,4	2,3	0,4	0,4
Bekleidung und Schuhen	100,0	100,6	101,4	101,6	0,0	0,6	0,8	0,2
elektrischen Haushaltsgeräten, Rundfunk- und Fernsehgeräten	100,0	100,6	101,1	99,6	-0,7	0,6	0,5	-1,5
Haushaltswaren aus Metall, keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Tapeten u.ä. ...	100,0	102,2	102,8	103,6	1,5	2,2	0,6	0,8
kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	100,0	102,7	104,4	106,1	1,6	2,7	1,7	1,6
pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfsmitteln	100,0	101,1	98,6	97,7	1,0	1,1	-2,5	-0,9
sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	100,0	103,0	104,6	105,5	2,0	3,0	1,6	0,9
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	100,0	100,5	101,1	103,8	12,7	0,5	0,6	2,7
darunter festen Brennstoffen und Mineralöl-erzeugnissen	100,0	99,6	99,1	102,9	29,0	-0,4	-0,5	3,8
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	100,0	98,8	98,7	102,0	11,2	-1,2	-0,1	3,3
chemischen Erzeugnissen	100,0	104,5	104,9	104,8	5,7	4,5	0,4	-0,1
Altmaterial und Reststoffen	100,0	96,5	98,9	106,5	15,3	-3,5	2,5	7,7
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	100,0	98,5	97,4	93,5	-1,2	-1,5	-1,1	-4,0
Sonstiger Großhandel	100,0	102,6	102,4	103,4	3,7	2,6	-0,2	1,0

sich in den Monaten Januar und Februar 2003 jeweils im Vergleich zum Vormonat die Preise für Heizöl um 7,3 und 9,0%; bei den Kraftstoffen lagen die entsprechenden Steigerungsraten bei 5,6 und 3,9%. Zwar beruhigte sich in den nachfolgenden Monaten die Preisentwicklung, für Heizöl waren sogar Preisrückgänge zu verzeichnen, im Jahresdurchschnitt mussten die Verbraucher für Heizöl (+4,9%) und Kraftstoffe (+5,2%) aber dennoch deutlich mehr bezahlen als im Vorjahr. Spürbar teurer waren aber auch Strom (+3,4%) und Gas (+5,5%). Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen ergibt sich eine Teuerungsrate für das Jahr 2003 von 1,1%.

Energiepreise
spürbar
gestiegen

Eine für den Verbraucher günstige jahresdurchschnittliche Preisentwicklung konnten für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ermittelt werden. Während sich in den beiden Jahren zuvor die Preise in diesem Bereich erhöhten (2001: +4,1%; 2002: +1,2%), lagen sie im Jahr 2003 um 0,2% niedriger als im Vorjahreszeitraum. Maßgeblich hierzu beigetragen, haben die Preisrückgänge bei Obst (-1,8%) und Gemüse (-1,8%) sowie Fleisch und Fleischwaren (-0,8%). Aber auch alkoholfreie Getränke (-0,4%) und vor allem Kaffee (-2,3%) waren deutlich billiger als im Vorjahr. Für Brot und Brotwaren (+0,5%) sowie Fisch und Fischwaren (+1,4%) mussten die Verbraucher hingegen mehr bezahlen. Eine Sonderentwicklung ergab sich bei Bienenhonig, der sich aufgrund eines erhöhten Bienensterbens und der sich hieraus ergebenden Verknappung des Angebots binnen Jahresfrist um 24,2% verteuerte.

Aufgrund einer Steuererhöhung waren auch Tabakwaren (+8,4%) spürbar teurer als im Vorjahr. Unverändert blieben die Preise für Bekleidung, während sich die Preise für Schuhe gegenüber dem Vorjahr um 0,6% erhöhten.

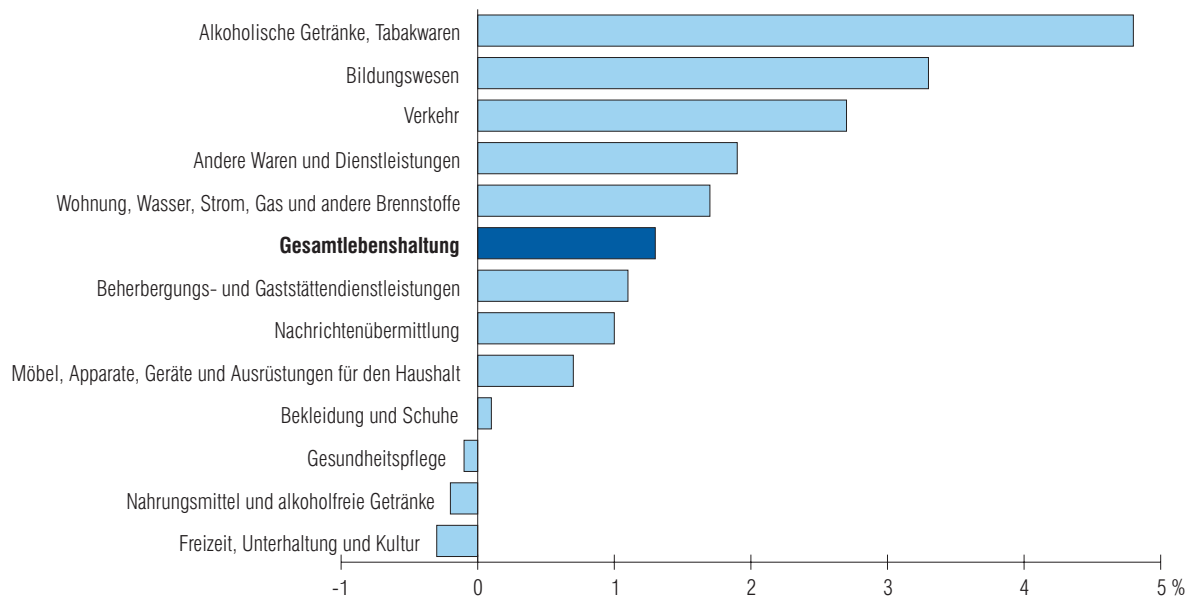
Die Ausgaben für Wohnen (einschließlich der warmen und kalten Nebenkosten) wiesen eine Jahresteuerrate von 1,7% auf. Zu diesem leicht überdurchschnittlichen Anstieg trugen insbesondere die stark gestiegenen Ausgaben für die warmen Nebenkosten (+3,2%) bei, während sich die kalten Wohnungsnebenkosten (u. a. Müllabfuhr, Wassergeld, Abwasserbeseitigung) nur um 1,1% erhöhten. Die Nettokaltmiete erhöhte sich binnen Jahresfrist um 1,6%.

Gegenläufige Preisentwicklungen waren bei Gebrauchs- und Verbrauchsgütern zu beobachten. Während sich die Preise für Verbrauchsgüter gegenüber dem Vorjahr um 1,9% erhöhten, stiegen die Preise für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer nur um 0,3%. Langlebige Gebrauchsgüter waren sogar um 0,8% billiger als im Vorjahr. Maßgeblichen Anteil hieran hatten die weiterhin stark rückläufigen Preise für Personalcomputer und Zubehör, die sich gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 20,4% verringerten. Seit 2000 haben sich damit die Preise für Personalcomputer und Zubehör nahezu halbiert (-49,2%). Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr waren aber auch bei Fernseh- und Rundfunkgeräten (-3,5%) zu verzeichnen. Geringfügige Preiserhöhungen gab es hingegen bei Kraftwagen (+0,9%).

Personalcomputer wieder
um deutlich
günstiger als
im Vorjahr

Die Entwicklung der Verbraucherpreise in Bayern im Jahr 2003 nach Güterhauptgruppen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6% erhöht. Sie sind damit stärker gestiegen als die Preise für Waren, die im Durchschnitt um 1,1% höher lagen als im Vorjahr. Bei den einzelnen Dienstleistungen gab es allerdings bei der Preisentwicklung teilweise deutliche Unterschiede. Während sich Pauschalreisen gegenüber dem Vorjahr nur um 0,2% verteuerten, stiegen die Preise für Verkehrsdienstleistungen um 2,3 und für Finanzdienstleistungen um 5,9%. Überdurchschnittlich sind auch die Preise für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+4,4%), wie ambulante und stationäre Pflege, Kindergrrippenbesuch, Essen auf Rädern gestiegen.

Telekommunikationsdienstleistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2% erhöht. Hierbei stiegen vor allem die Anschlussgebühren für das Festnetz (+5,8%) sowie die Telefongebühren im Mobilfunk für „Kaumtelefonierer“ (+10,9%). Wer mobil durchschnittlich viel telefonierte, bezahlte dagegen 3,2% weniger. Weiterhin sanken die Preise für Festnetzverbindungen bei Orts- (-2,9%) und Ferngesprächen (-0,4%). Das Surfen im Internet, ebenfalls Bestandteil der Telekommunikationsdienstleistungen, verbilligte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,3%.

Baupreise geringfügig niedriger als im Vorjahr

Auch im Jahr 2003 hat sich der seit 1995 bestehende Trend leicht rückläufiger bzw. stagnierender Baupreise fortgesetzt. Wegen der weiter anhaltenden Nachfrageschwäche im Baugewerbe hatten die Bauunternehmen keinerlei Möglichkeiten, Preiserhöhungen durch-

zusetzen. So blieben denn auch die Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden in Bayern 2003 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (-0,1%). Im Vergleich zu 1995 als die letzte Boomphase in der Bauwirtschaft endete, lagen die Preise um 0,3% niedriger. In welcher schwieriger wirtschaftlicher Situation sich die Bauwirtschaft befindet, wird auch daran deutlich, dass im gleichen Zeitraum in Deutschland die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 5,7 und die Großhandelsverkaufspreise um 5,9% gestiegen sind.

Baupreise seit fast 10 Jahren nahezu unverändert

Wie schon in den Jahren zuvor waren die Preise für Roh- und Ausbaurbeiten an Wohngebäuden leicht gegenläufig. Während sich die Preise für Ausbaurbeiten um 0,4% verteuerten, wurden Rohbaurbeiten im Vergleich zum Vorjahr um 0,8% billiger. Die Preisentwicklung verlief bei den einzelnen Bauarbeiten teilweise sehr unterschiedlich. Unter den Rohbaurbeiten gab es in erster Linie bei Gerüstarbeiten (-2,9%) und Erdarbeiten (-1,4%) Verbilligungen, während sich die Preise für Verbauarbeiten (+1,1%) sowie Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten (+0,5%) erhöhten. Bei den Ausbaurbeiten stiegen die Preise für Arbeiten an Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen (+3,3%) sowie für Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsanlagen (+2,3%) überdurchschnittlich, während insbesondere die Preise für Naturwerksteinarbeiten (-1,6%) und Putz- und Stuckarbeiten (-1,9%) rückläufig waren.

Auch bei den anderen Bauwerkstypen des Hochbaus waren nur leichte Preisbewegungen gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. So

Die Entwicklung der Verbraucherpreise in Bayern seit 2000

Bezeichnung	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	2000 = 100				Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %			
Verbraucherpreisindex insgesamt	100	102,1	103,7	105,0	1,4	2,1	1,6	1,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100	104,1	105,4	105,2	- 0,5	4,1	1,2	-0,2
darunter Brot und Getreideerzeugnisse	100	103,2	106,4	106,9	0,2	3,2	3,1	0,5
Fleisch, Fleischwaren	100	106,8	107,0	106,1	- 0,4	6,8	0,2	-0,8
Fische, Fischwaren	100	105,2	112,3	113,9	1,7	5,2	6,7	1,4
Molkereiprodukte und Eier	100	104,0	105,8	105,0	- 1,2	4,0	1,7	-0,8
Obst	100	109,1	110,4	108,4	- 0,6	9,1	1,2	-1,8
Gemüse (einschl. Kartoffeln)	100	104,2	103,9	102,0	1,0	4,2	- 0,3	-1,8
Kaffee	100	97,0	94,2	92,0	- 6,0	- 3,0	- 2,9	-2,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	100	101,6	105,0	110,0	1,7	1,6	3,3	4,8
Bekleidung und Schuhe	100	101,6	103,5	103,6	0,8	1,6	1,9	0,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere								
Brennstoffe	100	102,5	103,4	105,2	2,4	2,5	0,9	1,7
darunter Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	100	101,4	103,0	104,5	1,3	1,4	1,6	1,5
davon Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) ...	100	101,3	102,8	104,4	1,2	1,3	1,5	1,6
Wohnungsnebenkosten	100	102,1	103,8	104,9	2,9	2,1	1,7	1,1
Strom	100	101,7	104,8	108,4	-11,2	1,7	3,0	3,4
Gas	100	122,5	114,6	120,9	16,6	22,5	- 6,4	5,5
Heizöl	100	95,6	85,8	90,0	53,1	- 4,4	-10,3	4,9
Zentralheizung, Fernwärme	100	119,8	118,0	117,8	17,8	19,8	- 1,5	-0,2
Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für								
den Haushalt sowie deren Instandhaltung	100	100,9	102,4	103,1	0,2	0,9	1,5	0,7
Gesundheitspflege	100	101,2	101,4	101,3	0,3	1,2	0,2	-0,1
Verkehr	100	102,6	105,1	107,9	5,2	2,6	2,4	2,7
darunter Kraftstoffe	100	100,8	103,2	108,6	18,3	0,8	2,4	5,2
Nachrichtenübermittlung	100	94,1	95,7	96,4	-11,0	- 5,9	1,7	0,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	100	100,4	101,1	100,8	0,0	0,4	0,7	-0,3
darunter Pauschalreisen	100	103,6	106,7	106,9	4,6	3,6	3,0	0,2
Bildungswesen	100	101,6	104,1	107,5	4,3	1,6	2,5	3,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	100	102,5	107,9	109,1	1,0	2,5	5,3	1,1
Andere Waren und Dienstleistungen	100	103,2	105,7	107,7	2,4	3,2	2,4	1,9

Tab. 5

Die Entwicklung der Baupreise in Bayern seit 2000

Bezeichnung	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	2000 = 100				Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %			
Wohngebäude insgesamt	100,0	100,6	100,6	100,5	1,1	0,6	0,0	-0,1
davon Rohbauarbeiten	100,0	99,4	99,3	98,5	0,8	-0,6	-0,1	-0,8
Ausbauarbeiten	100,0	101,6	101,9	102,3	1,2	1,6	0,3	0,4
Gemischtgenutzte Gebäude	100,0	100,6	100,7	100,4	1,0	0,6	0,1	-0,3
Bürogebäude	100,0	100,8	101,0	100,9	1,2	0,8	0,2	-0,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	100,0	100,9	101,2	101,4	1,4	0,9	0,3	0,2
Straßenbau	100,0	102,5	101,1	99,8	5,2	2,5	-1,4	-1,3
Brücken im Straßenbau	100,0	100,4	100,1	99,9	1,4	0,4	-0,3	-0,2
Ortskanäle	100,0	100,8	100,6	99,9	2,0	0,8	-0,2	-0,7

Tab. 6

verringerten sich die Preise für Bürogebäude um 0,1%; gewerbliche Betriebsgebäude wurden um 0,2% teurer. Im Tiefbau waren durchweg Preisrückgänge zu verzeichnen. Am stärksten verminderten sich die Preise im Straßenbau (-1,3%); Ortskanäle wurden um 0,7% und Brücken um 0,2% billiger. Die überdurchschnittlichen Preisrückgänge im Tiefbau sind hierbei auch auf die starke Zurück-

haltung von Bund, Ländern und Kommunen bei der Vergabe von Bauaufträgen zurückzuführen. So lagen im Bundesdurchschnitt im Jahr 2003 die öffentlichen Bauinvestitionen um 9,1% niedriger als ein Jahr zuvor, während sich die nicht-öffentlichen (gewerblichen) Bauinvestitionen nur um 2,5% verringerten.

Haushaltegenerierung im Zensusstest

Dipl.-Volksw. Birgit Rimmelspacher, Dipl.-Volksw. Tilman von Roncador

Nach Empfehlungen der Bundesregierung soll eine künftige Volkszählung nicht mehr wie bisher mittels Befragung aller Personen und Haushalte durchgeführt werden, sondern sich auf die in den Verwaltungsregistern vorhandenen Daten stützen. – Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden daher beauftragt, hierfür im Rahmen einer Testphase geeignete Modelle zu entwickeln und deren Ergebnisqualität im Vergleich zu derjenigen eines nach der traditionellen Methode durchgeführten Zensus zu prüfen. – Die Verwaltungsregister enthalten zwar Daten über Personen, nicht jedoch über Haushalts- und Wohnungszusammenhänge. Wohnungsstatistische Daten müssen daher auch in einem registergestützten Zensus primärstatistisch erhoben werden. – Zur Ermittlung der Haushaltsstrukturen wurde ein sehr komplexes Verfahren entwickelt, das diese aus dem Zusammenspiel der Informationen aus den Melderegistern und den primärstatistisch erhobenen Wohnungsdaten ableitet. Nachfolgend werden Grundzüge des entwickelten Verfahrens vorgestellt und die erzielten Ergebnisse diskutiert.

Vorgeschichte und Aufgaben des Tests

Registergestützter Zensus als Alternative zur herkömmlichen Vollerhebung

Im Zusammenhang mit der Empfehlung der Europäischen Union für Volks- und Wohnungszählungen in den Mitgliedsstaaten in den Jahren 2000/2001 hat sich die Bundesregierung sowohl in der 13. als auch in der 14. Wahlperiode aus Kosten- und Akzeptanzgründen gegen eine herkömmliche Vollerhebung nach dem Vorbild der Volkszählung von 1987 ausgesprochen. Daraufhin wurden die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beauftragt, Alternativmodelle zu entwickeln. Diese sollten sich statt auf eine primärstatistische Vollerhebung, also die Befragung aller Einwohner, auf die Nutzung von Daten aus vorhandenen Verwaltungsdateien, und zwar insbesondere der Melderegister (MR) der Gemeinden, stützen.

Mit diesem Umstieg auf einen registergestützten Zensus wird statistisches Neuland betreten. Daher mussten die neuen statistischen Verfahren umfassend getestet und weiter entwickelt werden, um eine ähnlich hohe Ergebnisqualität wie bei den bisherigen Volkszählungen zu garantieren. Hierzu diente der Zensusstest, der auf der rechtlichen Grundlage des Gesetzes zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus (Zensusvorbereitungsgesetz) vom 27. Juli 2001 (BGBl I S.1882), zum Stichtag 5. Dezember 2001 durchgeführt wurde.

Die bisherigen Volkszählungen lieferten grundlegende personen-, haushalts- und wohnungsstatistische Daten. Die amtlichen Melderegister enthalten lediglich personenbezogene, nicht aber haushaltspezifische Daten. Register für Wohnungen und Haushalte bestehen in Deutschland nicht flächendeckend. Deshalb müssen wohnungsstatistische Daten auch in einem registergestützten Zen-

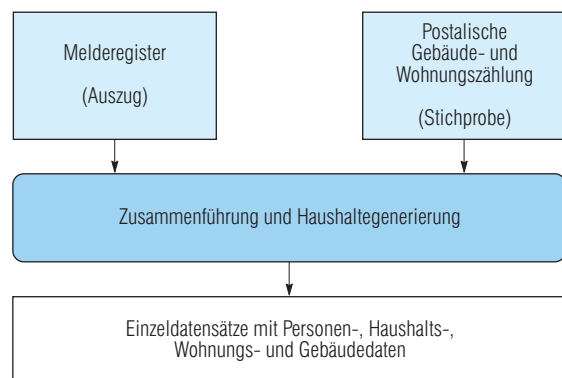
sus primärstatistisch erhoben werden. Um Ergebnisse für Haushalte nachweisen zu können, wurde im Zensusstest ein Verfahren zur Haushaltegenerierung entwickelt. Es leitet Haushaltszusammenhänge aus Informationen des Melderegisters in Zusammenspiel mit den erhobenen wohnungsstatistischen Daten ab.

Der Zensusstest wurde als Stichprobe durchgeführt. Er bestand u. a. aus einer Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ), die postalisch bei den in der Stichprobe enthaltenen Gebäude- und Wohnungseigentümern durchgeführt wurde. Ferner wurden von den Gemeinden die erforderlichen Daten aus den Melderegistern angefordert. Auf Grundlage der in allen Bundesländern durchgeführten repräsentativen GWZ und der entsprechenden Auszüge aus den Melderegistern für die in der Stichprobe enthaltenen Adressen wurde im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ein Verfahren zur Haushaltegenerierung entwickelt (vgl. Abb. 1). Gleich-

Datenquellen des Zensusstests

Ausschnitt aus dem Modell eines registergestützten Zensus

Abb. 1



Haushalte-
befragung
als Kontroll-
instrument

zeitig sollten Möglichkeiten, die Datenqualität der Melderegister zu verbessern, evaluiert werden. Um die Ergebnisse des Zensus-tests beurteilen zu können, wurde an den Stichprobenadressen in allen Bundesländern simultan eine Haushaltebefragung nach dem Muster der bisherigen Volkszählungen durchgeführt. Der Vergleich der Ergebnisse dieser Befragung mit den Ergebnissen des zur Generierung der Haushaltezusammenhänge entwickelten Verfahrens sollte zeigen, ob ein registergestützter Zensus eine vergleichbare Qualität wie die bisherigen Volkszählungen zu erreichen in der Lage ist.

Vor Beginn des Verfahrens der Zusammenführung und Haushaltegenerierung wurden die im Melderegister enthaltenen Personen mit denen der Haushaltebefragung verglichen. Dabei wurden Personen, die nur in den Melderegistern vorhanden waren, als „**Karteileichen**“ und Personen, die lediglich in der Haushaltebefragung vorkamen, als „**Fehlbestände**“ gekennzeichnet. Dadurch wurde es möglich, auch in einzelnen Verfahrensschritten zu erkennen, ob und in welchem Ausmaß Karteileichen zu Haushalten generiert wurden.

Nachfolgender Aufsatz skizziert das entwickelte Verfahren und stellt ausgewählte Ergebnisse dar. Mit Ausnahme von Tabelle 2 handelt es sich dabei stets um (für ganz Deutschland) hochgerechnete Zahlen.

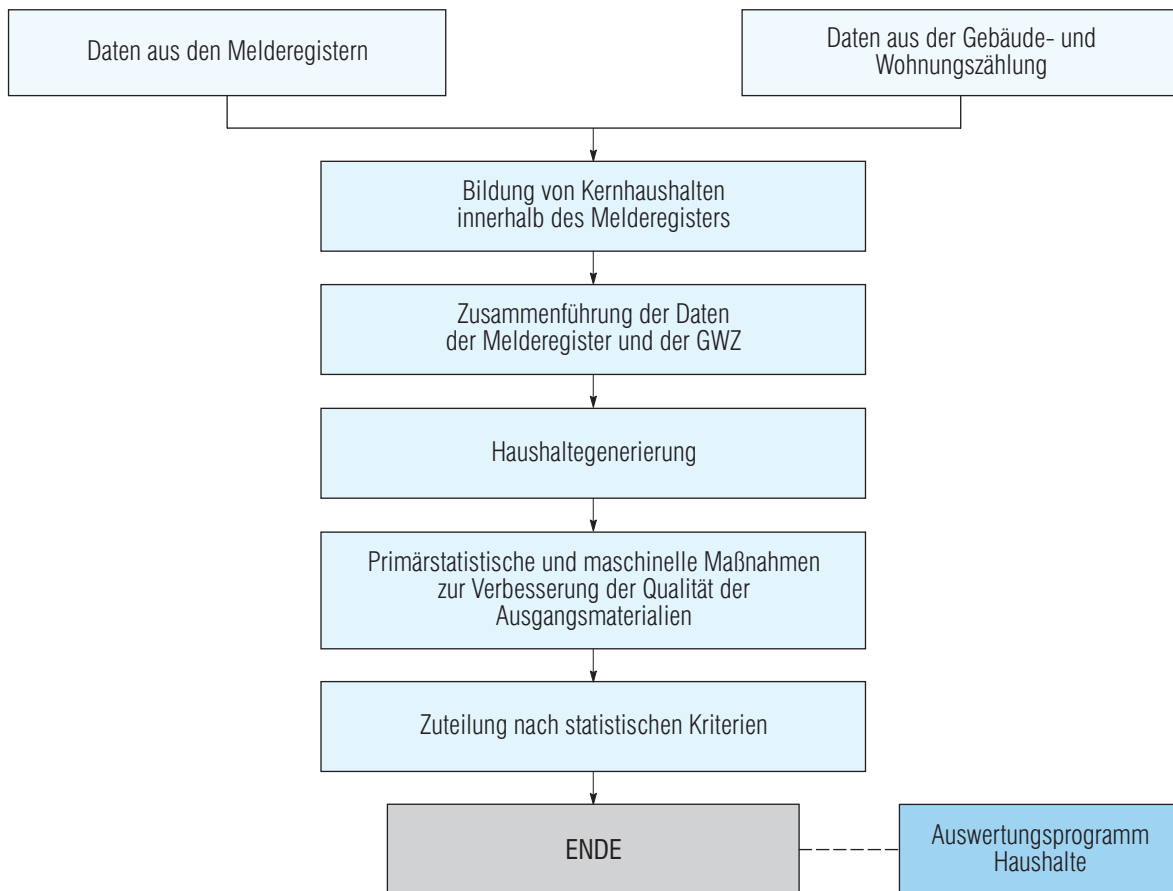
Grundstruktur des Verfahrens zur Haushaltegenerierung

Primäres
Ziel des
Verfahrens

Primäres Ziel des Verfahrens zur Haushaltegenerierung ist das Auffinden von Haushaltszusammenhängen der in den Melderegistern enthaltenen Personen. Da bei einem registergestützten Zensus grundsätzlich nur so genannte Wohnhaushalte gebildet werden können, ist dies gleichbedeutend damit, jede Person in die richtige Wohnung zu generieren.¹ Das Konzept der Wohnhaushalte, das nicht auf das gemeinsame Wirtschaften sondern auf das gemeinsame Wohnen abgestellt ist, findet international weite Verbreitung und soll nach Eurostat-Leitlinien auch Vorgabe in den Mitgliedstaaten werden.

¹ Im Gegensatz zum Konzept der Wirtschaftshaushalte, bei dem Mitglieder eines Haushalts nicht nur in einer gemeinsamen Wohnung wohnen, sondern auch gemeinsam wirtschaften, bilden im Konzept der Wohnhaushalte alle in einer Wohnung zusammen lebenden Personen immer auch einen gemeinsamen Haushalt.

Abb. 2 **Komponenten der Zusammenführung und Haushaltegenerierung**



Das im Rahmen des Zensus-tests entwickelte Verfahren zur Bildung von Wohnhaushalten untergliedert sich in mehrere Abschnitte (vgl. Abb. 2). Zunächst werden innerhalb der Melderegisterdaten die so genannten Kernhaushalte gebildet. Anschließend werden die Personen der Melderegister mit Wohnungen zusammengeführt. Auf der nächsten Stufe erfolgt die eigentliche Haushalgenerierung ehe die bis dato noch unverknüpften Personen über statistische Kriterien mit Wohnungen verknüpft werden. Am Ende des Verfahrens sind sämtliche in den Melderegistern enthaltenen Personendaten mit einer Wohnung verbunden.²

Bildung von Kernhaushalten innerhalb des Melderegisters

In diesem Verfahrensabschnitt werden unter Verwendung der „Verzeigerungen“ in den Personendatensätzen der Melderegister so genannte **Kernhaushalte** gebildet. Die Bezeichnung Kernhaushalte zeigt an, dass diese ausschließlich auf Grund von Verzeigerungen ihrer Mitglieder untereinander generiert wurden.

Verwendung der Verzeigerungen der Melderegister

Unter **Verzeigerungen** versteht man die zusätzlich zu den Meldedaten jeder Person in den Melderegistern eingetragenen Namen vorhandener Familienmitglieder wie Ehepartner, Eltern oder Kinder. Letztere sind, sofern unverheiratet, mit ihren Eltern in der Regel bis zum vollendeten 27. Lebensjahr verzeigert. Verzeigerungen lassen somit die Zusammengehörigkeit von Personen des Melderegisters innerhalb klassischer Familienstrukturen erkennen.

Über die Verzeigerungen wurden 20,3 Mill. Kernhaushalte mit mehr als einer Person gebildet (vgl. Tabelle 1). In diesen Kernhaushalten befanden sich 57,6 Mill. Personen.

Ergebnisse der Kernhaushaltsbildung

Tab. 1

Haushalte (ohne Wohnheime)	Kernhaushalte mit mehr als einer Person insgesamt	davon		
		Ehepaare mit Kind(ern)	Einelternteil mit Kind(ern)	Ehepaare ohne Kind(er)
	1 000			
	1	2	3	4
Kernhaushalte	20 267,0	8 151,1	2 737,2	9 378,7

Nach der Bildung der Kernhaushalte erfolgt im nächsten Abschnitt die Zusammenführung der Datensätze des Melderegisters mit den Wohnungsangaben aus der GWZ.

Zusammenführung der Daten der Melderegister und der GWZ

Durch die in diesem Abschnitt des Verfahrens durchgeführte Zusammenführung der beiden Datenquellen werden den gebildeten

Kernhaushalten aber auch Einzelpersonen Wohnungsdaten, wie etwa Größe oder Ausstattung, zugeordnet. Dadurch werden Wohnhaushalte gebildet.

Um die Daten zusammenführen zu können, wurden in der GWZ die Namen der Wohnungsinhaber erfragt. Unter Wohnungsinhaber ist der Nutzer der Wohnung, also der Hauptmieter oder der in seiner Wohnung lebende Eigentümer, zu verstehen. Weitere Merkmale wie Geburtsdatum und Geschlecht stehen für die Zusammenführung nicht zur Verfügung, da sie sich in der GWZ nicht erheben lassen.

Maschinell nicht identifizierbare Einheiten müssen in einem personal- und somit kostenintensiven Arbeitsgang manuell zusammengeführt werden. Es ist deshalb erforderlich, einen möglichst hohen Anteil von zusammengehörenden Datensätzen maschinell zu verknüpfen. Bei den hohen Datenvolumina von rund 37 Millionen Wohnungs- und ca. 90 Millionen Personendatensätzen (mit Haupt- bzw. Nebenwohnsitz), die in einem künftigen registergestützten Zensus voraussichtlich zu verarbeiten sein werden, führt bereits ein geringer Anteil maschinell nicht verknüpfter Datensätze zu erheblichen zusätzlichen Kosten. Gleichzeitig darf das maschinelle Verfahren jedoch nur zu einem äußerst geringen Anteil fehlerhafter Zusammenführungen von Wohnungs- mit Personendaten führen, da es sonst zu Verzerrungen der Wohnungs- und Haushaltszusammenhänge kommen kann.

Das im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entwickelte Verfahren beruht auf einer Methode des Zeichenkettenvergleichs zur Quantifizierung von Namensähnlichkeiten sowie einem hierarchisch strukturierten Stufenmodell zur Bewertung von Datensatzübereinstimmungen.³

In einem mehrstufigen Abgleich wird adressweise der Name des Wohnungsinhabers in den Melderegisterdaten gesucht. Der Vergleich erfolgt hierbei mit den im Melderegister angegebenen Familien-, Geburts-, Ehe-, Ordens-, Künstler-, Vor- und Rufnamen. Im Anschluss an den Namensabgleich werden allen Kernhaushaltsmitgliedern von denjenigen Personen, die im Melderegister als Wohnungsinhaber identifiziert wurden, die Daten der entsprechenden Wohnung zugeordnet, so dass nun jeweils die gesamten zum Wohnungsinhaber gehörenden Kernhaushalte mit einer Wohnung verknüpft sind.

2 Ausführliche Darstellungen des Zensus-tests finden sich u. a. bei Furrrohr, M., Rimmelspacher, B.: Testuntersuchungen zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus – Inhalt und Stand -, Bayern in Zahlen, Heft 1/2001, S.13 ff. sowie bei Lauer, T., Werner, J.: Der Zensus-test 2001 – Prüfung neuer Methoden als Alternative für eine Volkszählung, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/2001, S.545 ff.
 3 Eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens sowie der theoretischen Grundlagen findet sich bei: Furrrohr, M., Rimmelspacher, B., v. Roncador, T.: Zusammenführung von Datenbeständen ohne numerische Identifikatoren – ein Verfahren im Rahmen der Testuntersuchungen zu einem registergestützten Zensus, Bayern in Zahlen 7/2002, S. 308 ff.

Maschinelles Verfahren mit phonetischem Abgleich

Da Namen derselben Personen in den beiden Datenquellen gelegentlich in unterschiedlicher Schreibweise enthalten sind, zielt der Namensabgleich nicht nur auf eine vollständige Übereinstimmung der Namen, sondern auch auf Namensähnlichkeiten („phonetischer“ Abgleich). Das aufwändige maschinelle Verfahren besteht aus insgesamt 47 Unterstufen.

Der maschinelle Namensabgleich beginnt mit einer restriktiven Unterstufe, die nur dann einen GWZ-Wohnungsinhaber mit einem Personensatz des Melderegisters verknüpfte, wenn der GWZ-Name und der MR-Name, bestehend aus Familienname einschließlich aller Namensbestandteile sowie sämtlichen Vornamen, exakt übereinstimmt. Bereits hier wurde der mit Abstand größte Anteil der Wohnungsinhaber gefunden. Dies geht aus Tabelle 2 hervor. Sie enthält die Ergebnisse des maschinellen Namensabgleichs für sämtliche in der GWZ angegebenen Wohnungsinhaber aller Gebäude einschließlich sämtlicher Wohnheime **ohne Hochrechnung**. Von den insgesamt 127 652 Wohnungsinhaber der GWZ wurden 117 931 bzw. 92,4 % gefunden. Alle im maschinellen Namensabgleich nicht gefundenen Wohnungsinhaber wurden anschließend manuell überprüft. Hierbei wurden noch 681 weitere Wohnungsinhaber entdeckt.

Im maschinellen Namensabgleich wurden die in Tabelle 2 angeführten Stufen durchgeführt. Dabei wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die Unterstufen zusammengefasst.

Für alle weiteren Unterstufen wurden die Zuordnungskriterien zunehmend „weicher“. Statt des Familiennamens wurde beispielsweise der Geburtsname mit dem in der GWZ angegebenen Nachnamen des Wohnungsinhabers verglichen. In späteren Unterstufen wurde auf eine vollständige Übereinstimmung der Namen verzichtet. Es war ausreichend, wenn die Namen einen bestimmten Ähnlichkeitsgrad aufwiesen.

In Gebäuden ohne Wohnheime wurden für das Bundesgebiet **hochgerechnet** insgesamt 48,1 Mill. Wohnungsinhaber angegeben. Davon wurden nach Durchführung aller Stufen 44,7 Mill. bzw. 92,9 % der Wohnungsinhaber im maschinellen Namensabgleich gefunden. Dies liegt unterhalb der ursprünglich in das Verfahren gesetzten Erwartungen. Die Ursachen hierfür lagen überwiegend jedoch nicht im Verfahren selbst begründet:

So wurde der Begriff Wohnungsinhaber, obgleich im Fragebogen der GWZ erläutert, im allgemeinen Sprachgebrauch häufig mit dem des Wohnungseigentümers verwechselt. Als Folge hiervon wurde statt des Namens der tatsächlich in der Wohnung lebenden Person der Eigentümer angegeben, der, falls andernorts wohnhaft, nicht im Melderegister gefunden werden konnte. Die entsprechenden Wohnungen konnten aufgrund dieses Fehlers nicht verknüpft werden. Bei einem künftigen Zensus sollte daher der Begriff des Wohnungsinhabers durch einen weniger missverständlichen ersetzt werden.

Eine weitere Ursache dafür, dass Wohnungsinhaber im Melderegister nicht identifiziert werden konnten, liegt im Melderegister selbst begründet. Mittels der Haushaltebefragungen wurden in den Meldedateien Untererfassungen (Fehlbestände) aufgedeckt. Ist ein in der GWZ angegebener und in den Haushaltebefragungen angegriffener Wohnungsinhaber nicht im Melderegister verzeichnet, so kann er verständlicherweise in diesem auch nicht identifiziert werden.

Ergebnisse der Zusammenführung der Daten der Melderegister und der GWZ

Insgesamt konnten 85,3 % aller Personen mit Hauptwohnsitz nach der Zusammenführung der Daten der Melderegister und der GWZ bereits mit einer Wohnung verknüpft werden (vgl. Tabelle 3 u. Titelschaubild). Es hat sich gezeigt, dass die in eine Wohnung generierten Personen mit einer äußerst geringen Wahrscheinlichkeit Karteileichen sind. Die Karteileichenrate der verknüpften Personen lag

Über 90 % der Wohnungsinhaber im maschinellen Namensabgleich gefunden

Bereits über 85 % der Hauptwohnsitzpersonen mit Wohnung verknüpft

Gefundene Wohnungsinhaber in allen Gebäuden einschließlich sämtlicher Wohnheime nach Stufen des maschinellen Namensabgleichs (ohne Hochrechnung)

Tab. 2

Stufen	Name des in der GWZ angegebenen Wohnungsinhabers im Melderegister gefunden	
	Anzahl	in % aller GWZ-Wohnungsinhaber
	1	2
Gefundene Wohnungsinhaber insgesamt	117 931	92,4
davon		
Nachnamen voll übereinstimmend	105 957	83,0
davon		
MR-Familienname und GWZ-Nachname ...	105 358	82,5
MR-Geburtsname und GWZ-Nachname	379	0,3
MR-Ehename und GWZ-Nachname	47	0,0
MR-Familienname vor Änderung und GWZ-Nachname	173	0,1
Nachnamen phonetisch übereinstimmend	7 258	5,7
davon		
MR-Familienname und GWZ-Nachname ...	7 159	5,6
MR-Geburtsname und GWZ-Nachname	72	0,1
MR-Ehename und GWZ-Nachname	7	0,0
MR-Familienname vor Änderung und GWZ-Nachname	20	0,0
Mehrfachfamilienname	701	0,5
Sonderformen	4 015	3,1
darunter		
Vertauschungen und Verknüpfungen von Vor- und Nachnamen	680	0,5
Künstlernamen und Ordensnamen	2	0,0

Mit einer Wohnung verknüpfte und unverknüpfte Personen nach der Zusammenführung der Daten der Melderegister und der GWZ

Tab. 3

Gebäude lt. GWZ (ohne Wohnheime)	Personen lt. MR		darunter		davon (Sp. 1)						
	Karteileichen		mit einer Wohnung verknüpft		darunter		noch unverknüpft		darunter		
					Karteileichen				Karteileichen		
	1 000	in % von Sp.1	1 000	in % von Sp.1	1 000	in % von Sp.4	1 000	in % von Sp.1	1 000	in % von Sp.8	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung											
Gebäude insgesamt	77 964,4	2 179,7	2,8	66 524,8	85,3	651,7	1,0	11 439,7	14,7	1 528,0	13,4
Bevölkerung am Ort der Nebenwohnung											
Gebäude insgesamt	4 311,5	2 377,1	55,1	1 567,7	36,4	268,6	17,1	2 743,7	63,6	2 108,5	76,8

mit 1,0% deutlich unter den 13,4% der unverknüpften Personen. Diese Erkenntnis kann an späterer Stelle des Verfahrens als Indikator sowohl für eine primärstatistische als auch maschinelle Korrektur von Karteileichen verwendet werden (vgl. hierzu die entsprechenden Abschnitte des Aufsatzes).

Haushalgenerierung

Bei der beschriebenen Zusammenführung der Daten der Melderegister und der GWZ bleiben diejenigen Haushalte ohne Wohnungszusammenhang, zu denen keine Wohnungsinhaber gehören. Solche Haushalte sind jedoch unter Umständen Bestandteil eines anderen Haushalts, der bereits mit einer Wohnung zusammengeführt werden konnte, sie wurden aber wegen fehlender Verzeigerungen nicht in den Kernhaushalt aufgenommen. Neben den Verzeigerungen enthält das Melderegister weitere Merkmale, die, wenn sie in bestimmten Kombinationen bei zwei Haushalten übereinstimmen, zwar nicht deterministisch jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Zusammengehören dieser beiden Haushalte anzeigen. So wird beispielsweise ein Kernhaushalt A, bestehend aus Frau Müller und zwei mit ihr verzeigerten Kindern, wahrscheinlich zu Kernhaushalt B, bestehend aus Herrn Maier, gehören, wenn beide Kernhaushalte dasselbe Einzugsdatum und dieselbe frühere Adresse aufweisen. Diese Aussage gilt jedoch nur, wenn an derselben Adresse nicht noch weitere Kernhaushalte mit gleichem Einzugsdatum und gleicher früherer Adresse leben. In diesem Fall könnten an der Adresse Ersatzwohnungen für ein zu sanierendes Haus bereitgestellt worden sein, sodass dort zahlreiche Haushalte aus derselben früheren Adresse zeitgleich zugezogen sind.

Aus dem Beispiel wird deutlich, dass die Kombination der übereinstimmenden Merkmale sehr sorgfältig abgewogen werden muss. Dies berücksichtigend, wurde ein Verfahren zur Haushalgenerierung mit zehn Haupt- und zahlreichen Unterstufen konzipiert. Jede Stufe prüft dabei eine bestimmte Kombination von Angaben aus den Melderegistern. Dabei wurde die Reihenfolge der Stufen so gewählt, dass die Angaben, die ein Zusammengehören zweier Haushalte mit

besonders hoher Wahrscheinlichkeit belegen, in den ersten Stufen abgearbeitet werden. Mit der Stufenzahl steigt die Irrtumswahrscheinlichkeit dann an. Im Einzelnen ergeben sich, in einem grob vereinfachten Schema dargestellt, die nachfolgenden Stufen:

Auf der ersten Stufe werden Personen, die dieselbe Wohnungsnummer wie ein Kernhaushalt haben, mit diesem zusammengeführt. Solche Fälle entstehen, wenn in der GWZ für dieselbe Wohnung zwei Wohnungsinhaber angegeben wurden und diese im Melderegister nicht miteinander verzeigert sind. Ein Beispiel hierfür sind zwei in der GWZ als Wohnungsinhaber angegebene Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.

Auf der zweiten Stufe werden Personen, für die im Melderegister der Name eines Wohnungsgebers (z.B. bei später zugezogenen Familienmitgliedern, Lebenspartnern oder Untermietern) angegeben ist, über einen Namensabgleich mit diesem zusammengeführt, sofern er unter derselben Adresse gemeldet ist⁴. Dabei ist eine vollständige Übereinstimmung des Namens erforderlich. Phonetische Vergleiche wie bei der Zusammenführung der Daten von Melderegistern und GWZ erfolgen hier nicht.

Die dritte Stufe zielt auf fehlende oder unzureichende Verzeigerungen von Kindern mit ihren Eltern in den Melderegistern ab. Nicht oder nicht vollständig im Melderegister mit ihren Eltern verzeigerte minderjährige Kinder werden über Namensübereinstimmungen und unter Beachtung von Altersdifferenzen mit Eltern(teilen), Großeltern (teilen), Geschwistern oder – bei entsprechender Kennzeichnung – mit einem gesetzlichen Vertreter zu Haushalten generiert.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind im Gegensatz zu verheirateten Paaren nicht im Melderegister miteinander verzeigert. Sie können daher nicht im Bereich Bildung von Kernhaushalten zusam-

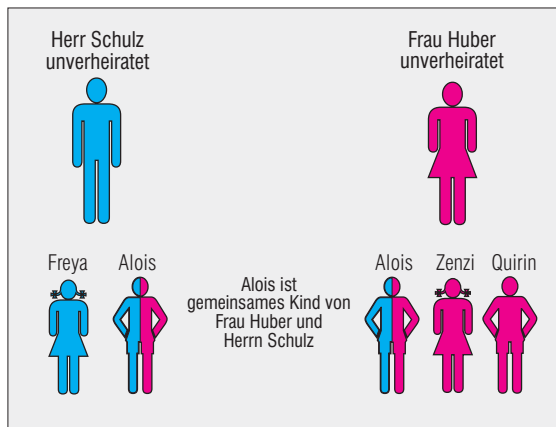
⁴ Weitere Kriterien wie etwa identische Stockwerke konnten nicht berücksichtigt werden, da diese Angaben aus den Melderegistern nicht vollständig vorliegen.

Zehnstufiges Verfahren zur Haushalgenerierung

Generierung mit Merkmalen des Melderegisters

mengeführt werden. Eine Möglichkeit besteht jedoch, wenn die Partner mindestens ein gemeinsames Kind haben. Beide Partner sind dann jeweils mit demselben Kind verzeigert und können über dieses Indiz als nichteheliche Lebensgemeinschaft zu einem Haushalt zusammengefasst werden. Dies erfolgt auf der vierten Stufe (vgl. Abb. 3).

Abb. 3 **Bildung nichtehelicher Paare über Verzeigerungen* zwischen nichtehelichem Kind und seinen Eltern**



* Verzeigerungen: Zusätzlich zu den Meldedaten jeder Person in den Melderegistern eingetragene Namen vorhandener Familienmitglieder wie Ehepartner, Eltern oder Kinder (vgl. Kasten auf S. 342)

Ähnlich der dritten Stufe im Fall von nicht mit ihren Eltern verzeigerten Kindern führt Stufe fünf Ehepaare, deren Personendatensätze im Melderegister nicht über Verzeigerungen miteinander verknüpft sind, zu einem Haushalt zusammen. Dies erfolgt anhand von Namensübereinstimmungen der Partner sowie unter Berücksichtigung des Familienstands und des Geschlechts. Zusätzlich muss auch das Datum, an welchem sich der Familienstand geändert hat, bei beiden Partnern übereinstimmen.

Ab einem bestimmten Alter der Kinder werden deren Verzeigerungen mit den Eltern gelöscht, auch wenn sie weiterhin bei diesen wohnen. Spätestens erfolgt dies bei einem Alter von 27 Jahren. Für solche erwachsenen Kinder wurde die sechste Stufe konzipiert. Hier werden nicht (mehr) verzeigerte erwachsene Nachkommen mit ihren Eltern oder Elternteilen zu gemeinsamen Haushalten generiert. Als Kriterien dienen Namensübereinstimmungen, bestimmte Altersdifferenzen und gleiche Einzugsdaten. Auf dieser Stufe können auch erwachsene Kinder, die bei ihren Großeltern(-teilen) wohnen, mit diesen zu einem Haushalt zusammengefasst werden.

Ältere Personen, die bei ihren Nachkommen leben, sind nicht mit diesen im Melderegister verzeigert, werden also bei der Bildung von Kernhaushalten nicht zu diesen hinzugeneriert. Oftmals gibt es

hier jedoch Übereinstimmungen von Namen und Einzugsdaten. Hierauf greift Stufe sieben zurück und führt unter Beachtung von Altersdifferenzen ältere Einzelpersonen mit den Haushalten ihrer Nachkommen zusammen.

In einem Haushalt lebende Geschwister konnten, auch wenn sie dieselben Namen tragen, in den bisherigen Stufen nicht zusammengeführt werden, da ihre Altersdifferenz in der Regel unter der jeweils vorgeschriebenen liegt. In der achten Stufe werden Personen bei Übereinstimmung von Namen und Einzugsdatum unter Berücksichtigung entsprechender Altersdifferenzen als Geschwister zu einem Haushalt vereinigt.

Die beiden letzten Stufen des Verfahrens dienen der Bildung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Da hier eine Namensübereinstimmung kein Kriterium ist und vorhandene Altersdifferenzen eine verhältnismäßig geringe Aussagekraft haben, handelt es sich um die beiden Stufen mit der höchsten Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Haushaltgenerierung. Gewisse Anhaltspunkte liefern noch die Übereinstimmung von Einzugsdaten und früheren Adressen.

Stufe neun generiert nichteheliche Paare (auch mit Nachkommen) bei gleichem Einzugsdatum oder gleicher früherer Adresse unter Berücksichtigung von Geschlecht und Altersdifferenzen. Stufe zehn führt schließlich Einzelpersonen bei Übereinstimmung des Einzugsdatums oder der früheren Adresse zusammen. Auf Altersdifferenzen wird hier verzichtet.

Da die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Generierung mit der Stufenhöhe zunimmt, wurde ab der sechsten Stufe eine zusätzliche Sicherung eingebaut: Zu einem Haushalt, der mit einer Wohnung zusammengeführt wurde, steht aus der GWZ eine Angabe bezüglich der Personenzahl in der Wohnung zur Verfügung. Entspricht diese Angabe der Zahl der bereits in dem Haushalt zusammenlebenden Personen, werden diesem keine weiteren mehr hinzugeneriert, auch wenn die Kriterien der jeweiligen Stufen dies erlauben würden. Dadurch soll verhindert werden, dass Karteileichen im Melderegister zu Haushalten hinzugefügt werden. Dieses Vorgehen hat sich im Testverlauf gut bewährt.

Sicherung gegen fehlerhafte Generierung

Ursprünglich war vorgesehen, weitere Stufen zu bilden, die im Vergleich zu den oben angeführten mit größeren Unsicherheiten verbunden gewesen wären. Nachdem sich im Testverlauf jedoch gezeigt hatte, dass diese Zusammenführungen zu sehr vielen Fehlern geführt hätten, wurden sie aus dem Verfahren herausgenommen.

Mit einer Wohnung verknüpfte und unverknüpfte Personen nach der Zusammenführung von Haushalten

Tab. 4

Gebäude lt. GWZ (ohne Wohnheime)	Personen lt. MR		darunter		davon (Sp. 1)						
	Karteileichen		mit einer Wohnung verknüpft		darunter		noch unverknüpft		darunter		
	Karteileichen		Karteileichen		Karteileichen		Karteileichen		Karteileichen		
	1 000	in % von Sp.1	1 000	in % von Sp.1	1 000	in % von Sp.4	1 000	in % von Sp.1	1 000	In % von Sp.8	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung											
Gebäude insgesamt	77 964,4	2 179,7	2,8	70 777,8	90,8	992,6	1,4	7 186,6	9,2	1 187,1	16,5
Bevölkerung am Ort der Nebenwohnung											
Gebäude insgesamt	4 311,5	2 377,1	55,1	1 970,3	45,7	496,2	25,2	2 341,1	54,3	1 880,9	80,3

Sehr wenig Karteileichen bei verknüpften Personen

Ergebnisse des Verfahrens der Haushaltegenerierung

Insgesamt wurden auf den zehn beschriebenen Stufen 5,5% aller Personen am Ort der Hauptwohnung mit einem anderen Haushalt zusammengeführt. Dadurch stieg der Anteil der mit einer Wohnung verknüpften Personen auf 90,8% (vgl. Tabelle 4). Die Karteileichenrate der verknüpften Personen mit Hauptwohnung lag mit 1,4% deutlich unter der Ausgangsrate des Melderegisters und war auch wesentlich geringer als die Karteileichenrate der noch nicht mit einer Wohnung verknüpften Personen. Ein Viertel aller verknüpften Personen mit Nebenwohnung erwies sich als Karteileiche, bei den unverknüpften Personen mit Nebenwohnung betrug die Karteileichenrate 80,3%.

Die einzelnen Stufen waren quantitativ von recht unterschiedlicher Bedeutung. Rund die Hälfte aller Verknüpfungen kam auf der sechsten Stufe zu Stande. Die weiteren Stufen blieben alle unterhalb eines Anteils von 10%.

Sowohl bei der Zusammenführung der Melderegisterdaten mit den Angaben aus der GWZ als auch in der Haushaltegenerierung zeigte sich, dass fehlerhafte Melderegisterdaten nur in deutlich unterproportionaler Anzahl zugeordnet wurden. Dadurch ist der Karteileichenanteil unter den mit einer Wohnung verknüpften Personen deutlich geringer als unter den unverknüpften. Die bisherigen Verfahrensabschnitte liefern somit Anhaltspunkte für mögliche Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Melderegisterdaten.

Mit Hilfe eines maschinellen Korrekturverfahrens konnte die Karteileichenrate der Bevölkerung am Ort der Nebenwohnung deutlich gesenkt werden. Eine weitere Senkung dieser noch immer hohen Karteileichenrate lässt sich maschinell nur unter Inkaufnahme von Ergebnisverzerrungen erreichen. Deshalb bleiben hierfür nur primärstatistische Korrekturmaßnahmen, auf die später noch eingegangen wird.

Statistische Zuordnung der noch verbliebenen Personen

Nach Durchlaufen der Haushaltegenerierung sind noch 9,2% aller in den Melderegistern enthaltenen Personen mit Hauptwohnsitz und 54,3% aller Personen mit Nebenwohnsitz ohne Wohnung. Solche Personen können Karteileichen sein, die korrekterweise mit keinem anderen Haushalt in Verbindung gebracht wurden. Vor allem bei Personen mit Nebenwohnsitz war dies oftmals, wie oben beschrieben, der Fall. Sie können aber auch zu einer noch mit keinem Haushalt belegten Wohnung gehören, da in der Haushaltegenerierung nur Haushalte untereinander, nicht aber Haushalte und Wohnungen zusammengeführt wurden. Ein solcher Fall kann sich ergeben, wenn in der GWZ Wohnungsinhaber nicht oder falsch angegeben wurden.⁵ Als dritte Möglichkeit bleibt, dass die Personen zwar zu einem anderen Haushalt gehören, dies jedoch anhand der untersuchten Merkmale nicht festgestellt werden konnte.

Die nach der Haushaltegenerierung noch nicht mit einer Wohnung zusammengeführten Personen müssen nach statistischen Kriterien zugeordnet werden. Dies erfolgt in drei Etappen.

a) Zusammenführung mit noch unbelegten Wohnungen

Sofern an einer Adresse noch Wohnungen vorhanden sind, in die bislang noch kein Haushalt hineingeneriert wurde, werden diese zunächst mit jeweils einem noch unverknüpften Haushalt zusammengeführt. Da hier die Strukturen der einzelnen Haushalte unverändert bleiben, kann die Verknüpfung nach dem einfachen Muster größter Haushalt in die größte unbelegte Wohnung, zweitgrößter Haushalt in die zweitgrößte Wohnung usw. erfolgen.⁶

b) Bildung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Im Test zeigte sich, dass die Stufen neun und zehn der Haushalte-

Zuordnung von Personen nach statistischen Kriterien

⁵ Zu dieser Problematik vergleiche Abschnitt „Zusammenführung der Daten der Melderegister und der GWZ“.

⁶ Feinere Zuordnungsverfahren, etwa auf Basis eines Vergleichs der Struktur des zuzuordnenden Haushalts mit den Angaben aus der GWZ haben sich im Test nicht bewährt.

generierung viele der in der Haushaltebefragung vorhandenen nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht finden konnten, beispielsweise wenn ein Partner später zugezogen ist. Deshalb werden weitere nichteheliche Lebensgemeinschaften gebildet, bevor die Haushalte ohne Wohnungsnummern mit Wohnungen, in welchen sich bereits ein Haushalt befindet, zusammengeführt werden. Dabei wurde ähnlich wie in der neunten Stufe der Haushaltegenerierung vorgegangen, allerdings auf die Bedingung des gleichen Einzugsdatums bzw. gleicher früherer Adresse verzichtet.

c) Zusammenführung mit Wohnungen, in denen bereits ein Haushalt vorhanden ist

Gibt es unter der Adresse keine unverknüpfte Wohnung mehr, müssen Haushalte mit Wohnungen zusammengeführt werden, in denen sich bereits ein Haushalt befindet. Um dabei ein völlig willkürliches Verteilen einzelner Personen zu vermeiden, werden ausschließlich komplette Haushalte miteinander verbunden, ein Aufspalten bestehender Haushalte findet nicht statt. Im Prinzip ist ein analoges Vorgehen wie im oben beschriebenen zehnstufigen Verfahren erforderlich. Jedoch stehen jetzt keine weiteren Angaben aus den Melderegistern zur Verfügung, die auf ein Zusammengehören hinweisen. Die Zusammenführung kann nur noch nach statistischen Kriterien wie etwa der Haushalts- bzw. der Wohnungsgröße erfolgen.

In Gebäuden mit nur einer Wohnung ist die Unterteilung der beiden Zuordnungsarten nicht erforderlich. Da nur eine Wohnung zur Verfügung steht, müssen dieser sämtliche noch unverknüpfte Personen zugeordnet werden, unabhängig davon, ob sich in der einen Wohnung bereits ein Haushalt befindet. Eine Sperrung bestimmter Haushaltstypen ist hier nicht möglich.

Ergebnisse nach Durchführung der statistischen Zuordnungen

Insgesamt wurden in Gebäuden mit mehr als einer Wohnung rund 2,7 Mill. Personen am Ort der Hauptwohnung nach rein statistischen Kriterien mit einer Wohnung zusammengeführt (vgl. Tabelle 5). Hiervon waren 26,9% Karteileichen. Viele Personen wurden also vor der Zuteilung nach statistischen Kriterien korrekterweise nicht mit einer Wohnung zusammengebracht.

Nach statistischen Kriterien mit einer Wohnung zusammengeführte Personen am Ort der Hauptwohnung in Gebäuden mit mehr als einer Wohnung (ohne Wohnheime)

Gebäudegröße lt. GWZ	Personen am Ort der Hauptwohnung insgesamt	darunter			
		nach statistischen Kriterien mit einem Haushalt zusammengeführt		darunter Karteileichen am Ort der Hauptwohnung	
		1 000	%	1 000	%
		1	2	3	4
Gebäude mit zwei oder mehr Wohnungen	46 704,2	2 741,4	5,9	736,3	26,9
davon zusammengeführt mit Wohnung ohne Haushalt ...	X	965,8	2,1	210,0	21,7
Haushalt mit Wohnung	X	1 775,6	3,8	526,3	29,6

Tab. 5

Für Gebäude, in denen Haushalte nach statistischen Kriterien mit bestehenden Haushalten zusammengeführt werden mussten, wurde auffallend häufig in der GWZ eine im Vergleich zur Haushaltebefragung zu geringe Zahl von Wohnungen angegeben. Haushalte, die korrekt in den Daten des Melderegisters enthalten waren, konnten deshalb mangels einer Wohnung im Namensabgleich nicht zugeordnet werden.

Die Zuordnung nach statistischen Kriterien stellt ein verhältnismäßig grobes Instrumentarium dar, das in seiner gegenwärtigen Konzeption nicht in der Lage ist, Haushaltsstrukturen derselben Qualität zustande zu bringen wie die vorangegangenen Generierungen. Deshalb sollten, um ein gutes Generierungsergebnis zu erhalten, möglichst wenige Adressen erst mit der Zuordnung nach statistischen Kriterien abgeschlossen werden. Wie oben gezeigt wurde, trägt hierzu Datenmaterial von hoher Qualität maßgeblich bei, sei es über eine geringe Anzahl von Karteileichen im Melderegister oder die vollständige Angabe der Wohnungen einer Adresse in der GWZ.

Statistische Zuordnung sollte möglichst vermieden werden

Problem der Änderung bestehender Haushaltsstrukturen

Wegen des im Zensustest strikt einzuhaltenden Konzeptes der Wohnhaushalte entsteht durch jede Zuordnung ein vergrößerter Haushalt. Die ursprüngliche Struktur der Haushalte wird dadurch geändert. Dies ist im Fall der statistischen Zuordnung problematisch, da die beiden zuvor vorhandenen Haushalte nach Kriterien gebildet wurden, die deutlich zuverlässiger sind als die statistischen. Somit würde durch eine fehlerhafte Zuordnung nach statistischen Kriterien nicht nur im Falle des zugeordneten Haushaltes ein Fehler begangen, sondern auch noch die Struktur eines höchstwahrscheinlich richtig generierten Haushaltes zerstört werden.

Aus diesem Grund werden bestimmte Haushaltskonstellationen in verknüpften Wohnungen von der Zuteilung der nicht verknüpften Personen ausgenommen. Dadurch soll verhindert werden, dass Haushaltstypen, wie beispielsweise Familien mit Kindern, bei denen das Vorhandensein von weiteren Personen weniger wahrscheinlich ist, durch ein Hinzugenerieren von Personen in den Typ „Sonstiger Haushalt“ umgewandelt werden. Dennoch ist, da die Zuordnung in diesem Modul ausschließlich unter Berücksichtigung von Haushaltsgröße und Wohnungsbelegung erfolgt, die Zuordnung nach statistischen Kriterien weitaus unsicherer als die Generierung von Haushalten.

Über 90% der Personen bereits vor Verfahrensschritt Statistische Zuordnung mit Wohnungen verknüpft

Zuordnungen in den einzelnen Verfahrensabschnitten

In Abb. 4 sind die Anteile der in den oben beschriebenen Verfahrensschritten jeweils den Wohnungen zugeordneten Personen dargestellt. Es wird deutlich, dass im Falle der Personen am Ort der Hauptwohnung, die 94,7% der Gesamtbevölkerung repräsentieren, eine große Mehrheit (90,8%) bereits vor dem Verfahrensabschnitt Statistische Zuordnung mit Wohnungen zusammengeführt ist. Dennoch wird auch ein beträchtlicher Anteil der Personen erst im Verfahrensschritt Statistische Zuordnung mit einer Wohnung zusammengeführt. Am Ort der Nebenwohnung werden knapp 85% aller nicht von der maschinellen Korrektur der Karteileichen betroffenen Personen vor dem Verfahrensabschnitt Statistische Zuordnung mit einer Wohnung zusammengeführt. Sowohl bei den Personen am Ort der Hauptwohnung als auch am Ort der Nebenwohnung lässt sich der Anteil der nach statistischen Kriterien zugeordneten Personen jedoch durch primärstatistische Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Ausgangsmaterialien noch verringern.

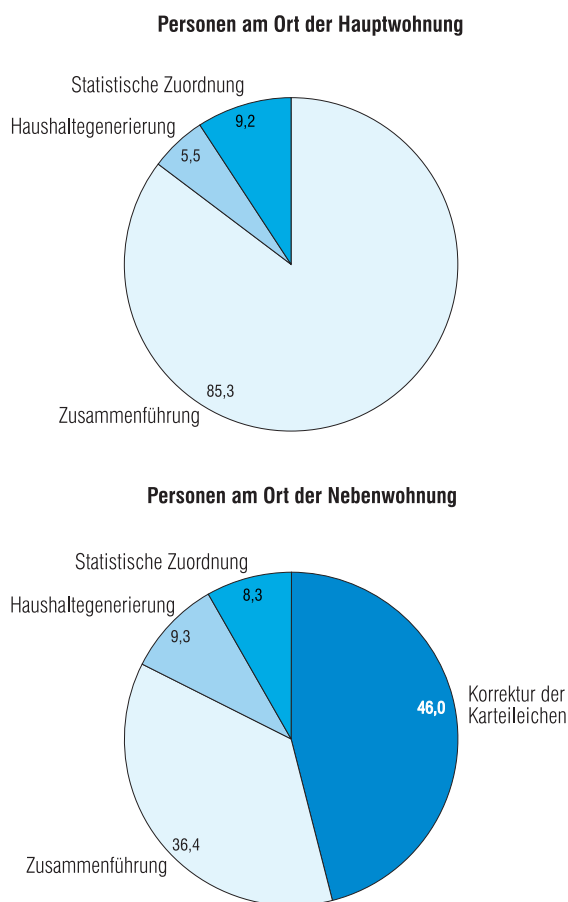
Möglichkeiten zur Aufdeckung und primärstatistischen Korrektur von Karteileichen

a) Möglichkeiten innerhalb des Verfahrens

Ziel des Zensustests war es, neben der Erstellung von Haushaltszusammenhängen auch herauszufinden, ob das Verfahren der Zusammenführung und Haushaltgenerierung auch Anhaltspunkte für eine primärstatistische Korrektur der Melderegisterdaten liefern kann.

Die Untersuchungen hierzu basieren auf der Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit für ein Vorhandensein von Karteileichen vor allem an den Adressen hoch ist, an denen nach der Haushaltgenerierung die Zahl der Haushalte die Zahl der bewohnten Wohnungen übersteigt, also noch unverknüpfte Personen vorhanden sind. Diese Annahme stützt sich auf die Feststellung, dass sich unter den nach dem Verfahrensteil Haushaltgenerierung noch unverknüpften Personen ein deutlich höherer Anteil von Karteileichen befindet als unter den bereits verknüpften.

Abb. 4 **Anteile der Verfahrensabschnitte in Prozent**



Simulation primärstatistischer Korrekturen

In Gebäuden mit nach dem Verfahrensteil Haushaltgenerierung noch unverknüpften Haushalten wurden im Test primärstatistische Korrekturmaßnahmen simuliert. Hierfür wurden die Daten aus der Haushaltebefragung verwendet. Sie ersetzen in den entsprechenden Gebäuden die Generierungsergebnisse. Ein Vergleich der Ergebnisse vor und nach der Verwendung der Daten aus der Haushaltebefragung zeigt den Erfolg der primärstatistischen Korrekturen.

Für die Beurteilung der primärstatistischen Befragung von Haushalten ist es erforderlich, den eingesetzten Aufwand mit dem Ertrag zu vergleichen. Der für eine Befragung betriebene Aufwand lässt sich anhand der Zahl der befragten Haushalte messen. Der Ertrag besteht in der Anzahl der aufgedeckten Karteileichen und der damit erzielten Qualitätsverbesserung.

Im Test zeigte sich, dass nur in Gebäuden mit einer oder zwei bewohnten Wohnungen Aufwand und Ertrag einer primärstatistischen Befragung in einem angemessenen Verhältnis stehen. In größeren Gebäuden müssten hingegen für eine nennenswerte Aufdeckung von Karteileichen übermäßig viele Personen befragt werden.

In Ein- und Zweifamilienhäusern konnte durch simulierte primärstatistische Erhebungen bei etwa 1,1 Mill. Haushalten, das entspricht 6,6% der Haushalte in Ein- und Zweifamiliengebäuden, die Karteileichenrate der Hauptwohnsitzbevölkerung um mehr als die Hälfte reduziert werden. In dieser Gebäudekategorie leben mehr als 50% der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Besonders deutlich sind die Auswirkungen bei den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern (Gemeindegrößenklasse 1).

b) Ergänzende Stichprobenerhebung außerhalb des Verfahrens

Eine uneingeschränkte Verwendung der Melderegister als Datengrundlage für einen registergestützten Zensus würde nicht nur bezüglich der Haushaltszusammenhänge zu einer erheblichen Ergebnisverzerrung führen, sondern auch die Einwohnerzahlen unrichtig wiedergeben. Aus diesen Gründen ist es für die Ergebnisqualität eines registergestützten Zensus wichtig, die Qualität der aus den Melderegistern gewonnenen Daten durch statistische Verfahren vor ihrer Verwendung zu verbessern.

Ergänzungsstichprobe zur Verbesserung der Ausgangsdaten

Hierfür bestehen Überlegungen, bei einem künftigen registergestützten Zensus neben einer bundesweit durchzuführenden Prüfung und Korrektur von Mehrfachfällen in den Melderegistern weitere korrigierende Maßnahmen in Form von ergänzenden Stichprobenerhebungen durchzuführen. Grundgedanke dieser Stichproben ist, in den Gemeinden – zusätzlich zur Auswertung der Melderegister – auf Stichprobenbasis eine Befragung von Personen durchzuführen mit dem Ziel, die Karteileichen- und Fehlbestandsrate für die einzelne Gemeinde zu ermitteln und die für die Gemeinde zunächst festgestellte Einwohnerzahl in dieser Größenordnung zu korrigieren. Unter Umständen ist es sinnvoll, solche Stichproben nur in Gemeinden mit 10 000 oder mehr Einwohnern (Gemeindegrößenklassen 2, 3 und 4) durchzuführen. Ob ein solches Vorgehen Akzeptanz findet, ist noch offen. Problematisch hierbei ist eine gewisse Ungleichbehandlung großer und kleiner Gemeinden, deren Einwohnerzahl nicht nach derselben Methode ermittelt werden würde.

Haushaltsstatistische Ergebnisse

Das zentrale Ziel der Zusammenführung/Haushaltgenerierung ist es, wie bereits ausgeführt, Haushaltsergebnisse von ähnlicher Qualität wie bei den bisherigen Volkszählungen vorzulegen. In welchem Umfang dieses Ziel erreicht wird, misst sich grundsätzlich an der Differenz der Haushaltsergebnisse laut Generierung zu den Ergebnissen der im Zensus durchgeführten Haushalbefragung. Abweichungen können allerdings neben den Schwächen des Generierungsverfahrens auch auf Datenlücken und Fehler in den Ergebnissen der Haushalbefragung sowie Fehler in den Datenquellen der Zusammenführung/Haushaltgenerierung, der GWZ und des Melderegisters, zurückzuführen sein. Deshalb muss vor dem Vergleich genau festgelegt werden, mittels welcher Daten er erfolgen soll.

Abgrenzung der Untersuchungsmassen für die haushalts- und wohnungsstatistischen Ergebnisse

Für eine sachgerechte Beurteilung der Haushaltgenerierung müssen die Abweichungen, die auf Fehler in der Haushalbefragung zurückzuführen sind, ausgeschaltet werden. Dies lässt sich nur durch Herausnahme der in der Haushalbefragung fehlerhaften Wohnungen und Adressen aus dem Vergleich erreichen. Hiervon

Ausschaltung von Fehlern, die den Vergleich Generierung mit Haushalbefragung beeinträchtigen

betroffen sind Wohnungen ohne oder mit fehlerhaftem Befragungsergebnis in der Haushalbefragung, sowie Adressen, für die dort eine falsche Anzahl von Wohnungen angegeben wurde. Die in den Vergleich eingehenden übrigen Wohnungen und Adressen wurden im Zensusstest als Untersuchungsmasse 1 bezeichnet (vgl. Tabelle 6).

Aber auch Untersuchungsmasse 1 enthält noch Fehler, die nicht auf das Generierungsverfahren per se zurückzuführen sind. Dies sind Über- und Untererfassungen von bewohnten Wohnungen in der GWZ aufgrund fehlerhafter Angaben der Eigentümer und Fehler im Melderegister in Form von Karteileichen und Fehlbeständen. In einem künftigen Zensus müssen diese Fehler für eine hohe Qualität der Ergebnisse vor der Generierung durch entsprechende Maßnahmen vermindert werden. Diese Fehler aus der Über- und Untererfassung der GWZ werden in der Untersuchungsmasse 2 ausgeklammert (vgl. Tabelle 6).

Abgrenzung der Untersuchungsmassen für die Haushaltauswertungen

Masse	Vor Hochrechnung	Nach Hochrechnung
	Anzahl	1 000
	1	2
Bewohnte Wohnungen lt. Haushalbefragung	94 517	35 305,1
- Bewohnte Wohnungen ohne vollständiges, plausibles und konsistentes Befragungsergebnis	14 038	5 236,3
= Untersuchungsmasse 1	80 479	30 068,8
- Wohnungen in Gebäuden mit Über- bzw. Untererfassungen in der GWZ	27 118	4 282,0
= Untersuchungsmasse 2	53 361	25 786,8

Tab. 6

Lässt man in die Auswertungen zu Untersuchungsmasse 2 nur sowohl in Melderegister als auch in Haushalbefragung vorkommende Personen (so genannte paarige Personen) einfließen, erhält man quasi idealtypische Bedingungen ohne Fehler der GWZ und des Melderegisters.

Vergleich der Haushaltsstrukturen

Um das Verfahren an sich beurteilen zu können, werden in den nachfolgenden Tabellen die Fehler der Melderegister und der GWZ ausgeschaltet. Dafür wird Untersuchungsmasse 2 verwendet, zusätzlich gehen nur paarige Personen in die Auswertung ein. Die Zahl der Haushalte laut Haushalbefragung insgesamt bleibt hierbei unterhalb der in Tabelle 6 ausgewiesenen Zahl der bewohnten Wohnungen in Untersuchungsmasse 2, da komplett aus Karteileichen bestehende Haushalte nicht in die Untersuchung einfließen. Aus Tabelle 7, die das Ergebnis vor dem Hintergrund eines weitgehend fehlerfreien Datenmaterials darstellt, wird deutlich, dass das Verfahren der Haushaltgenerierung zu beinahe identischen Haushaltsgrößen führt wie die Haushalbefragung. Ob dieses Ergebnis so

Generierung führt zu fast identischer Haushaltgröße

auch erreicht werden wird, hängt von dem in einem registergestützten Zensus betriebenen Aufwand zur Verminderung von Fehlern im Datenmaterial ab.

Größenvergleich der Haushalte in der Haushaltgenerierung und -befragung auf der Basis von Untersuchungsmasse 2 mit paarigen Personen

Tab. 7

Haushaltsgröße	Zahl der Haushalte laut		Anteile der Haushalte laut	
	Generierung	Haushaltebefragung	Generierung	Haushaltebefragung
	1 000		%	
	1	2	3	4
Haushalte insgesamt	25 398,8	25 499,4	100,0	100,0
davon mit ...				
1 Person	7 452,1	7 509,1	29,3	29,4
2 Personen	8 965,4	8 910,5	35,3	34,9
3 Personen	4 084,0	4 144,5	16,1	16,3
4 Personen	3 481,7	3 520,7	13,7	13,8
5 oder mehr Personen ..	1 415,6	1 414,6	5,6	5,5

Auf Ebene der vier Gemeindegrößenklassen ist die Abweichung bei den einzelnen Haushaltsgrößen vor allem in Gemeinden mit 800 000 Einwohnern oder mehr etwas größer als in der Gesamtauswertung (vg. Tabelle 8).

Die Staatsangehörigkeit der Personen in den Haushalten wird aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit anhand eines vereinfachten Schemas dargestellt (vgl. Tabelle 9). Es werden lediglich drei Gruppen unterschiedlicher Haushalte betrachtet: Haushalte, die nur aus Personen deutscher Staatsangehörigkeit bestehen, Haushalte mit Personen von ausschließlich nicht deutscher Staatsangehörigkeit und solche mit Personen von deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Mehr deutsch- ausländische Haushalte in der Generierung

In der Generierung liegt der Anteil der Haushalte mit gemischten Staatsangehörigkeiten höher als in der Haushaltebefragung. Der wesentliche Grund für den hohen Anteil der Mischhaushalte dürfte in unterschiedlichen Angaben zur Staatsangehörigkeit in Melderegister und Haushaltebefragung bestehen. Hier ist davon auszugehen, dass die Angaben des Melderegisters zuverlässiger sind als die der Haushaltebefragung. So wäre es beispielsweise denkbar, dass noch nicht eingebürgerte Personen in der Haushaltebefragung bereits die deutsche Staatsangehörigkeit angeben. Die Zahl der Haushalte mit Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit dürfte daher in der Haushaltebefragung als zu niedrig ausgewiesen sein.

Der Anteil der Ehepaare mit und ohne Kinder liegt in der Generierung niedriger als in der Haushaltebefragung (vgl. Tabelle 10). Der Haushaltstyp „Ehepaare“ wird im Bereich „Bildung der Kernhaushalte“ unter Verwendung der Verzeigerungen des Melderegisters

Größenvergleich der Haushalte in der Haushaltgenerierung und -befragung auf der Basis von Untersuchungsmasse 2 mit paarigen Personen nach Gemeindegrößenklassen (Aufgliederung der Tabelle 7)

Tab. 8

Haushaltsgröße	Zahl der Haushalte laut		Anteile der Haushalte laut	
	Generierung	Haushaltebefragung	Generierung	Haushaltebefragung
	1 000		%	
	1	2	3	4
Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern				
Haushalte insgesamt	7 192,6	7 223,1	100,0	100,0
davon mit ...				
1 Person	1 576,4	1 609,1	21,9	22,3
2 Personen	2 545,5	2 518,3	35,4	34,9
3 Personen	1 314,1	1 331,9	18,3	18,4
4 oder mehr Personen	1 756,5	1 763,8	24,4	24,4
Gemeinden mit 10 000 bis unter 50 000 Einwohnern				
Haushalte insgesamt	8 191,8	8 235,4	100,0	100,0
davon mit ...				
1 Person	2 201,6	2 226,2	26,9	27,0
2 Personen	2 829,1	2 822,6	34,5	34,3
3 Personen	1 360,4	1 371,6	16,6	16,7
4 oder mehr Personen	1 800,8	1 815,1	22,0	22,0
Gemeinden mit 50 000 bis unter 800 000 Einwohnern				
Haushalte insgesamt	7 775,5	7 801,6	100,0	100,0
davon mit ...				
1 Person	2 736,6	2 734,0	35,2	35,0
2 Personen	2 810,2	2 805,4	36,1	36,0
3 Personen	1 132,2	1 150,7	14,6	14,7
4 oder mehr Personen	1 096,5	1 111,4	14,1	14,2
Gemeinden mit 800 000 oder mehr Einwohnern				
Haushalte insgesamt	2 238,9	2 239,3	100,0	100,0
davon mit ...				
1 Person	937,5	939,8	41,9	42,0
2 Personen	780,6	764,2	34,9	34,1
3 Personen	277,3	290,3	12,4	13,0
4 oder mehr Personen	243,6	245,0	10,9	10,9

generiert. Auf der dritten und sechsten Stufe der Haushaltgenerierung kommen unter Umständen noch weitere Personen dazu. Abgesehen von diesen beiden Stufen verändert jede Person, die im gesamten sonstigen Generierungsprozess noch zu Ehepaaren hinzugeneriert wird, den Typ „Ehepaare“ in „Sonstigen Haushalt“. Die Zahl der Haushalte des Typs „Ehepaar“ sinkt also mit jeder solchen

Ausgewählte Haushaltstypen in der Haushaltgenerierung und -befragung auf der Basis von Untersuchungsmasse 2 mit paarigen Personen (Staatsangehörigkeit)

Tab. 9

Haushalte	Zahl der Haushalte laut		Anteil der Haushalte laut	
	Generierung	Haushaltebefragung	Generierung	Haushaltebefragung
	1000		%	
	1	2	3	4
Haushalte insgesamt	25 398,8	25 499,4	100,0	100,0
davon				
deutsche Haushalte	23 717,2	23 996,8	93,4	94,1
ausländische Haushalte ...	751,1	765,0	3,0	3,0
Mischhaushalte	930,5	737,6	3,7	2,9

Generierung. Die im Vergleich zur Haushaltebefragung auf Seiten der Haushaltegenerierung zu niedrige Anzahl der Ehepaare dürfte daher in den meisten Fällen auf ein fehlerhaftes Hinzugenerieren einer Person zu einem Ehepaar entstanden sein. Hier ist noch eine weitere Verfeinerung des Verfahrens erforderlich.

Ausgewählte Haushaltstypen in der Haushaltegenerierung und -befragung auf der Basis von Untersuchungsmasse 2 mit paarigen Personen (Ehepaare mit und ohne Kinder)

Tab. 10

Haushalte	Zahl der Haushalte laut		Anteil der Haushalte laut	
	Generierung	Haushaltebefragung	Generierung	Haushaltebefragung
	1000		%	
	1	2	3	4
Haushalte insgesamt	25 398,8	25 499,4	100,0	100,0
darunter				
Ehepaare ohne Kind	6 458,0	6 546,6	25,4	25,7
Ehepaare mit Kindern				
27 Jahren	6 192,2	6 371,0	24,4	25,0
darunter mit ... unter				
18 Jahren				
1 Kind	2 187,3	2 256,1	8,6	8,8
2 Kindern	2 093,2	2 156,6	8,2	8,5
3 oder mehr Kindern	673,6	679,9	2,7	2,7

Höherer Anteil des Haushaltstyps Elternteil mit Kindern

Der Haushaltstyp „Elternteil mit Kindern“ kommt in der Generierung auf einen höheren Anteil als in der Haushaltebefragung (vgl. Tabelle 11). Das Generierungsverfahren bringt zu viele Haushalte dieses Typs hervor. Gleiches gilt auch für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Die korrekte Bildung dieses sehr schwierig einzugrenzenden Haushaltstyps stellt eines der zentralen Probleme des Generierungsverfahrens dar. Die Auswertung zeigt, dass die bisher angewendeten Kriterien offenbar über das Ziel hinausschießen. Im Bereich der Bildung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften besteht daher noch Forschungsbedarf, um das Verfahren gegebenenfalls weiter zu verfeinern.

Die Zahl der Seniorenhaushalte wurde vereinfachend in die drei Kategorien „Ehepaar, beide 65 Jahre oder älter“, „Ehepaar, ein Partner 65 Jahre oder älter“ und „allein lebend, 65 Jahre oder älter“ untergliedert (vgl. Tabelle 12). Die Abweichungen zwischen Generierung und Haushaltebefragung sind verhältnismäßig gering, bei der zahlenmäßig größten Gruppe der allein lebenden Senioren sogar nur minimal.

Fazit

Ein wesentliches Ziel des Zensustests bestand in Entwicklung und Test eines Verfahrens, das es erlaubt, Haushaltsstrukturen in einer registergestützten Volkszählung zu ermitteln. Das hierbei entstandene Verfahren gestaltet sich äußerst komplex und aufwändig. An einigen Stellen sind auch noch Weiterentwicklungen erforderlich. Dennoch lässt es sich technisch und organisatorisch prinzipiell

Ausgewählte Haushaltstypen in der Haushaltegenerierung und -befragung auf der Basis von Untersuchungsmasse 2 mit paarigen Personen (Elternteile mit Kindern und Nichteheliche Lebensgemeinschaften)

Tab. 11

Haushalte	Zahl der Haushalte laut		Anteil der Haushalte laut	
	Generierung	Haushaltebefragung	Generierung	Haushaltebefragung
	1000		%	
	1	2	3	4
Haushalte insgesamt	25 398,8	25 499,4	100,0	100,0
darunter				
Elternteil mit Kindern unter				
27 Jahren	1 172,4	1 144,0	4,6	4,5
darunter mit Kindern unter				
18 Jahren	912,7	875,0	3,6	3,4
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	951,2	903,6	3,7	3,5
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter				
27 Jahren	516,4	448,3	2,0	1,8
darunter mit Kindern unter				
18 Jahren	467,0	399,3	1,8	1,6

Ausgewählte Haushaltstypen in der Haushaltegenerierung und -befragung auf der Basis von Untersuchungsmasse 2 mit paarigen Personen (Seniorenhaushalte)

Tab. 12

Haushalte	Zahl der Haushalte laut		Anteil der Haushalte laut	
	Generierung	Haushaltebefragung	Generierung	Haushaltebefragung
	1000		%	
	1	2	3	4
Haushalte insgesamt	25 398,8	25 499,4	100,0	100,0
darunter				
Ehepaare, beide 65 Jahre oder älter	2 082,3	2 129,5	8,2	8,4
Ehepaare, ein Partner 65 Jahre oder älter	857,3	874,5	3,4	3,4
Alleinlebender 65 Jahre oder älter	3 100,3	3 087,8	12,2	12,1

realisieren. Es führt zu tragfähigen Ergebnissen und hat sich somit für einen künftigen Zensus als tauglich erwiesen.

Ein wesentlicher Ausgangspunkt für dieses Verfahren sind die Melderegister. Sie enthalten zahlreiche Merkmale, die sich für die Bestimmung von Haushaltstypen verwenden lassen. Am wichtigsten sind hier sicherlich die Verzeigerungen, die eine sehr genaue Zuordnung von Ehepartnern und Kindern erlauben. Daneben stehen Angaben zu Geschlecht, Familienstand, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnstatus aus den Melderegistern zur Verfügung, aber auch Zugzugsdatum und frühere Adresse. Damit bieten die Melderegister ein breiteres Spektrum an Möglichkeiten, Haushaltstypen zu bestimmen, als die Angaben aus dem Personenbogen der Volkszählung 1987.

Die Qualität der generierten Haushaltsstrukturen reagiert jedoch sehr empfindlich auf Fehler in den verwendeten Ausgangsmaterialien, also GWZ und Melderegister. Dadurch wird die Qualität der verwendeten Ausgangsmaterialien zum zentralen Problem eines künftigen registergestützten Zensus.

Für den Erfolg eines künftigen registergestützten Zensus und die Möglichkeit, mittels der Haushaltegenerierung gute Haushaltsergebnisse hervorzubringen, sind daher eine hinreichende Korrektur der Fehler im Melderegister sowie eine optimale Durchführung der GWZ zur Vermeidung der dort im Zensusstest aufgetretenen Fehler unumgänglich.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im Zahlenspiegel veröffentlicht

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt			März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 330	12 387	12 423	12 389	12 392	12 421	12 421	12 420	12 420
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 019	5 057	4 917	3 979	3 471	1 682	2 396	2 881	5 104
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,9	4,8	3,8	3,4	1,6	2,4	2,7	5,0
* Lebendgeborene ²	Anzahl	9 664	9 485	9 295	8 928	9 235	7 503	8 116	9 550	8 841
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,4	9,2	9,0	8,5	9,1	7,1	8,2	9,1	8,7
* Gestorbene ³	Anzahl	9 827	9 980	10 148	12 255	10 253	9 637	9 439	10 915	9 797
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,6	9,7	9,8	11,6	10,1	9,1	9,6	10,3	9,6
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	40	38	36	23	35	33	32	33	35
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	4,0	3,9	2,6	3,8	4,4	3,9	3,5	4,0
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	19	18	20	12	25	13	18	14	19
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,0	1,9	2,2	1,3	2,7	1,7	2,2	1,5	2,1
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 164	- 495	- 853	- 3 327	- 1 018	- 2 134	- 1 323	- 1 365	- 956
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,2	- 0,5	- 0,8	- 3,2	- 1,0	- 2,0	- 1,3	- 1,3	- 0,9
* Totgeborene ²	Anzahl	34	33	33	32	30	28	23	37	30
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 963	23 620	21 714	20 336	19 482	13 941	19 388	15 457	19 545
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	12 720	11 800	10 597	10 659	9 977	6 226	10 231	7 294	10 377
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	17 511	18 322	17 844	16 522	15 246	13 847	18 413	15 502	18 651
* darunter in das Ausland	Anzahl	9 411	9 950	9 578	8 851	7 581	6 544	11 855	7 404	10 716
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	13 243	11 821	11 117	9 677	9 505	7 715	9 157	8 163	9 168
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 100	8 372	8 266	7 619	7 665	7 303	6 558	8 098	7 935
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 452	5 298	3 870	3 814	4 236	94	975	- 45	894
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	39 811	40 376	41 093	37 230	38 587	34 176	33 571	35 854	38 211
					2003		2004			
					Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Arbeitsmarkt										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{5,6}	1 000	4 429,8	4 406,6	4 323,2	4 333,3
* und zwar	1 000	1 963,6	1 972,6	1 941,4	1 937,9
* Frauen	1 000	368,9	361,0	342,4	347,4
* Ausländer	1 000	649,8	678,9	688,6	690,5
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	563,1	584,5	590,8	591,4
* darunter Frauen	1 000
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32,3	32,1	31,1	33,8
* Produzierendes Gewerbe	1 000	1 751,5	1 702,5	1 647,1	1 660,8
davon										
* Bergbau	1 000	13,1	12,5	11,6	12,5
* Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 399,8	1 372,0	1 335,5	1 336,4
* Energie- und Wasserversorgung	1 000	36,6	34,8	33,6	33,5
* Baugewerbe	1 000	302,0	283,2	266,4	278,4
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 028,0	1 021,0	988,2	987,4
davon										
* Handel	1 000	680,8	673,5	650,8	645,8
* Gastgewerbe	1 000	139,4	140,6	135,3	138,6
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	207,8	206,9	202,1	203,0
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	650,0	655,8	651,1	650,7
davon										
* Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 000	191,2	192,3	188,7	188,3
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern.	1 000	458,8	463,5	462,4	462,4
* Öffentliche und private Dienstleister	1 000	967,2	994,8	1 005,0	1 000,3
davon										
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	223,6	228,3	231,4	231,0
* Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	743,6	766,5	773,6	769,3
* Arbeitslose	1 000	332,4	386,5	447,1	415,4	425,5	450,0	423,7	411,9	421,8
* darunter Frauen	1 000	156,0	174,4	199,4	191,1	198,3	201,8	195,7	192,9	200,8
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	6,0	6,9	7,9	7,3	7,5	7,9	7,4	7,2	7,4
* Frauen	%	6,0	6,5	7,4	7,0	7,3	7,4	7,2	7,1	7,4
* Männer	%	6,0	7,2	8,4	7,5	7,6	8,3	7,7	7,4	7,4
* Ausländer	%	11,7	14,3	16,2	15,3	15,2	16,5	15,8	15,3	15,3
* Jugendliche	%	5,1	6,2	7,3	6,2	7,3	7,1	6,4	6,1	7,0
* Kurzarbeiter	1 000	16,1	32,9	27,0	30,9	29,2	21,2	21,1	20,3	17,4
* darunter Männer	1 000	11,6	22,6	19,3	21,9	20,9	14,8	14,6	13,5	...
* Gemeldete Stellen	1 000	91,6	75,5	56,8	61,3	58,3	53,7	51,8	47,2	46,2

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; an Stelle von Monatsdurchschnitten errechnete Jahresdurchschnitte.
 6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Rinder (ohne Kälber)	1 000	96,2	93,3	88,1	78,9	91,2	82,6	70,7	88,2	78,9
Kälber	1 000	4,9	4,2	3,7	3,2	3,1	4,9	3,5	3,3	3,0
Schweine	1 000	475,1	460,1	444,1	447,4	448,8	392,7	394,4	446,1	402,9
darunter Hausschlachtungen	1 000	15,1	13,8	12,5	7,5	6,6	9,2	7,5	7,3	6,5
Schafe	1 000	12,0	10,2	9,7	9,0	7,9	15,0	8,8	8,7	8,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	345,1	341,2	341,1	343,8	339,0	344,6	343,1	342,5	339,7
Kälber	kg	100,0	96,7	98,9	95,6	99,6	98,9	102,0	103,9	108,4
Schweine	kg	92,7	93,3	93,5	93,0	92,2	93,3	93,0	92,5	91,7
Schafe	kg	19,3	19,3	19,3	19,5	19,9	18,8	19,2	19,5	19,7
Gesamtschlachtgewicht ³										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	78,0	75,6	72,2	69,2	72,8	65,9	61,5	72,1	64,3
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	33,2	32,0	30,1	27,1	30,9	28,5	24,2	30,2	26,8
Kälber	1 000 t	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3
Schweine	1 000 t	44,1	42,9	41,5	41,6	41,4	36,7	36,7	41,3	36,9
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
darunter										
* Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	75,7	73,5	70,4	68,1	71,7	64,5	60,3	70,9	63,2
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	32,4	31,3	29,5	26,7	30,5	27,9	23,8	29,7	26,4
* Kälber	1 000 t	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
* Schweine	1 000 t	42,7	41,7	40,4	40,9	40,8	35,8	36,0	40,6	36,4
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁴ für Legehennenküken	1 000	94,3	90,9	92,4	50,2	17,4	109,5	127,4	67,8	49,4
Masthühnerküken	1 000	5 180,6	5 150,6	5 163,6	4 889,5	4 909,2	4 779,4	5 282,3	5 865,9	5 951,8
* Konsumeier ⁵	1 000	75 304	73 164	69 002	69 579	68 860	67 495	65 816	69 139	...
* Geflügelfleisch ⁶	1 000 kg	5 873,1	6 722,6	7 442,5	6 746,1	8 022,4	7 310,9	6 922,3	7 301,2	7 018,7
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung	1 000 t	635,2	627,4	640,3	648,3	672,5	636,8	680,2	644,5	651,7
darunter Milchanlieferung an Molkereien ⁷	%	92,2	92,0	92,6	93,4	93,4	92,7	92,7	92,7	93,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,9	14,9	15,9	15,6	15,7	16,0	16,5	16,2	15,8
Trinkmilchabsatz der Molkereien ⁸	1 000 t	62,8	68,6	73,2	69,8	77,4	77,1	71,9	72,9	71,8
darunter Vollmilch	1 000 t	34,5	36,1	36,9	35,6	38,7	37,4	36,1	35,1	35,4
Buttererzeugung der Molkereien ⁸	1 000 t	5,7	5,5	5,3	4,9	5,3	5,5	5,3	5,4	5,0
Käseerzeugung der Molkereien ^{8,9}	1 000 t	36,6	35,8	36,4	36,3	38,2	36,5	37,1	38,0	37,6
Quarkerzeugung der Molkereien ^{8,10}	1 000 t	22,9	23,3	24,0	24,2	25,7	24,6	23,3	25,4	23,8
Getreideanlieferungen ^{8,11}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	13,0	12,3	8,8	2,1	21,7	2,1	1,8	1,7	9,5
Weizen	1 000 t	147,4	170,1	127,4	65,5	264,8	34,3	41,4	34,2	47,1
Gerste	1 000 t	74,3	72,6	57,7	18,0	301,4	14,6	15,0	11,9	147,5
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	2,7	2,9	3,1	1,1	15,7	1,7	1,1	0,8	1,3
Vermahlung von Getreide ^{8,11}										
Getreide insgesamt	1 000 t	81,6	83,1	84,2	81,3	89,4	82,0	75,0	83,2	63,6
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,3	12,2	12,7	12,8	13,5	12,4	10,5	13,2	9,2
Weizen und -gemenge	1 000 t	69,4	70,9	71,5	68,5	76,0	69,5	64,5	70,0	54,4
Vorräte bei den Erzeugern ^{12,13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	16,5	14,9	5,0	5,0	.	.	.	3,6	.
Weizen	1 000 t	245,5	245,2	226,5	226,5	.	.	.	179,2	.
Gerste	1 000 t	260,9	252,9	221,0	221,0	.	.	.	185,0	.
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	46,2	42,8	36,6	36,6	.	.	.	42,7	.
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{8,11}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	58,0	46,3	32,9	17,3	34,3	33,9	26,2	20,4	23,5
Weizen	1 000 t	451,5	421,5	397,1	204,7	366,2	300,0	244,7	173,8	123,6
Gerste	1 000 t	376,6	397,5	342,3	155,9	434,3	225,8	193,0	154,2	233,5
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	12,1	13,8	15,7	7,1	21,6	9,9	8,7	6,8	5,5
Mais	1 000 t	123,7	113,9	148,7	70,5	50,6	127,7	113,9	89,6	66,3
Gewerbliche Betriebe ¹⁴										
* Betriebsöffnungen	1 000	8,7	8,7	10,1	9,0	10,2	12,2	11,2	11,7	12,1
* Betriebsschließungen	1 000	6,8	6,8	7,4	6,3	7,2	7,3	6,4	7,2	7,6

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

3 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

4 In Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfrahmens.

5 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

6 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

7 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

10 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

11 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungs- betriebe. In den Spalten "Monatsdurchschnitte" sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

12 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

13 Bei Monatsdurchschnitt für 2001, 2002, 2003 jeweils der Wert vom Monat Juni.

14 Ohne Reisegewerbe.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹										
* Betriebe ²	Anzahl	8 013	7 915	7 934	7 957	7 945	7 782	7 784	7 779	7 791
* Beschäftigte	1 000	1 219	1 186	1 181	1 181	1 185	1 162	1 162	1 163	1 163
* darunter Arbeiter	1 000	744	710	699	700	704	684	684	685	687
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000	x	x	147 679	138 981	158 207	148 190	142 423	146 986	152 929
* Bruttolohnsumme	Mill. €	1 766	1 725	1 730	1 881	1 786	1 647	1 656	1 890	1 753
* Bruttogehaltssumme	Mill. €	1 955	1 979	2 020	2 136	1 980	1 938	1 984	2 142	1 982
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	21 099	21 314	21 759	21 569	23 000	22 987	22 308	24 750	24 264
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	5 877	5 941	6 160	6 191	6 090	6 861	6 413
* Investitionsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	10 628	10 613	11 221	11 316	11 002	12 225	12 016
* Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	981	863	992	965	887	975	990
* Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	3 640	3 598	3 917	3 663	3 488	3 819	3 925
* Energie ⁴	Mill. €	x	x	633	553	709	852	841	871	919
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	8 762	9 345	9 632	9 653	10 093	10 405	10 106	11 395	10 963
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (1995 = 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	138,6	137,1	140,1	135,4	150,7	146,4	142,9	154,1	153,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	103,5	98,7	114,3	135,4	149,2	105,7	110,8	123,7	122,2
Verarbeitendes Gewerbe	%	138,9	137,4	140,3	135,3	150,7	146,7	143,2	154,3	153,6
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	124,2	121,8	132,7	131,5	129,1	143,0	138,2
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	169,1	162,6	180,8	177,8	174,3	188,2	187,8
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	127,2	113,3	138,4	132,0	127,1	128,7	133,9
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	115,0	111,7	126,6	116,2	110,0	117,5	118,5
Energie ⁴	%	x	x	140,8	138,2	152,9	145,8	149,3	143,5	155,8
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (1995 = 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	136,5	140,4	143,7	140,3	145,9	150,3	144,9	158,2	150,0
Inland	%	118,0	116,2	118,3	116,1	119,6	117,9	112,8	122,8	120,3
Ausland	%	164,4	177,0	182,2	176,9	185,7	199,2	193,5	211,7	194,9
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	132,6	127,6	134,5	141,7	137,6	156,0	144,4
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	162,6	163,1	165,7	169,6	164,5	176,0	166,5
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	107,6	93,7	107,5	106,9	99,8	108,6	108,7
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	99,1	86,0	98,3	98,0	87,8	94,5	101,4
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 846	1 873	1 908	2 379	2 441	1 897	1 917	2 254	2 231
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	88	98	100	163	150	96	110	134	148
11 bis 13	1 000 hl	1 738	1 757	1 791	2 205	2 279	1 783	1 794	2 105	2 070
14 oder darüber	1 000 hl	20	18	17	11	12	18	13	15	13

1 Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

3 Neue Merkmalsabgrenzung ab Januar 2003.

4 Neue Definition der Hauptgruppen ab Januar 2003.

5 Ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung, Mineralölverarbeitung und Recycling.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004																																																																																																																																
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli																																																																																																																													
Baugewerbe ¹																																																																																																																																							
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²																																																																																																																																							
* Beschäftigte insgesamt ³	Anzahl	163 572	151 542	141 481	147 766	148 515	132 347	135 164	136 574	136 793																																																																																																																													
darunter Facharbeiter einschl. Poliere und Meister	Anzahl	84 606	78 090	72 654	77 354	78 090	67 121	69 372	70 702	70 619																																																																																																																													
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 104	24 008	21 846	23 066	23 681	20 008	20 816	20 774	21 644																																																																																																																													
gewerblich Auszubildende	Anzahl	8 818	7 797	6 993	6 849	6 716	6 613	6 490	6 481	6 279																																																																																																																													
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	15 708	14 298	13 502	15 575	18 489	13 551	13 983	15 649	16 154																																																																																																																													
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 783	6 211	5 980	7 110	8 378	6 454	6 678	7 323	7 517																																																																																																																													
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁴	1 000	4 447	4 052	3 857	4 212	4 974	3 677	3 670	4 043	4 234																																																																																																																													
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	4 479	4 035	3 665	4 252	5 137	3 420	3 635	4 283	4 403																																																																																																																													
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	261,5	244,4	228,9	244,2	265,5	209,7	215,6	229,4	230,0																																																																																																																													
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	94,7	89,4	85,0	89,4	87,0	81,5	80,9	83,5	81,2																																																																																																																													
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 429,5	1 344,6	1 319,6	1 387,7	1 584,2	1 131,3	1 195,6	1 412,6	1 497,1																																																																																																																													
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	482,2	478,1	489,8	510,1	606,4	457,6	495,1	591,6	626,7																																																																																																																													
* gewerblicher Bau	Mill. €	521,1	477,3	454,8	479,7	529,3	402,7	397,7	422,9	451,5																																																																																																																													
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	426,2	389,2	375,0	397,9	448,6	271,0	302,7	398,1	418,9																																																																																																																													
Messzahlen (2000 = 100)																																																																																																																																							
* Index des Auftragsengangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	107,7	95,3	82,0	109,3	95,8	87,7	75,9	99,5	74,2																																																																																																																													
* davon Wohnungsbau	%	95,0	84,7	78,5	90,2	72,8	81,0	76,0	94,6	74,5																																																																																																																													
* davon gewerblicher und industrieller Bau	%	112,7	98,3	78,9	120,9	95,0	87,4	71,9	91,1	66,9																																																																																																																													
* davon öffentlicher und Verkehrsbau	%	112,1	100,4	88,1	111,8	114,7	93,2	80,1	112,1	81,8																																																																																																																													
* darunter Straßenbau	%	103,7	101,0	98,3	150,5	164,9	104,5	85,8	139,3	82,3																																																																																																																													
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵⁻⁶																																																																																																																																							
* Beschäftigte	Anzahl	53 095	51 246	47 777	47 701	.	.	.	44 192	.																																																																																																																													
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 248	5 023	4 778	14 445	.	.	.	13 128	.																																																																																																																													
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	80,9	78,0	72,4	214,9	.	.	.	197,0	.																																																																																																																													
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	34,7	35,5	33,9	100,7	.	.	.	91,6	.																																																																																																																													
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	433,6	390,3	382,4	1 032,2	.	.	.	973,6	.																																																																																																																													
Energieversorgung																																																																																																																																							
* Betriebe	Anzahl	212	229	221	221	221	219	219	219	219																																																																																																																													
* Beschäftigte	Anzahl	30 467	30 250	30 109	30 084	30 039	30 365	30 277	30 269	30 169																																																																																																																													
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000 Std.	1 746	3 857	3 508	3 391	3 979	3 766	3 674	3 777	3 981																																																																																																																													
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	107	101	104	100	99	125	105	105	99																																																																																																																													
* Stromerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung	Mill. kWh	6 579	6 523	6 186	5 928r	5 141r	6 048r	5 059r	6 481	...																																																																																																																													
* Erdgasgewinnung ⁸	Mill. m ³	0,3	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1																																																																																																																													
* Erdgasbezug ⁸	Mill. m ³	857,7	866,4	860,1	498,9	482,2	736,0	635,8																																																																																																																													
* Gasverbrauch ⁸	Mill. m ³	871,9	855,3	865,5	418,3	470,1	716,9	603,2																																																																																																																													
Handwerk (Messzahlen) ⁹																																																																																																																																							
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2003 = 100)	%	.	.	.	96,7	.	.	.	95,5	.																																																																																																																													
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2003 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	.	.	.	102,1	.	.	.	100,5	.																																																																																																																													
Bautätigkeit und Wohnungswesen																																																																																																																																							
Baugenehmigungen																																																																																																																																							
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 468	2 502	3 011	2 465	2 587	2 732	2 225	1 968	2 072																																																																																																																													
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 266	2 322	2 816	2 270	2 391	2 515	2 055	1 793	1 866																																																																																																																													
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 882	2 831	3 411	2 864	2 930	3 179	2 620	2 354	2 430																																																																																																																													
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	676	674	803	679	685	755	619	563	578																																																																																																																													
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	459	453	540	457	468	509	418	388	401																																																																																																																													
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	756	693	658	727	864	720	703	791	764																																																																																																																													
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 179	3 750	3 375	4 021	3 813	3 183	3 414	3 207	3 321																																																																																																																													
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	555	513	385	499	378	302	321	348	371																																																																																																																													
* Nutzfläche	1 000 m ²	675	578	520	642	580	466	507	489	517																																																																																																																													
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 681	4 439	5 223	4 758	4 627	4 891	4 139	3 982	4 139																																																																																																																													
* Wohnräume ¹³ insgesamt	Anzahl	24 658	23 933	28 715	24 848	24 741	27 082	22 853	21 306	21 723																																																																																																																													
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2001</th> <th>2002</th> <th>2003 ¹⁴</th> <th>2003 ¹⁴</th> <th colspan="3">2004 ¹⁴</th> </tr> <tr> <th></th> <th colspan="3">Monatsdurchschnitt</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> <th>März</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="10">Handel und Gastgewerbe</td> </tr> <tr> <td colspan="10">Außenhandel</td> </tr> <tr> <td>* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵</td> <td>Mill. €</td> <td>7 480,5</td> <td>6 811,6</td> <td>7 304,8</td> <td>7 294,8</td> <td>6 941,2</td> <td>7 724,8</td> <td>8 394,6</td> <td>7 703,7</td> <td>7 494,1</td> </tr> <tr> <td>* darunter Güter der Ernährungswirtschaft</td> <td>Mill. €</td> <td>392,1</td> <td>358,9</td> <td>381,3</td> <td>356,3</td> <td>410,3</td> <td>376,8</td> <td>404,2</td> <td>407,8</td> <td>373,1</td> </tr> <tr> <td>* Güter der gewerblichen Wirtschaft</td> <td>Mill. €</td> <td>7 088,3</td> <td>6 452,7</td> <td>6 923,5</td> <td>6 938,5</td> <td>6 530,9</td> <td>7 348,0</td> <td>7 990,4</td> <td>7 295,9</td> <td>7 121,0</td> </tr> <tr> <td>* davon Rohstoffe</td> <td>Mill. €</td> <td>638,7</td> <td>521,1</td> <td>596,3</td> <td>600,6</td> <td>507,6</td> <td>547,3</td> <td>759,1</td> <td>567,2</td> <td>696,5</td> </tr> <tr> <td>* Halbwaren</td> <td>Mill. €</td> <td>289,0</td> <td>216,6</td> <td>225,8</td> <td>226,8</td> <td>211,7</td> <td>282,7</td> <td>263,8</td> <td>259,9</td> <td>266,7</td> </tr> <tr> <td>* Fertigwaren</td> <td>Mill. €</td> <td>6 160,7</td> <td>5 715,0</td> <td>5 623,5</td> <td>5 640,3</td> <td>5 351,7</td> <td>5 990,5</td> <td>6 439,7</td> <td>5 882,3</td> <td>5 558,2</td> </tr> <tr> <td>* davon Vorerzeugnisse</td> <td>Mill. €</td> <td>561,3</td> <td>503,3</td> <td>533,2</td> <td>541,5</td> <td>528,6</td> <td>601,5</td> <td>640,3</td> <td>560,7</td> <td>615,7</td> </tr> <tr> <td>* Enderzeugnisse</td> <td>Mill. €</td> <td>5 599,4</td> <td>5 211,7</td> <td>5 090,3</td> <td>5 098,8</td> <td>4 823,1</td> <td>5 389,0</td> <td>5 799,4</td> <td>5 321,7</td> <td>4 942,4</td> </tr> </tbody> </table>											2001	2002	2003 ¹⁴	2003 ¹⁴	2004 ¹⁴				Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	Handel und Gastgewerbe										Außenhandel										* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	7 480,5	6 811,6	7 304,8	7 294,8	6 941,2	7 724,8	8 394,6	7 703,7	7 494,1	* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	392,1	358,9	381,3	356,3	410,3	376,8	404,2	407,8	373,1	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 088,3	6 452,7	6 923,5	6 938,5	6 530,9	7 348,0	7 990,4	7 295,9	7 121,0	* davon Rohstoffe	Mill. €	638,7	521,1	596,3	600,6	507,6	547,3	759,1	567,2	696,5	* Halbwaren	Mill. €	289,0	216,6	225,8	226,8	211,7	282,7	263,8	259,9	266,7	* Fertigwaren	Mill. €	6 160,7	5 715,0	5 623,5	5 640,3	5 351,7	5 990,5	6 439,7	5 882,3	5 558,2	* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	561,3	503,3	533,2	541,5	528,6	601,5	640,3	560,7	615,7	* Enderzeugnisse	Mill. €	5 599,4	5 211,7	5 090,3	5 098,8	4 823,1	5 389,0	5 799,4	5 321,7	4 942,4
	2001	2002	2003 ¹⁴	2003 ¹⁴	2004 ¹⁴																																																																																																																																		
	Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni																																																																																																																														
Handel und Gastgewerbe																																																																																																																																							
Außenhandel																																																																																																																																							
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	7 480,5	6 811,6	7 304,8	7 294,8	6 941,2	7 724,8	8 394,6	7 703,7	7 494,1																																																																																																																													
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	392,1	358,9	381,3	356,3	410,3	376,8	404,2	407,8	373,1																																																																																																																													
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 088,3	6 452,7	6 923,5	6 938,5	6 530,9	7 348,0	7 990,4	7 295,9	7 121,0																																																																																																																													
* davon Rohstoffe	Mill. €	638,7	521,1	596,3	600,6	507,6	547,3	759,1	567,2	696,5																																																																																																																													
* Halbwaren	Mill. €	289,0	216,6	225,8	226,8	211,7	282,7	263,8	259,9	266,7																																																																																																																													
* Fertigwaren	Mill. €	6 160,7	5 715,0	5 623,5	5 640,3	5 351,7	5 990,5	6 439,7	5 882,3	5 558,2																																																																																																																													
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	561,3	503,3	533,2	541,5	528,6	601,5	640,3	560,7	615,7																																																																																																																													
* Enderzeugnisse	Mill. €	5 599,4	5 211,7	5 090,3	5 098,8	4 823,1	5 389,0	5 799,4	5 321,7	4 942,4																																																																																																																													

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2 Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe ab 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig, rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003 ¹	2003 ¹		2004 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	Marz	April	Mai	Juni
Noch: Außenhandel										
darunter ² aus										
* Europa	Mill. €	5 048,4	4 668,6	5 261,5	5 337,5	5 036,3	5 669,0	5 928,3	5 123,7	5 243,3
* darunter aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	4 245,2	3 941,6	4 467,6	4 493,1	4 321,6	4 902,6	4 958,4	4 298,8	4 327,9
davon aus Belgien	Mill. €	176,9	149,3	196,2	282,0	141,4	223,8	212,1	175,3	188,1
Dänemark	Mill. €	60,7	45,0	53,7	51,6	59,6	63,9	49,1	50,9	57,3
Estland	Mill. €	2,6	2,7	3,3	2,7	3,8	4,6	3,9	1,7	2,9
Finnland	Mill. €	41,3	35,6	44,0	33,2	52,2	50,0	37,9	34,9	43,0
Frankreich	Mill. €	456,3	441,4	487,9	456,8	505,9	531,2	542,8	500,7	474,3
Griechenland	Mill. €	28,9	24,0	28,2	29,9	24,6	25,5	30,8	24,1	32,3
Irland	Mill. €	95,8	95,8	113,0	108,2	83,9	129,1	102,4	99,9	129,9
Italien	Mill. €	675,0	612,1	683,8	663,1	650,7	705,2	680,9	681,8	703,8
Lettland	Mill. €	5,2	5,8	6,3	7,7	6,0	7,2	6,1	3,9	7,1
Litauen	Mill. €	4,5	4,1	4,8	2,9	4,6	5,1	5,3	2,9	4,5
Luxemburg	Mill. €	8,9	10,4	12,6	10,2	13,0	20,2	12,1	9,2	12,8
Malta	Mill. €	7,3	8,8	6,6	7,2	6,7	7,2	8,2	4,5	4,8
Niederlande	Mill. €	308,4	237,5	348,2	310,5	430,4	341,7	325,7	315,2	327,8
Osterreich	Mill. €	702,3	641,9	761,3	780,3	656,7	809,7	998,2	882,3	862,8
Polen	Mill. €	106,3	108,7	125,5	130,4	115,5	136,9	158,2	138,0	109,7
Portugal	Mill. €	86,0	91,6	127,4	168,8	136,6	128,7	162,6	68,6	78,3
Schweden	Mill. €	75,3	71,5	88,7	101,6	105,5	89,3	83,2	81,7	84,0
Slowakei	Mill. €	60,8	55,6	65,7	67,2	64,0	83,4	93,5	73,8	67,3
Slowenien	Mill. €	58,3	58,0	54,9	54,4	56,4	57,5	60,3	41,1	53,4
Spanien	Mill. €	107,1	114,3	142,4	148,7	145,6	162,9	167,3	137,9	138,9
Tschechische Republik	Mill. €	366,9	385,3	415,8	431,4	400,3	489,2	501,1	331,8	297,4
Ungarn	Mill. €	376,6	363,9	327,2	312,6	318,3	389,8	355,3	234,4	201,5
Vereinigtes Königreich	Mill. €	433,2	377,8	369,6	331,2	339,6	440,4	360,7	404,0	441,7
Zypern	Mill. €	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	4,2
* Afrika	Mill. €	254,3	206,4	208,4	171,9	173,5	173,5	214,2	204,8	169,4
* Amerika	Mill. €	904,5	754,9	700,0	698,3	708,9	720,0	923,7	999,7	780,7
darunter aus den USA	Mill. €	805,0	671,9	624,9	622,0	639,9	635,5	833,5	916,7	676,4
* Asien ⁴	Mill. €	1 263,3	1 173,5	1 127,4	1 078,3	1 013,6	1 150,2	1 318,6	1 365,3	1 292,1
darunter aus Japan	Mill. €	325,5	266,0	214,9	184,4	209,8	254,1	279,8	225,5	256,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	9,0	7,1	6,6	7,9	8,5	7,2	8,1	8,6	8,6
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	8 191,7	8 163,5	8 857,2	8 808,5	8 456,7	10 626,1	10 025,3	9 676,3	10 131,8
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	410,9	371,9	392,8	402,6	393,4	386,6	382,2	377,7	407,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 780,8	7 791,6	8 101,3	8 046,9	7 723,0	9 811,0	9 241,8	8 839,0	9 235,4
* davon Rohstoffe	Mill. €	57,6	54,8	52,9	53,8	66,0	56,0	76,7	55,9	53,5
* Halbwaren	Mill. €	283,8	225,4	266,1	260,9	255,7	308,6	307,5	306,5	337,4
* Fertigwaren	Mill. €	7 439,4	7 511,5	7 782,3	7 732,1	7 401,3	9 446,5	8 857,6	8 476,6	8 844,4
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	635,3	611,5	609,3	606,0	628,5	699,9	690,5	687,6	708,5
* Enderzeugnisse	Mill. €	6 804,1	6 900,0	7 173,0	7 126,2	6 772,8	8 746,6	8 167,1	7 789,0	8 135,9
darunter ² nach										
* Europa	Mill. €	5 611,9	5 408,9	6 085,1	6 022,8	5 955,9	7 324,6	6 884,7	6 575,4	6 996,5
* darunter in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. €	4 927,9	4 726,7	5 359,8	5 311,4	5 158,3	6 364,1	5 988,6	5 702,8	6 064,4
davon nach Belgien	Mill. €	266,8	238,5	277,3	262,6	254,1	344,8	344,8	292,5	323,1
Dänemark	Mill. €	89,0	82,7	91,4	93,1	86,2	100,2	121,2	114,5	114,1
Estland	Mill. €	5,5	5,9	7,0	6,6	7,6	13,7	9,6	13,7	8,6
Finnland	Mill. €	74,3	67,5	71,0	62,6	71,8	70,9	82,3	74,8	84,7
Frankreich	Mill. €	694,4	640,2	716,9	745,5	708,8	819,3	779,5	772,1	856,4
Griechenland	Mill. €	64,8	60,2	72,9	72,5	78,0	93,5	88,1	86,3	81,1
Irland	Mill. €	44,2	41,7	36,5	36,5	29,4	48,4	42,1	41,8	39,9
Italien	Mill. €	751,9	699,6	793,5	817,2	786,8	916,6	854,0	877,0	939,4
Lettland	Mill. €	7,1	7,2	7,8	8,4	10,1	11,0	12,6	10,5	7,8
Litauen	Mill. €	13,7	15,0	15,7	15,6	17,8	19,6	23,6	16,5	13,6
Luxemburg	Mill. €	26,5	24,4	26,3	23,9	26,1	34,6	34,4	33,0	35,3
Malta	Mill. €	3,9	3,7	4,2	3,7	5,2	4,9	3,7	4,2	3,3
Niederlande	Mill. €	332,9	275,1	315,0	282,6	301,4	353,2	339,2	326,7	333,7
Osterreich	Mill. €	620,3	563,0	680,3	659,0	639,2	756,7	738,5	716,2	720,9
Polen	Mill. €	135,7	140,1	159,3	150,7	178,0	211,3	209,3	242,3	195,3
Portugal	Mill. €	71,7	66,8	67,1	57,6	63,7	82,3	76,8	75,4	70,5
Schweden	Mill. €	168,1	156,1	179,5	176,7	165,7	211,2	211,1	216,4	217,3
Slowakei	Mill. €	43,8	49,2	64,3	63,0	68,6	78,2	70,6	88,8	68,3
Slowenien	Mill. €	34,8	34,0	36,4	39,8	40,2	44,4	46,5	47,7	42,6
Spanien	Mill. €	329,7	336,7	452,5	545,3	417,8	534,6	519,5	487,3	555,8
Tschechische Republik	Mill. €	227,6	236,5	251,5	244,5	276,2	299,5	295,6	288,2	254,0
Ungarn	Mill. €	274,5	299,3	302,6	319,4	327,7	356,6	329,5	164,3	347,0
Vereinigtes Königreich	Mill. €	643,1	679,4	726,4	621,7	595,2	925,0	749,0	706,5	745,3
Zypern	Mill. €	3,6	3,9	4,3	3,1	2,7	7,0	7,1	6,0	6,5
* Afrika	Mill. €	150,3	153,2	154,6	153,2	149,6	205,2	176,1	180,1	194,5
* Amerika	Mill. €	1 404,7	1 509,7	1 398,5	1 464,4	1 200,1	1 643,4	1 544,5	1 463,9	1 517,9
darunter in die USA	Mill. €	1 141,4	1 267,9	1 171,2	1 247,1	995,7	1 341,7	1 259,9	1 205,1	1 262,8
* Asien ⁴	Mill. €	960,1	1 017,7	1 145,2	1 092,4	1 077,9	1 373,4	1 336,6	1 359,1	1 330,4
darunter nach Japan	Mill. €	189,5	194,9	197,7	154,8	173,4	260,6	215,3	188,0	202,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	63,0	71,7	71,3	73,4	71,0	76,5	81,0	96,0	90,6

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte.

4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).

5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003 ¹	2003 ¹		2004 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Großhandel (2000 = 100)²										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	94,0	89,4	89,0	85,3	94,7	91,1	88,3	93,6	94,7
* Index der Großhandelsumsätze real ³	%	92,7	88,1	87,6	84,4	93,6	88,2	85,0	90,7	91,3
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	95,3	89,9	86,5	86,3	86,4	84,9	84,7	84,8	84,6
Einzelhandel (2000 = 100)⁴										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	101,7	101,5	100,4	90,9	98,3	101,0	93,5	94,4	97,8
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	%	105,2	107,7	109,5	101,1	110,5	112,8	104,6	104,9	113,0
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁵	%	103,7	104,5	102,5	100,4	108,9	101,6	95,9	98,2	105,3
Apotheken: Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁵	%	107,7	112,4	116,3	107,9	121,9	112,8	109,6	110,4	119,4
Sonstiger Facheinzelhandel ⁵	%	97,9	92,9	89,7	79,9	87,0	94,0	85,4	83,4	85,6
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	98,5	100,5	95,4	82,6	82,5	85,5	78,7	86,8	79,4
* Index der Einzelhandelsumsätze real ³	%	100,2	100,3	99,1	89,8	97,3	99,4	91,8	92,9	96,4
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	100,4	99,5	97,5	96,7	96,7	95,8	95,6	95,5	95,8
Kfz-Handel und Tankstellen (2000 = 100)⁶										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	101,6	108,2	108,7	114,6	124,9	120,9	117,0	115,5	116,7
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ³	%	100,3	106,5	105,8	111,9	121,5	116,0	111,8	110,6	111,6
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	98,4	101,1	98,4	98,6	97,2	96,3	96,1	95,9	96,2
Gastgewerbe (2000 = 100)										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	100,5	96,8	91,9	99,2	102,3	88,0	101,5	95,8	103,0
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	101,7	97,0	92,0	100,6	101,2	83,3	102,9	96,7	101,2
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	105,3	102,9	100,8	130,1	141,0	105,5	108,9	119,5	133,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	100,1	95,8	89,8	97,2	101,3	88,7	97,3	92,8	101,0
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	96,5	98,1	94,3	96,7	101,0	99,0	112,7	97,6	111,6
Kantinen und Caterer	%	97,8	99,7	101,9	95,1	106,2	97,7	103,4	100,7	108,2
* Index der Gastgewerbeumsätze real ³	%	98,8	91,7	86,2	93,2	95,6	82,3	94,7	89,4	95,4
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	99,1	97,3	93,6	96,2	98,4	96,1	98,2	99,4	100,6
Tourismus⁷										
* Gästeankünfte	1 000	1 896	1 595	1 824	2 048	2 273	1 698	2 132	2 106	2 426
* darunter Auslandsgäste	1 000	356	307	353	394	509	339	403	433	572
* Gästeübernachtungen	1 000	6 209	5 204	5 777	6 611	7 338	5 054	6 393	6 460	7 416
* darunter Auslandsgäste	1 000	759	633	740	795	1 049	719	824	851	1 171
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt	Anzahl	52 539	50 879	51 040	58 800	57 251	64 932	57 535	63 313	56 028
davon Kraftroller einschl. Kraftroller	Anzahl	4 054	3 663	3 762	5 524	5 037	8 002	5 608	6 183	4 698
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	44 176	43 218	43 422	49 221	47 444	51 581	47 090	52 533	46 555
* Lastkraftwagen	Anzahl	2 810	2 543	2 415	2 355	3 050	2 967	2 624	2 828	2 991
Zugmaschinen	Anzahl	854	843	876	923	1 071	1 406	1 121	1 114	1 111
übrige Kraftfahrzeuge	Anzahl	553	528	480	708	598	870	1 002	596	610
Straßenbahn-, U-Bahn- und Kraftomnibusverkehr ⁸	1 000	95 941	96 633	96 851	287 543
davon kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	83 710	84 681	85 364	253 709
private Unternehmen	1 000	12 232	11 952	11 486	33 835
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt	Anzahl	29 055	27 407	27 525	27 318	30 439	25 939	28 821	26 232	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 350	5 087	5 019	6 456	6 976	4 341	5 116	5 218	...
mit nur Sachschaden ⁹	Anzahl	23 705	22 320	22 506	20 862	23 463	21 598	23 705	21 014	...
* Getötete Personen ¹⁰	Anzahl	110	107	106	133	141	91	91	115	...
* Verletzte Personen	Anzahl	7 367	6 970	6 822	8 591	9 086	5 681	6 766	6 824	...
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	974	951	997	1 075	1 020	1 073	1 129	1 135	...
Abgang	1 000	977	955	999	1 039	1 094	1 086	1 187	1 195	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	131	128	132	136	124	151	116	139	...
Abgang	1 000	133	131	135	137	146	155	138	129	...
Eisenbahnverkehr										
Güterempfang	1 000 t	2 289	2 068	2 151	2 437	2 454
Güterversand	1 000 t	1 749	1 638	1 671	1 911	1 911
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	563	507	493	577	628	504	448	596	...
davon auf dem Main	1 000 t	348	283	251	281	304	287	242	289	...
auf der Donau	1 000 t	215	225	243	296	323	217	207	307	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	395	336	319	364	413	292	319	388	...
davon auf dem Main	1 000 t	251	202	161	170	198	149	167	199	...
auf der Donau	1 000 t	144	134	159	194	215	144	152	189	...

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Tourismus sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Einschließlich Handelsvermittlung.

3 In Preisen von 2000.

4 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

5 In Verkaufsräumen.

6 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

7 Ergebnisse für Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Gästebetten.

8 Beförderte Personen - nur Quartalsergebnisse.

9 Soweit durch die Polizei erfasst.

10 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	531 000	525 609	515 061	511 562	.	.	.	500 753	.
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	497 015	494 457	487 050	482 337	.	.	.	473 052	.
davon kurzfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	72 105	69 333	61 095	62 954	.	.	.	56 237	.
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	69 671	64 852	54 844	58 665	.	.	.	54 632	.
an öffentliche Haushalte	Mill. €	2 434	4 481	6 251	4 289	.	.	.	1 605	.
mittelfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁵	Mill. €	43 727	40 468	41 933	39 407	.	.	.	41 116	.
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	39 206	36 673	34 968	35 039	.	.	.	35 304	.
an öffentliche Haushalte	Mill. €	4 520	3 795	6 965	4 368	.	.	.	5 812	.
langfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶	Mill. €	415 168	415 808	412 033	409 201	.	.	.	403 400	.
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	360 569	361 935	358 149	357 524	.	.	.	352 400	.
an öffentliche Haushalte	Mill. €	54 600	53 873	53 884	51 677	.	.	.	51 000	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁷ (Monatsende)	Mill. €	380 231	382 329	389 489	386 874	.	.	.	387 096	.
davon Sicht- und Termineinlagen ⁸	Mill. €	277 057	279 712	281 179	283 159	.	.	.	277 405	.
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	259 228	264 362	266 512	265 616	.	.	.	262 196	.
von öffentlichen Haushalten	Mill. €	17 829	15 350	14 667	17 543	.	.	.	15 209	.
Spareinlagen	Mill. €	103 175	102 617	108 310	103 715	.	.	.	109 691	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	50 881	51 096	51 579	50 544	.	.	.	51 107	.
bei Kreditbanken	Mill. €	14 244	13 318	17 195	14 740	.	.	.	18 681	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	507	843	987	933	1 099	980	1 072	1 069	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	248	250	252	273	271	195	243	229	...
* davon Unternehmen	Anzahl	329	391	402	384	422	355	425	379	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	202	200	195	214	194	150	198	176	...
* Verbraucher	Anzahl	151	199	280	273	322	323	372	377	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	31	3	2	2	2	-	1	-	...
* ehemals selbständig Tätige ⁹	Anzahl	.	215	264	230	305	268	231	255	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	.	30	39	34	53	26	30	25	...
* sonstige natürliche Personen ¹⁰ , Nachlässe	Anzahl	27	38	42	46	50	34	44	58	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	17	17	23	22	19	14	28	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	395 173	1421 904	475 510	504 360	781 250	394 627	443 449	392 294	...
davon Unternehmen	1 000 €	350 573	1317 837	335 921	403 699	578 914	255 151	252 397	222 258	...
Verbraucher	1 000 €	32 097	27 813	28 997	28 273	27 277	29 362	40 865	34 547	...
ehemals selbständig Tätige ⁹	1 000 €	.	61 290	83 627	46 520	151 877	102 224	84 997	92 821	...
sonstige natürliche Personen ¹⁰ , Nachlässe	1 000 €	12 504	14 965	26 965	25 868	23 182	7 889	65 190	42 669	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	197,1	241,6	282,4	254,8	262,6	276,5
Arbeitslosenhilfe	1 000	77,0	97,0	129,4	130,0	130,8	154,9
Ausgaben für Arbeitslosengeld	1 000 €	250 176	304 827	355 284	342 553	320 294	442 843	351 440	330 050	308 299
Arbeitslosenhilfe	1 000 €	55 095	71 378	90 965	93 756	91 940	116 874	111 394	115 005	110 578
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €	4 669,8
davon Steuern vom Einkommen ¹¹	Mill. €	3 001,4	2 951,6	2 851,2	4 192,3	2 423,5	2 206,4	2 103,1	4 449,4	2 403,0
davon Lohnsteuer ¹¹	Mill. €	2 278,3	2 291,0	2 303,8	2 235,6	2 407,3	2 032,3	2 019,4	2 081,9	2 291,8
veranlagte Einkommensteuer ^{11, 12}	Mill. €	223,6	204,0	163,4	1 087,0	-235,3	9,1	-108,2	1 106,7	-215,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ¹¹	Mill. €	375,3	247,9	195,4	301,7	147,4	68,0	120,1	536,0	152,0
Zinsabschlag ¹¹	Mill. €	132,5	121,9	101,9	50,0	68,9	49,9	69,1	39,5	69,2
Körperschaftsteuer ^{11, 12}	Mill. €	-8,3	86,9	86,7	518,0	35,3	47,1	2,7	685,3	105,6
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	1 668,4
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ¹¹	Mill. €	1 302,0	1 316,6	1 245,8	1 107,4	1 211,5	1 049,6	1 349,8	1 181,6	1 278,9
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €	366,4
Bundessteuern [*]	Mill. €	809,6
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	441,3
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	372,6
Solidaritätszuschlag	Mill. €	164,7

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung München. - Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

6 Laufzeiten über 5 Jahre.

7 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

8 Einschl. Sparbriefe.

9 Nachweis erst ab 2002 möglich.

10 beispielsweise als Gesellschafter, Mithafter.

11 Quelle: Staatsoberkasse München.

12 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahrszahlungen.

* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004				
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Noch: Steuern											
Landessteuern ¹	Mill. €	289,3	278,3	286,3	271,0	279,4	298,7	334,8	547,3	303,1	
darunter Vermögensteuer ^{1,2}	Mill. €	3,3	5,0	2,4	2,6	2,1	0,1	0,7	0,7	2,1	
Kraftfahrzeugsteuer ¹	Mill. €	115,4	105,4	102,1	105,8	118,7	138,6	116,8	117,0	122,3	
Biersteuer ¹	Mill. €	13,9	14,0	14,2	15,3	17,6	13,6	14,2	14,8	16,4	
Gemeindesteuern ^{3,4,5}	Mill. €	1 382,7	1 303,9	1 301,0	1 428,0	
darunter Grundsteuer A ³	Mill. €	19,4	19,6	19,7	19,1	
Grundsteuer B ³	Mill. €	299,6	303,3	313,9	304,8	
Gewerbsteuer (brutto) ³	Mill. €	1 059,6	976,7	963,0	1 098,4	
Steuereinnahmen des Bundes ^{3*}	Mill. €	2 875,3	
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6,7}	Mill. €	1 130,5	1 107,1	1 062,6	1 666,9	859,3	786,4	713,0	1 797,0	857,9	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €	912,3	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6,8,9}	Mill. €	23,0	25,1	33,2	0,0	100,5	50,0	1,9	0,0	66,0	
Steuereinnahmen des Landes ^{3*}	Mill. €	2 143,4	
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6,7}	Mill. €	1 167,7	1 118,8	1 078,2	1 666,9	859,3	786,4	725,8	1 797,0	857,9	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €	622,9	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6,8,9}	Mill. €	64,3	60,1	72,2	0,0	224,2	158,4	2,5	0,0	209,4	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{3,5}	Mill. €	2 260,6	2 162,3	2 086,5	2 131,4	
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{6,10}	Mill. €	342,5	336,7	332,0	451,6	281,4	259,2	247,1	429,8	266,7	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	35,6	
Gewerbsteuer (netto) ^{3,11}	Mill. €	799,3	721,1	645,4	826,8	
		2000 ¹⁵	2001	2002	2003	2003			2004		
Löhne und Gehälter¹²		Durchschnitt ¹⁶				April	Juli	Oktober	Januar	April	
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe ¹³											
* Bruttomonatsverdienste insgesamt	€	2 313	2 346	2 387	2 462	2 455	2 471	2 480	2 466	2 508	
* männliche Arbeiter	€	2 417	2 449	2 486	2 560	2 555	2 567	2 576	2 568	2 605	
* weibliche Arbeiter	€	1 777	1 815	1 849	1 903	1 889	1 913	1 915	1 925	1 941	
* Bruttostundenverdienste insgesamt	€	14,08	14,33	14,72	15,14	15,07	15,19	15,21	15,30	15,44	
* männliche Arbeiter	€	14,64	14,89	15,26	15,68	15,61	15,71	15,73	15,89	15,98	
* weibliche Arbeiter	€	11,08	11,38	11,68	11,98	11,90	12,04	12,05	12,09	12,21	
Bezahlte Wochenarbeitszeit insgesamt	Std.	37,8	37,7	37,3	37,4	37,5	37,4	37,5	37,1	37,4	
männliche Arbeiter	Std.	38,0	37,9	37,5	37,6	37,7	37,6	37,7	37,2	37,5	
weibliche Arbeiter	Std.	36,9	36,5	36,4	36,5	36,5	36,6	36,6	36,6	36,6	
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe ¹³ und Handel ¹⁴											
* kaufmännische Angestellte insgesamt	€	2 856	2 941	3 085	3 181	3 167	3 191	3 197	3 228	3 242	
männlich	€	3 298	3 386	3 547	3 634	3 617	3 643	3 651	3 679	3 704	
weiblich	€	2 392	2 469	2 574	2 661	2 652	2 671	2 671	2 704	2 706	
* technische Angestellte insgesamt	€	3 681	3 810	3 904	4 020	4 008	4 034	4 029	4 036	4 073	
männlich	€	3 771	3 900	3 990	4 106	4 093	4 119	4 118	4 123	4 162	
weiblich	€	2 764	2 895	3 002	3 096	3 092	3 116	3 081	3 096	3 119	
* alle Angestellten insgesamt	€	3 125	3 225	3 363	3 470	3 457	3 482	3 483	3 508	3 529	
männlich	€	3 517	3 623	3 756	3 858	3 843	3 869	3 871	3 890	3 921	
weiblich	€	2 423	2 503	2 611	2 699	2 691	2 710	2 708	2 739	2 742	
		1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004			
Preise		Durchschnitt ¹⁷					August	Juni	Juli	August	
* Verbraucherpreisindex (2000 = 100)											
Gesamtindex	%	x	100	102,1	103,7	105,0	105,2	107,0	107,4	107,6	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	x	100	104,1	105,4	105,2	104,0	106,3	105,6	104,5	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	x	100	101,6	105,0	110,0	110,1	118,9	118,9	118,9	
Bekleidung und Schuhe	%	x	100	101,6	103,5	103,6	102,2	103,7	102,8	103,6	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	x	100	102,5	103,4	105,2	105,4	106,7	107,0	107,4	
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	x	100	100,9	102,4	103,1	103,4	103,3	103,5	103,4	
Gesundheitspflege	%	x	100	101,2	101,4	101,3	101,2	121,3	122,3	122,4	
Verkehr	%	x	100	102,6	105,1	107,9	108,5	110,6	111,1	111,7	
Nachrichtenübermittlung	%	x	100	94,1	95,7	96,4	96,0	95,4	95,4	95,3	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	x	100	100,4	101,1	100,8	102,2	99,4	100,8	101,6	
Bildungswesen	%	x	100	101,6	104,1	107,5	106,7	110,0	110,0	110,0	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	x	100	102,5	107,9	109,1	111,4	110,5	112,9	112,8	
Andere Waren und Dienstleistungen	%	x	100	103,2	105,7	107,7	107,6	108,9	109,0	108,9	

1 Quelle: Meldung der Staatskasse München.

2 Restbeträge.

3 Vj. Kassenstatistik.

4 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat).

5 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

6 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

7 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

8 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

9 Einschl. Erhöhungsbetrag.

10 Einschl. Zinsabschlag.

11 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

12 Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer sind hauptsächlich strukturell bedingt.

13 Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten.

14 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

15 Neuer Berichtskreis; 2000 im Produzierenden Gewerbe, 2002 im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

16 Durchschnitte aus 4 Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli und Oktober).

17 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2003		2004	
		Durchschnitt ¹					August	Nov.	Februar	Mai
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2000 \pm 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	98,9	100,0	100,6	100,6	100,5	100,5	100,4	100,7	101,8
davon Rohbauarbeiten	%	99,2	100,0	99,4	99,3	98,5	98,6	98,4	98,4	100,3
Ausbauarbeiten	%	98,8	100,0	101,6	101,9	102,3	102,2	102,2	102,7	103,3
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	97,6	100,0	102,5	102,4	101,2	101,6	101,2	101,5	101,5
Gemischt genutzte Gebäude	%	99,0	100,0	100,6	100,7	100,4	100,4	100,3	100,6	101,8
Bürogebäude	%	98,8	100,0	100,8	101,0	100,9	100,8	100,8	101,0	102,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	98,6	100,0	100,9	101,2	101,4	101,4	101,2	101,4	102,7
Straßenbau	%	95,1	100,0	102,5	101,1	99,8	100,0	99,5	99,1	98,5
							2003		2004	
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	115,49	138,56	128,89	129,52	194,46	158,88	190,36	209,98	225,62
Rohbauland	€	43,54	48,55	33,58	37,61	55,12	39,80	69,03	78,45	42,97
Sonstiges Bauland	€	50,58	55,70	59,00	58,43	80,72	81,90	60,34	113,50	63,21

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004		
		Durchschnitt ¹					August	Juni	Juli	August
* Verbraucherpreisindex (2000 \pm 100)										
Gesamtindex	%	x	100,0	102,0	103,4	104,5	104,6	106,2	106,5	106,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	x	100,0	104,5	105,3	105,2	104,4	105,8	105,2	104,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	x	100,0	101,7	105,8	111,4	111,5	119,7	119,7	119,8
Bekleidung und Schuhe	%	x	100,0	100,8	101,5	100,7	99,2	100,1	98,6	99,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	x	100,0	102,4	103,4	104,9	105,0	106,3	106,4	106,8
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	x	100,0	100,9	101,9	102,2	102,2	102,2	102,2	102,1
Gesundheitspflege	%	x	100,0	101,3	101,9	102,4	102,4	122,1	123,2	123,3
Verkehr	%	x	100,0	102,5	104,5	106,7	107,3	109,5	110,2	110,7
Nachrichtenübermittlung	%	x	100,0	94,1	95,7	96,4	96,0	95,4	95,4	95,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	x	100,0	100,6	101,3	100,7	102,1	99,1	100,5	101,3
Bildungswesen	%	x	100,0	101,3	104,0	106,2	106,4	108,9	109,6	109,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	x	100,0	101,9	105,6	106,5	108,8	107,3	109,5	109,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	x	100,0	103,0	105,0	106,8	106,8	108,3	108,4	108,4
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2000 \pm 100).....	%	90,8	100,0	100,6	98,4	96,2	95,8	97,0	97,3	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2000 \pm 100).....	%	97,0	100,0	101,0	100,8	100,6	100,4	101,1	101,2	...
Index der										
Erzeugerpreise gewerb. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz)(2000 \pm 100)	%	97,0	100,0	103,0	102,4	104,1	104,1	105,5	106,1	106,4
Vorleistungsgüterproduzenten	%	96,5	100,0	100,8	100,0	100,4	99,9	102,7	103,5	103,9
Investitionsgüterproduzenten	%	99,7	100,0	100,7	101,8	101,9	101,9	102,0	102,1	102,2
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	99,1	100,0	103,0	103,7	104,2	104,1	105,3	105,4	105,3
Gebrauchsgüterproduzenten	%	98,9	100,0	102,0	103,4	103,7	103,7	104,1	104,3	104,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	99,2	100,0	103,2	103,7	104,3	104,2	105,5	105,6	105,4
Energie	%	92,1	100,0	109,1	105,1	112,6	113,3	114,6	115,9	116,8
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (1995 \pm 100).....	%	89,9	95,4	100,8	94,6	94,9	94,0	97,7p
pflanzliche Produkte	%	87,7	87,6	92,6	89,4	94,7	93,8	99,6
tierische Produkte	%	91,2	100,0	105,6	97,6	95,0	94,1	96,6p
Einkaufspreise landwirtschftl. Betriebsmittel ⁴ (1995 \pm 100).....	%	100,8	106,7	109,9	109,7	110,8	110,0	115,2
Waren und Dienstleistungen	%	100,2	107,5	111,4	110,8	111,8	110,8	116,6
Neubauten und neue Maschinen	%	102,8	103,7	105,0	106,4	107,8	107,8	109,9
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2000 \pm 100).....	%	95,3	100,0	101,6	101,8	102,3	101,7	105,2	105,4	106,0
darunter Großhandel mit										
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	98,9	100,0	105,2	106,5	107,3	106,7	109,5	108,7	108,4
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	77,5	100,0	99,6	99,1	102,9	102,3	107,8	110,0	...
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel,										
Tankstellen zusammen (2000 \pm 100)	%	x	100,0	101,1	101,8	102,0	101,7	102,6	102,4	...
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	x	100,0	102,7	103,7	104,1	103,5	105,0	104,6	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	x	100,0	103,3	105,1	106,9	106,6	109,8	109,6	...
Einzelhandel mit Kraftwagen	%	x	100,0	100,2	101,3	102,2	102,4	103,7	103,8	...

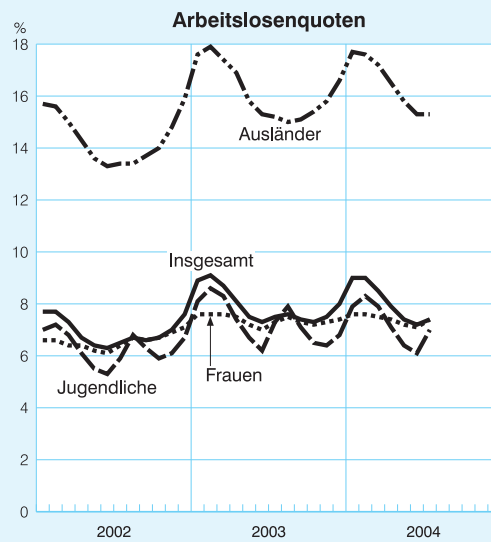
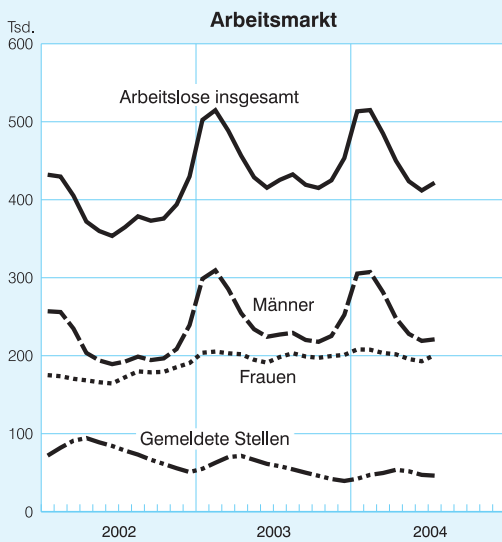
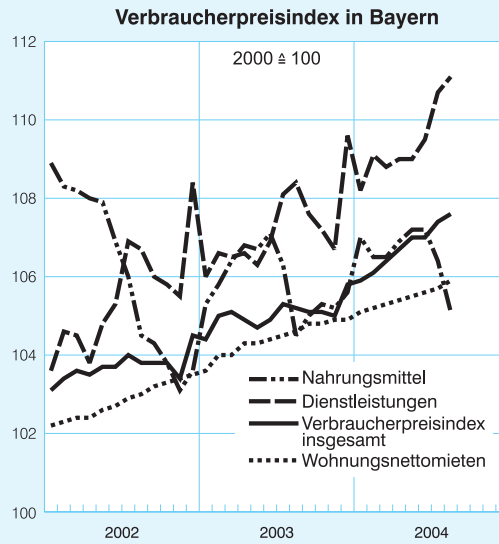
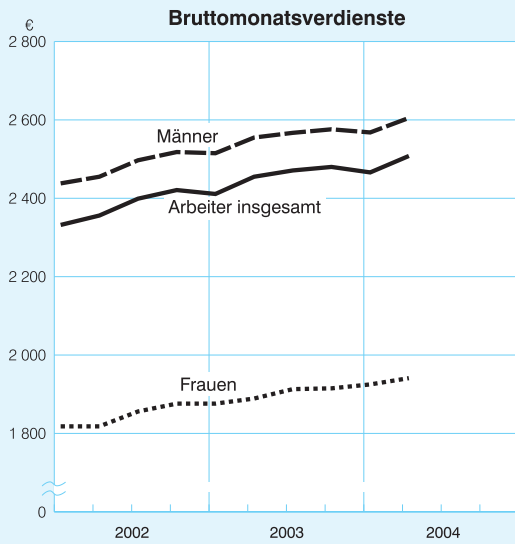
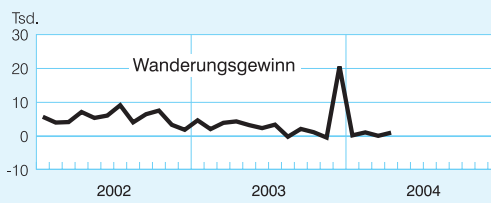
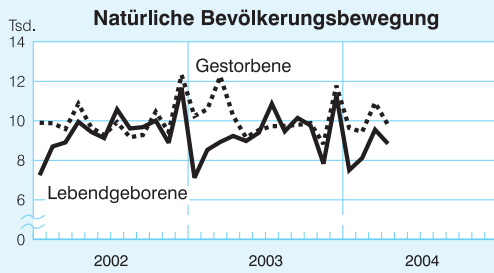
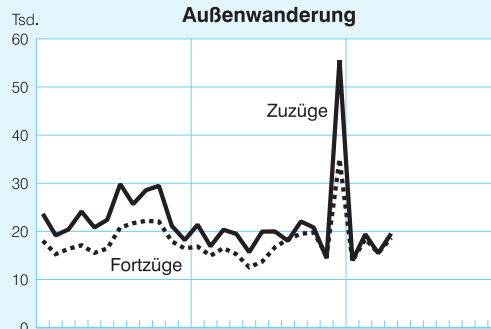
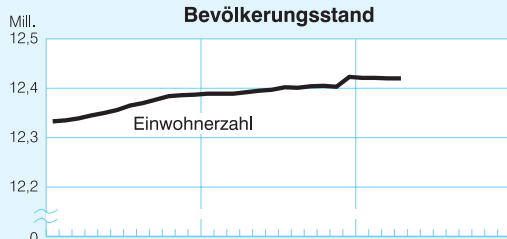
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindices, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

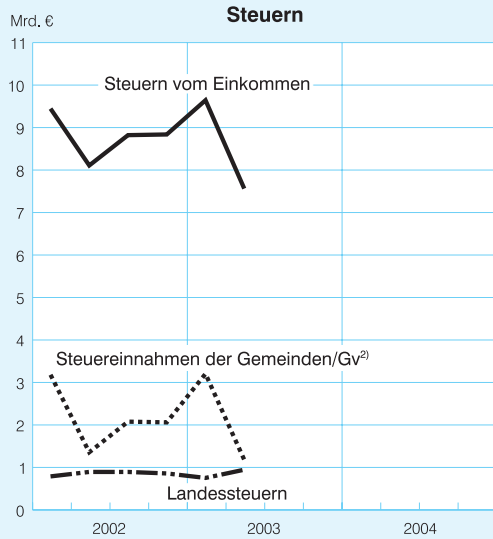
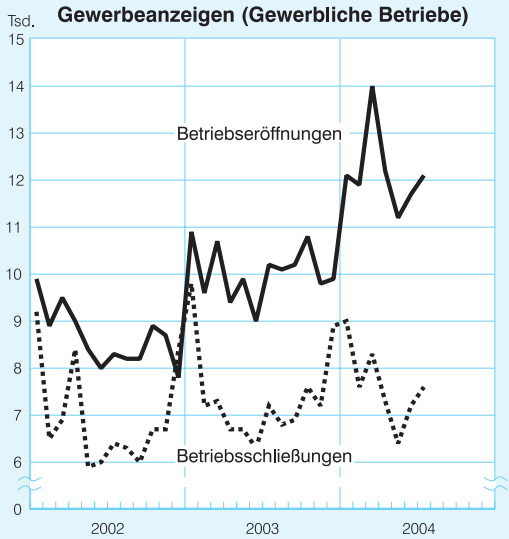
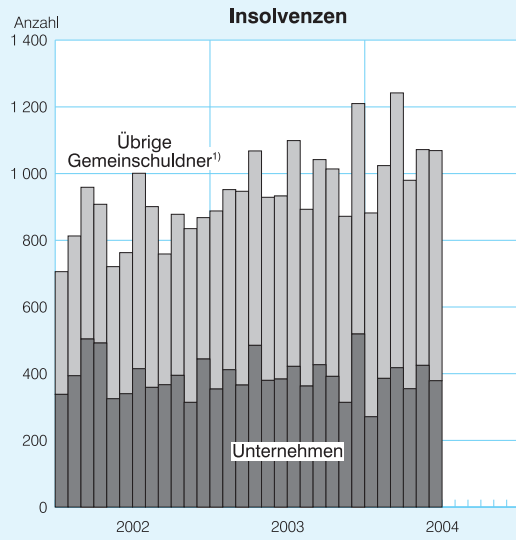
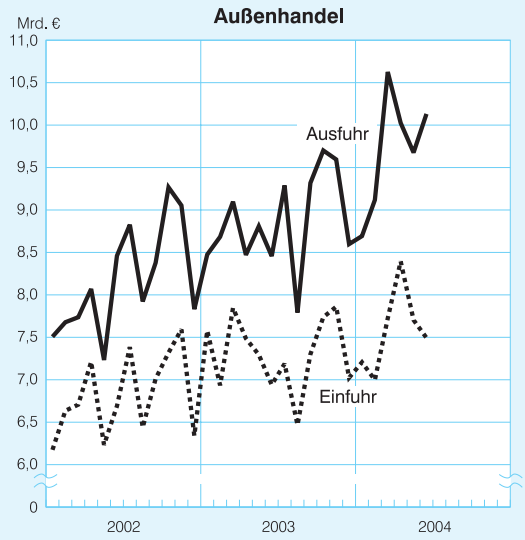
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

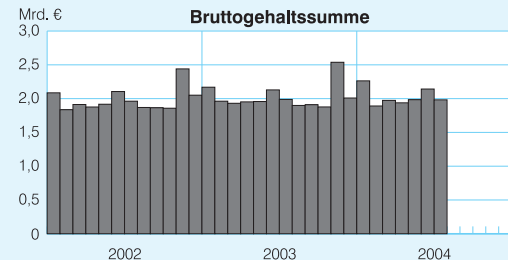
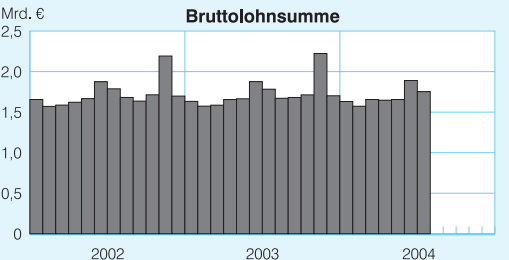
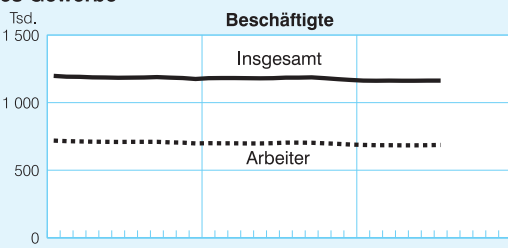
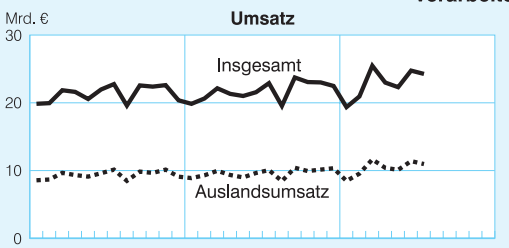
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

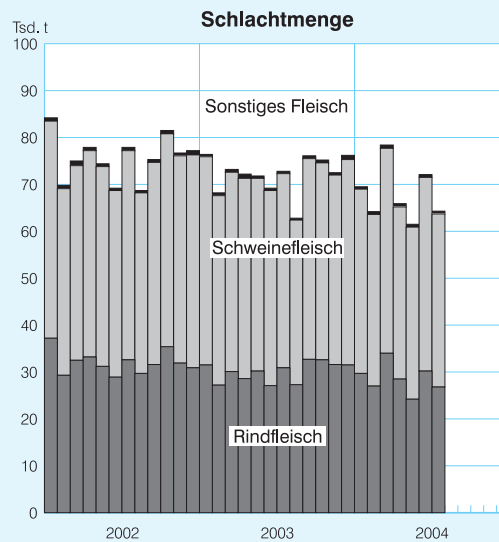
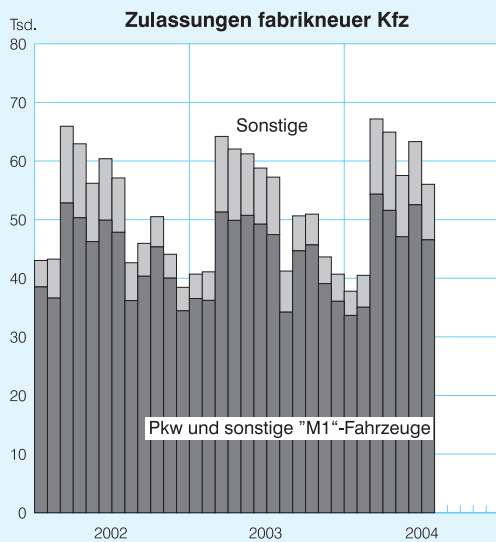
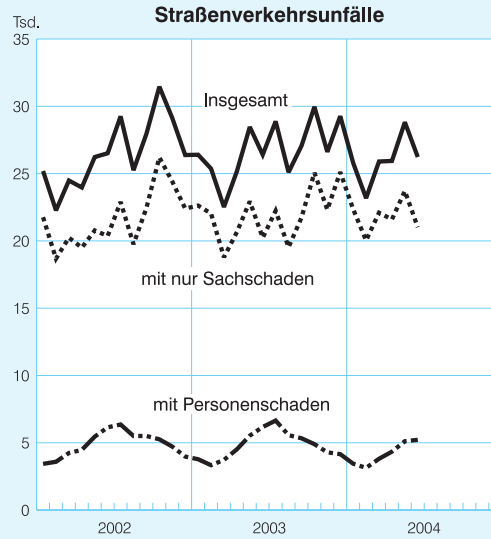
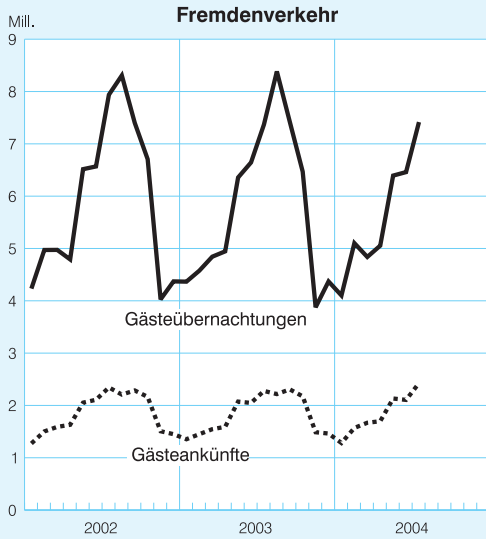
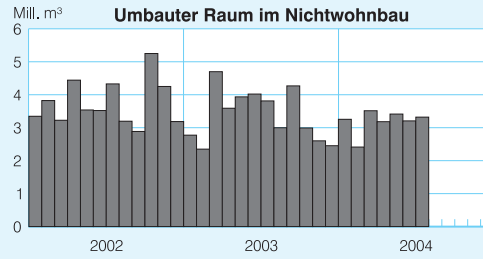
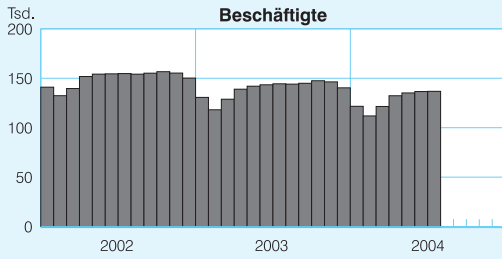
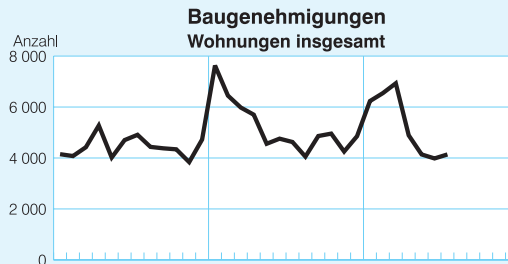
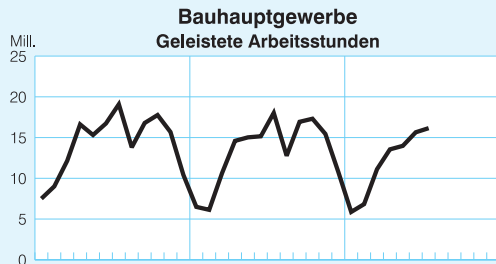




Verarbeitendes Gewerbe³)



¹) Ab 1999 einschließlich der neu geschaffenen Verbraucherinsolvenz-
 ²) Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv Quartalsbeträge-
 ³) sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.



August 2004

17,70 €	Querschnittsveröffentlichungen	4,60 €	Handel und Gastgewerbe
	• Aktuelle Vierteljahresdaten zur Wirtschaftskonjunktur in Bayern und in Deutschland 1. Vierteljahr 2004		• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juni 2004
17,— €	Verzeichnisse	3,70 €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Großhandel im Juni 2004
	• Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern – Stand: 31.12.2002 (Standort)	je 17,70 €	• Der Fremdenverkehr in Bayern im Mai 2004 im Juni 2004 (Gemeinden und Regionen)
14,40 €	• Berufsfachschulen in Bayern, ohne Berufsfachschulen des Gesundheitswesens – Stand: 20.10.2003 (Schulort)	3,50 €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2004
4,40 €	• Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern Stand: 20.10.2003 (Schulort)		Verkehr
	Statistische Berichte (sind auch als Datei erhältlich)	6,30 €	• Die Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Mai 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
	Bevölkerung	4,60 €	• Die Binnenschifffahrt in Bayern im Mai 2004 (Häfen)
7,30 €	• Die Wanderungen in Bayern 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		Öffentliche Sozialleistungen
	Bildung	5,50 €	• Die Sozialhilfe in Bayern 2003 – Teil 1: Ausgaben und Einnahmen (Kreisfreie Städte und Landkreise)
20,50 €	• Die Prüfungen an den Hochschulen in Bayern im Prüfungsjahr 2001/02 Ausgewählte Strukturdaten zur Prüfungsstatistik (Hochschulort)		Öffentliche Finanzen
	Land- und Forstwirtschaft	4,20 €	• Gemeindefinanzen in Bayern – 1. Vierteljahr 2004
14,— €	• Bodennutzung in Bayern 2003 – Vollerhebung (Kreisfreie Städte und Landkreise)	24,30 €	• Die Umsätze und ihre Besteuerung in Bayern im Jahre 2002 Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik (Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
2,50 €	• Bodennutzung in Bayern 2004 Anbau auf dem Ackerland – vorläufiges Ergebnis		Preise und Preisindizes
2,50 €	• Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Bayern Anfang Juli 2004	11,— €	• Preismesszahlen und Verbraucherpreisindex für Bayern im August 2004
11,50 €	• Die Ernte der Hauptfeldfrüchte und des Grünlandes in Bayern 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	9,— €	• Verbraucherpreisindex für Bayern* im August 2004
15,80 €	• Viehbestände der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns am 3. Mai 2003 Endgültige Ergebnisse (Kreisfreie Städte und Landkreise)	5,70 €	• Verbraucherpreisindex für Deutschland* im Juli 2004
2,50 €	• Viehbestände der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern im Mai 2004 Vorläufiges Ergebnis	2,50 €	• Kaufwerte für Bauland in Bayern – 1. Vierteljahr 2004
2,50 €	• Schlachtungen in Bayern im Juni 2004 (Regierungsbezirke)	11,20 €	• Kaufwerte für Bauland in Bayern 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
2,50 €	• Milcherzeugung und -verwendung in Bayern im Juni 2004 (Regierungsbezirke)		
2,50 €	• Brut und Schlachtungen von Geflügel in Bayern im Juni 2004		
2,50 €	• Struktur der Legehennenhaltung und Eierzeugung in Bayern im Juni 2004 (Regierungsbezirke)		
5,90 €	• Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
	Gewerbeanzeigen		
3,50 €	• Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2004		
8,30 €	• Zahlungsschwierigkeiten in Bayern 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
	Produzierendes Gewerbe, Handwerk		
12,90 €	• Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im Juni 2004		
20,50 €	• Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
3,30 €	• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im Juni 2004		
4,20 €	• Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2004		
6,10 €	• Das Baugewerbe in Bayern im Juni 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)		
4,90 €	• Das Handwerk in Bayern im 1. Quartal 2004		
	Bautätigkeit		
je 6,70 €	• Baugenehmigungen in Bayern im Mai 2004 im Juni 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		

* Nicht Bestandteil der Informationellen Grundversorgung, Datei kostenpflichtig

Bestellungen:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
 Vertrieb
 Neuhauser Straße 8
 80331 München
 Fax: 089 2119-457
 E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
 Webshop: siehe letzte Umschlagseite

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.
 Statistische Berichte (außer M13013 und M13023) sind im Webshop kostenlos als Datei erhältlich.
 Auf Anforderung wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).

Bestellen im Internet

- **einfach**
- **kostengünstig**
- **zeitsparend**

Unsere Veröffentlichungen können Sie im Internet bestellen. Das spart Ihnen und uns nicht nur Kosten, sondern auch Zeit. Schritt für Schritt werden Sie durch den Webshop geführt und geben die dort benötigten Angaben ein, welche selbstverständlich dem Datenschutz unterliegen.

Die Veröffentlichungen gibt es als

- Druckausgabe
- PDF-Datei (Tabellen meist zusätzlich in Excel)

Die Lieferung der elektronischen Veröffentlichungen erfolgt

- per E-Mail
- auf Diskette* oder
- auf CD-ROM*.

www.statistik.bayern.de

Webshop



* Aufpreis auch bei kostenlosen Angeboten

